Nr. 148. – 33. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando Vierteljährl. 3,90 Mk., monatl. 1,30 Mk., wöchentlich 30 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,30 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Dienstag, den 30. Mai 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Handelspolitik und Sozialdemokratie.

I.

Uns wird geschrieben:

Auch ohne den Krieg wäre über kurz oder lang die Frage der künftigen Gestaltung der deutschen Handelspolitik aktuell geworden, denn mit dem 31. Dezember dieses Jahres sind alle auf Grund des Zolltarifs vom Jahre 1902 abgeschlossenen Handelsverträge mit einjähriger Frist kündbar geworden. Daß da alles beim Alten geblieben wäre, ist sehr unwahrscheinlich, denn Oesterreich-Ungarn war keineswegs mit seinem deutschen Handelsvertrag zufrieden, und vor allem war es Rußland, das sich benachteiligt und vergewaltigt glaubte, und in dessen einflußreichen Wirtschaftskreisen schon längere Zeit gegen das Weiterbestehen des deutsch-russischen Handelsvertrages Sturm gelaufen wurde.

Durch den Krieg nun sind die wichtigsten deutschen Handelsbeziehungen zerrissen worden, und vor allem sind seit Beginn des Krieges die Getreidezölle, der Eckpfeiler des deutschen Hochschutzzollsystems aufgehoben worden, so daß es sich bei ihnen, um die Frage ihrer Wiedereinführung drehen wird. Daß somit die ganze wirtschaftspolitische Frage in Fluß gekommen ist, daß jetzt über die ganze Richtung unserer künftigen Handelspolitik entschieden werden muß, das allein schon wäre Anlaß genug, daß sich die Sozialdemokratie intensiv mit ihr befaßt. Eine prinzipielle Erörterung unserer Stellungnahme würde allein schon nahegelegt durch den wirtschaftlichen Charakter des Krieges, durch die Kundgebungen der führenden Wirtschaftskreise in den kriegführendrn Ländern über die künftige Gestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen mit den feindlichen Ländern. Dazu kommt die auch in unseren Kreisen über Gebühr in den Vordergrund geschobene Frage eines engeren Zollbündnisses mit Oesterreich-Ungarn, eventuell auch mit den anderen verbündeten Ländern, weiter noch das Liebäugeln mit jenem wirtschaftlich-reaktionären, dabei aber vollkommen utopischen Ideal des sich wirtschaftlich selbstversorgenden oder selbstgenügsamen Staats- oder größeren Wirtschaftsgebietes.

Die aus der Zwangslage des Krieges geborene Abschneidung unserer wichtigsten Handelsbeziehungen, die Notlage unserer wirtschaftlichen Absperrung haben dem schutzzöllnerischen Gedanken auch in unseren Reihen Eingang verschafft. Gewiß gab es schon vor dem Kriege eine Reihe von Eingängern in der Partei, die gegen die prinzipielle Ablehnung der Zölle durch die Partei, wie sie auf dem Stuttgarter Parteitag 1898 festgelegt wurde, ankämpften, sei es, daß sie gegen „die unbegrenzte Billigkeitsschwärmerei" loszogen, oder die Frage des Schutzzolles mit der des Arbeiterschutzes verquickten, sei es, daß sie unter falscher Voraussetzung über die Wirkung der Zölle dem Agrarschutz oder wenigstens einer Zurückstellung unserer Schutzzollgegnerschaft das Wort redeten, um in den Kleinbauernkreisen oder den Kreisen der ländlichen Arbeiter, deren Löhne man mit den Zollgewinnen ihrer landwirtschaftlichen Arbeitgeber in Zusammenhang brachte, Anhänger für unsere Partei zu werben.

Ein anderes Gesicht bekommt aber diese Frage angesichts der da und dort propagierten Neuorientierung der Partei in der Zollfrage, zumal angesichts des Umstandes, daß sie nur im Gesamtzusammenhang unserer Stellung zu den Fragen der inneren und äußeren Politik für uns gelöst werden kann. Man meint da, wunder wie marxistisch zu sein, wenn man alle die Genossen, die in der Zollfrage den früheren Standpunkt auch heute noch für den richtigen halten, mit der Bezeichnung „Freihandelshausierburschen" für erledigt dekretiert, und wenn man sich dabei noch auf irgendwelche Aussprüche von Marx und Engels berufen zu können glaubt. Wobei aber geflissentlich übersehen wird, daß jene Rede von Marx zu Brüssel (9. I. 1849) über „Die Frage des Freihandels", wie der Aufsatz von Engels in der „Deutschen Brüsseler Zeitung" (18. IV. 1847) über „Schutzzoll- und Freihandelssystem" entstanden waren angesichts des Kampfes innerhalb der englischen Bourgeoisie für und wider den Freihandel, wo Engels den deutschen Arbeitern riet, den schutzzöllnerischen Teil der Bourgeoisie zu stützen, um dieser Klasse zum Siege über die historisch und wirtschaftlich rückständigen Klassen zu verhelfen, und Marx von den englischen Arbeitern aus dem gleichen Grunde die Unterstützung der freihändlerischen Bourgeoisie erwartete, wo aber beide sich leiten ließen einzig und allein von den großen wirtschaftlichen Zukunftsinteressen der Proletarierklasse. Daß beide heute jede deutsche Schutzzöllnerei als reaktionäre wirtschaftspolitische Maßnahme, als „Weißblutung der Volksmassen zugunsten einer geringen Minderzahl" ansehen würden, hat Mehring in seiner neuen Ausgabe jener Schriften mit Recht betont.

Denn darüber braucht wirklich nicht mehr geredet zu werden, daß die heutigen Zölle nichts, auch gar nichts mehr zu tun haben mit staatlichen Erziehungs- und Schutzmaßnahmen für einzelne sich entwickelnde und noch nicht konkurrenzfähige Produktionszweige, wie sie die beginnende merkantilistische Handelspolitik charakterisierten und wie sie noch Friedrich List gegen die übermächtige englische Industrie zugunsten der kontinentalen, speziell der deutschen industriellen Entwickelung forderte, aber immer mit dem Ausblick auf ihre Beseitigung bezw. ihr Ueberflüssigwerden im Augenblick der Erreichung der Konkurrenzfähigkeit. Und zu bestreiten, daß heute die deutsche Industrie die Konkurrenz mit jeder ausländischen aufnehmen kann, wird wohl auch dem enragiertesten Schutzzöllner nicht einfallen. Selbst Delbrück, einer der überzeugtesten Anhänger von der Notwendigkeit und Vorzüglichkeit der gegenwärtigen deutschen Wirtschaftspolitik, erklärt, daß die Ausbildung der Industriekartelle schon vor dem Kriege die Frage habe aufwerfen lassen, ob die industriellen Schutzzölle nicht überflüssig geworden seien; und was den Agrarschutz anlangt, so weist er darauf hin, daß z. B. die Tonne Roggen 1913/14 auf 153 M. zu stehen kam, daß es höchst unwahrscheinlich sei, daß sie nach dem Kriege von dem jetzt auf 220 M. festgesetzten Höchstpreise erheblich herabsinken würde, daß weiter aber kein Landwirt — da scheint uns allerdings Delbrück unsere Landwirte, speziell die ganz großen, schlecht zu kennen! — die Wiedereinführung der Getreidezölle verlangen werde, solange der Roggenpreis auf 220, 200 oder auch nur 160 stehen werde.

Das sind aber alles mehr oder minder nur Gelegenheitsargumente, die den prinzipiellen Kern der Sache nicht berühren. Im übrigen sollten doch die Schutzzöllner, die sich heute so gern auf Lists „Nationales System der politischen Oekonomie" berufen, nicht vergessen, daß von Fr. List auch jener bis heute noch nicht erschütterte Satz stammt: „Die innere Agrikultur durch Schutzzölle heben zu wollen, ist ein törichtes Beginnen". Und wer dafür einen Beleg haben und wer das wahre Gesicht des Agrarschutzes, seine tatsächlichen Wirkungen auf die landwirtschaftliche Produktion, ihre Steigerung und ihre Konkurrenzfähigkeit erkennen will, der nehme die Denkschrift Lujo Brentanos „Die deutschen Getreidezölle" (Stuttgart und Berlin 1910) zur Hand; er wird dann gründlich geheilt von der Illusion, als ob durch Agrarzölle eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität erzielt, eine bessere Eigenversorgung herbeigeführt werden könne. Daß dieser Illusion jetzt auch in sozialistischen Kreisen Vorschub geleistet wird, ist auch ein Zeichen der Zeit. So heißt es z. B. bei Kranold „Der deutsch-österreichische Wirtschaftsbund als sozialdemokratische Aufgabe":

„Das in Deutschland bestehende, im Kriege zur Not zu ertragende Defizit in der Eigenversorgung mit landwirtschaftlichen Gütern ist, im Verein mit den Schutzmaßnahmen zugunsten der privatwirtschaftlichen Rentabilität der Landwirtschaft im Zollsystem und mit der Politik der inneren Kolonisation die beste Förderung einer allmählichen Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Eigenversorgung Deutschlands."

Geschäftsreisender Miljukow.

Einem Mitarbeiter des „Oeuvre" gegenüber machte der Führer der liberalen Partei, Miljukow, bei dem Besuch der Dumamitglieder in Paris folgende Aeußerungen, die das „Oeuvre" vom 22. Mai mitteilt:

Unsere Truppen sind gut ausgerüstet und reichlich mit Artillerie und Munition versehen. Sie warten nur auf den Befehl, um sich für die große Offensive in Bewegung zu setzen. Das ganze russische Volk will den Krieg bis zum Ende, das heißt bis zum Sieg durchführen. Wir wollen nicht unser Gebiet erweitern. Das moskowitische Reich ist groß genug. Wir wollen einen Ausgang zum freien Meer, ohne den unsere Entwicklung für immer unmöglich ist. Wenn die Türken nicht so verblendet gewesen wären, hätten wir gewartet. Aber seit sie unter deutschem Oberbefehl stehen, haben wir keine Wahl mehr. Wir müssen die Meerengenfrage endgültig entscheiden. Niemals wird der Augenblick dafür günstiger sein, denn unsere Verbündeten sind ebenso sehr an einer festen und dauerhaften Regelung interessiert. Der April 1915 wird für immer ein wichtiges Datum der russischen Geschichte bilden. Damals wurde uns in dem Weltkriege der Orient als unser Gebiet zugewiesen.

Aehnlich wie in Paris hat Miljukow sich auch in London geäußert. Einem Vertreter des „Manchester Guardian" sagte er:

„Unser Kriegsziel ist der Besitz Konstantinopels. Rußland will auch den Bosporus und die Dardanellen haben mit dem Recht, dort Befestigungen zu errichten und die Durchfahrt von Kriegsschiffen zu verbieten."

Der „Labour Leader" gibt nach dem „Berl. Tageblatt" auf diese Forderungen des liberalen Agenten des russischen Ministeriums des Aeußeren, der noch während des Russisch-Japanischen Krieges nach Berlin reiste, um den Plan einer russischen Anleihe zu hintertreiben und die Regierung des Zaren zu Konzessionen zu zwingen, die Antwort, daß das englische Volk nicht Rußland zuliebe gedenke, den Krieg ohne Ende weiterzuführen. Im Gegenteil stimmt das Blatt der Absicht Wilsons zu, als Vermittler aufzutreten und hofft, daß Wilson sich nicht durch den Widerwillen eines Kriegführenden, der nicht Frieden schließen wolle, werde einschüchtern lassen. Wenn er im Zusammenwirken mit andern neutralen Ländern eine die Parteien zufriedenstellende demokratische Vereinbarung vorschlüge, so würden, meint das Blatt, die Völker selbst bald die Regierungen zwingen, in Friedensverhandlungen auf solcher Grundlage einzutreten.

Dieser durchaus zutreffenden Antwort unseres englischen Bruderorgans wäre noch hinzuzufügen, daß auch das russische Volk wegen Konstantinopels und der Meerengen sich nicht weiter an die Schlachtbank treiben lassen würde. Es ist zwar anzuerkennen, daß Miljukow jetzt, im Widerspruch zu seinen früheren Aeußerungen, Gebietserweiterungen ablehnt. Aber wenn er im Namen des „ganzen russischen Volkes" den „Krieg bis zum Ende" proklamiert und als ein solches „Ende" die Eroberung Konstantinopels und der Meerengen hinstellt, maßt er sich Vollmachten an, die ihm das „ganze russische Volk" und namentlich die arbeitenden Klassen nie und nimmer erteilt haben.

Zum Kapitel der Fernwirkung.

Theodor Wolff schreibt im „Berliner Tageblatt":

„Da es nicht ganz bedeutungslos ist, greift die französische Kriegspresse zu einem Mittel, das sie seit vielen Monaten, in jeder Stimmungskrisis, zur Aufstachelung der Geister benutzt. Wie in früheren Fällen, haben bei uns gewisse Kreise und Personen, die sich durch eine glückliche politische Begabung auszeichnen, ihr auch jetzt wieder die Möglichkeit zur Anwendung dieses Mittels verschafft. . . . Der „Temps" hält dem französischen Volke warnend eine Kriegszielresolution vor, die eben in Deutschland — es kann hier nicht gesagt werden, von welchen Politikern — beschlossen wurde, und widerlegt damit triumphierend die Argumente der langsam fußfassenden Friedenspartei. Verführte Verführer, „des endormeurs", „Einschläferer", flöteten dem französischen Volke ein energietötendes Schlummerlied? Die Resolution zeige mit erfreulicher Deutlichkeit, was Deutschland wirklich will. „So hat man keine Entschuldigung," sagt der „Temps", „wenn man sich über Deutschlands Ziele irrt. Diejenigen, die das Ziel Deutschlands im gegenwärtigen Kriege nicht erkennen, bleiben ewig blind. Eroberungskrieg und Organisationskrieg, Krieg der Zerstörung und der Annexion. Anzunehmen, daß Deutschland an einen ehrbaren Frieden denke, wäre toll . . ."

Im Anschluß hieran wendet sich Theodor Wolff gegen den nationalliberalen Abgeordneten Hirsch-Essen, von dem er an anderer Stelle sagt, er wäre immer „der geschickteste Vertreter schwerindustrieller Scharfmacherei gewesen und spendete wohl auch bei der überannexionistischen Verbändedenkschrift, die für eine längere Kriegsdauer ausreicht, Hilfe und Rat", mit folgenden Worten:

„Der Abgeordnete Hirsch aus Essen, hat das Wort „geschäftlich", das im Zusammenhang mit jener Resolution gebraucht worden ist, übel vermerkt. Es ist selbstverständlich, daß nicht eine ganze Partei sich bei hochpolitischen Beschlüssen von Interessenerwägungen leiten läßt. Ob die nichtpolitischen Einzelpersonen mit dreißig und vierzig Prozent Kriegsdividende und diejenigen Politiker, die als Vertreter solcher Gewinnerkreise gelten, sich bei allem, was zur Verlängerung, Herbeiführung und Ausdehnung von Kriegen dienen kann, eine gemessene Zurückhaltung auferlegen sollten, ist eine Frage, die schließlich jeder nach seinem Gefühl beantworten wird. Daß es Reden, Programme und sonstige Kundgebungen gibt, die den Frieden sehr weit hinausögern können, weiß auch der kluge Herr Hirsch."

Noch nicht!

In einem „Noch nicht" betitelten Artikel schreibt Herr v. Gerlach in der „Welt am Montag":

Nichts liegt mir ferner, als zu behaupten, Herr von Bethmann habe die Absicht gehabt, durch seine Aeußerungen zu dem Amerikaner v. Wiegand einen kalten Wasserstrahl irgendwohin zu richten. Aber es ist nun einmal so, daß es bei den Aeußerungen eines Staatsmanns wenig auf das ankommt, was er wirklich gesagt, und noch weniger auf das, was er sich bei seinen Aeußerungen gedacht hat, sondern fast ausschließlich darauf, was die anderen davon denken und darüber sagen. Und da muß denn allerdings zugegeben werden, daß Bethmanns letzte Kundgebung fast überall angesehen wird als eine Absage an Greys Friedensprogramm. . . .

Grey hat promptest geantwortet. Des Kanzlers retrospektiven Betrachtungen setzte er ebenso wenig furchtbringende historische Exkurse entgegen. Bethmanns Ablenken auf Poincaré veranlaßte ihn dazu, nun ebenfalls die französische Regierung in den Vordergrund zu schieben, womit der Frieden ganz gewiß nicht näher gebracht wird. Die Ablehnung seiner Anregung wegen der internationalen Konferenzen, die er aus Bethmanns Schweigen über diesen Kardinalpunkt heraushört, quittiert er mit der Feststellung, die Zeit zu Friedensreden sei noch nicht gekommen. Der Krieg müsse zu dem noch nicht erreichten Punkt gebracht werden, wo die Aussicht auf sicheren, dauerhaften Frieden zur Wirklichkeit werden könne.

Gute Tage sind angebrochen für die Chauvinisten hüben und drüben. Beruhigt kann Medizinalrat Dr. Fuchs wieder schlafen, der eben in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift" den Frieden als Katastrophe bezeichnet und den ewigen Krieg gefordert hat. Und die „Kreuz-Zeitung" kann hoffen, daß sie mit ihrer Zukunftsperspektive recht behält:

Man wird die Geduld nicht verlieren dürfen und den Zeitpunkt abwarten müssen, bis eine der beiden Parteien offen erklärt: „Wir können nicht mehr." Erst dann ist die Zeit für den Frieden und die Friedensvermittlung gekommen.

Also wirklich Krieg bis zum Weißbluten!

Muß das sein?

Gewiß, durch die letzten Bethmann-Greyschen Auseinandersetzungen sind die Friedenserörterungen vorläufig auf den toten Punkt gelangt. Trotzdem scheinen mir die ehrlich neutralen „Nieuws van den Dag" auch heute noch mit dem Artikel recht zu haben, den sie am 19. Mai schrieben, also ehe die Dinge die schlimme Wendung genommen hatten. Das holländische Blatt knüpfte damals an den

Wahlspruch an, den die Königin von Holland unter ihr Bild geschrieben hatte, das sie ihrem Ministerpräsidenten Cort van der Linden zu seinem 70. Geburtstag schickte. „Nunc aut nunquam!" stand darunter. Jetzt oder niemals! „Nieuws van den Dag" meinen, die Pflicht der Neutralen bestehe nicht bloß in absoluter Passivität. Beschränke sich ein neutrales Land darauf, so werde „ein stiller Groll ringsum" sich dagegen erheben:

Es sei denn, daß wir rechts und links die Hand ausstrecken und versuchen, diejenigen, die sich müde gekämpft haben, zusammenzubringen. Das wird unsererseits nur eine gute Aufwallung kosten, einen schneidigen Versuch, uns von den materiellen Unannehmlichkeiten und Sorgen des Augenblicks loszumachen, um etwas Großes, dabei aber ganz Einfaches zu leisten, etwas, worauf die abgehetzte Menschheit wartet.

Beschäftigt man sich damit im Haag mit der aufmerksamen Sorge, die diese große Sache erfordert? Ist man gut unterrichtet? Bereitet man sich vielleicht schon zum Anbieten von guten Diensten vor? Begreift man das Gewicht dieses Schrittes, auch für unser Land? Alles, was gegenwärtig im Haag sich ereignet oder nicht ereignet, kann man nur raten.

Dies steht indes auch für uns fest: Wenn Ihre Majestät die Königin, durch ihre Ratgeber informiert, beschließen sollte, die Macht ihres königlichen Wortes anzuwenden, um diesem Greuel ein Ende zu machen, unter dem die Welt seufzt — dann wird ihr die ganze Nation zujauchzen, und der Name, den sie sich dadurch erwürbe, wäre in der Geschichte aller Jahrhunderte unsterblich. Natürlich würde es, vom allgemein menschlichen Standpunkt aus betrachtet, keinen Unterschied machen, ob die Vermittlung von Dänemark, Spanien, Amerika oder von uns ausginge; vielleicht von allen Neutralen gemeinschaftlich. Sollte jedoch Holland den allerersten Schritt tun, welche ruhmvolle Rückwirkung würde dieser der Menschheit geleistete Dienst auf unser eigenes Land haben! Der Friedenspalast steht bereit....

Wenn zwei Privatleute sich verzanken, und wäre es um der jämmerlichsten Jämerlichkeit willen, so scheitert die Versöhnung manchmal auf Jahre, manchmal fürs Leben einfach daran, daß keiner den ersten Schritt tun will. Findet sich aber ein guter gemeinsamer Bekannter, der auf die Gefahr hin, zunächst bei beiden wenig Entgegenkommen zu finden, sie doch wieder zusammenbringt, so sind ihm beide schließlich herzlich dankbar.

Geht der Krieg so lange weiter, wie die „Kreuz-Zeitung" will, bis endlich der eine verscheidend haucht „Ich kann nicht mehr", so ist zwar nur der eine ganz verblutet. Aber auch der andere hat so entsetzlich viel Blut verloren, daß er Menschenalter bedarf, um wieder zu Kräften zu kommen. Und der Rest des ganzen unendlichen Kulturguts der europäischen Welt geht überdies darüber zum Teufel.

Immer deutlicher sieht man, nur die Neutralen können es verhüten, daß diesem entsetzlichen Kriege wenigstens das entsetzliche Ende erspart bleibe. Wer von ihnen kühn den ersten Schritt tut, ist Nebensache. Die Hauptsache ist, daß endlich irgendeiner sich entschließt. Am besten freilich wäre es, sie alle täten sich zusammen zu einer Kollektivnote an die Kriegführenden. Gemeinsame Anfrage aller Neutralen an alle Kriegführenden, ob sie bereit seien, sich auf Friedensverhandlungen mit dem Ziel einer internationalen Sicherung eines dauerhaften Friedens einzulassen.

In solchem Schritt der Neutralen kann ich nicht einmal ein Risiko für die Neutralen erblicken. Denn welcher kriegführende Staat möchte wohl vor Geschichte und Menschheit die Verantwortung übernehmen, daß an seinem Widerspruch die Beendigung des Völkermordens gescheitert sei?

Der französische Tagesbericht.

Paris, 29. Mai. (W. T. B.) Amtlicher Bericht vom Sonntag nachmittag. In den Argonnen haben wir an der Höhe 285 (Haute Chevauchee) den Südrand von drei durch die Sprengung deutscher Minen entstandenen Trichtern besetzt. Auf dem linken Maasufer ziemlich lebhaftes Geschützfeuer aus der Gegend östlich vom „Toten Mann". Auf dem rechten Maasufer und in der Woevreebene Artilleriekampf mit Unterbrechungen. Im Elsaß wurden zwei Angriffsversuche nordwestlich von Wattweiler und nordwestlich von Altkirch durch Feuer aufgehalten, welches den Feind verhinderte vorzubrechen. An der übrigen Front das gewohnte Geschützfeuer.

Paris, 29. Mai. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von Sonntag abend. In der Champagne brachte das Feuer unserer Artillerie ein feindliches Munitionslager in der Gegend von Villesur-Tourbe zur Explosion. Heftige Beschießung der ganzen Gegend des Toten Mannes auf dem linken Ufer der Maas sowie des Abschnittes westlich des Thiaumont-Gehöftes auf dem rechten Ufer. Im Laufe des Tages keine Infanterietätigkeit. Auf der übrigen Front zeitweilig aussetzende Artillerietätigkeit.

Belgischer Bericht: Artilleriekampf ohne große Heftigkeit an verschiedenen Punkten der Front.

Die englische Meldung.

London, 28. Mai. (W. T. B.) Heeresbericht. Gestern nacht überfiel nach kurzer heftiger Beschießung der Feind unsere Laufgräben östlich von Calonne. Sein Versuch mißglückte. Kein einziger Feind drang in die Laufgräben ein. Eine feindliche Patrouille wurde bei Hebuterne in die Flucht geschlagen, ein Feind wurde getötet. Am frühen Morgen wurde das Gebiet südwestlich von Gillebeke vom Feinde schwer mit Granaten beschossen. Auch die Verbindungslaufgräben wurden unter Feuer genommen. Südöstlich von Neuville—St. Vaast, südlich von Loos und östlich von Souchez ließ der Feind Minen springen. Unsere Laufgräben wurden einigermaßen beschädigt; wir hatten aber keine Verluste. Die Artillerietätigkeit bei Mametz, Hohenzollern und St. Elois war stärker als gewöhnlich. Wir beschossen die Laufgräben westlich von Beaurains gegenüber Hannescamps mit sehr großem Erfolg. Feindliche Laufgrabenmörser waren in der Gegend von Anthuille, Serre und an den Steinbrüchen tätig. Unsere Aeroplane verrichteten viel nützliche Arbeit. Die feindlichen Aeroplane waren untätig.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 29. Mai. (W. T. B.) Amtlicher Bericht vom 28. Mai. Westfront: In der Nacht zum 27. Mai griffen die Deutschen nach heftiger Artillerievorbereitung südlich des Dryswjaty-Sees unsere Gräben an. Durch konzentrisches Feuer unserer Artillerie und Infanterie zwangen wir die Deutschen, sich zurückzuziehen und in ihren Gräben zu verbergen. Auf der ganzen übrigen Front Gewehrfeuer. Feindliche Flugzeuge überflogen zahlreiche Abschnitte der Front; eines derselben wurde durch unser Feuer getroffen und mußte hinter der Stadt Illuxt niedergehen. — Schwarzes Meer: Unser U-Boot versenkte an der anatolischen Küste im Feuer der Küstenbatterien und eines feindlichen Wasserflugzeuges eine große türkische Brigg. — Kaukasusfront: Auf der Front Rewandus—Dergala (20 Kilometer südöstlich Rewandus, Richtung Mosul) wiesen wir einen Angriff stärkerer türkischer Kräfte ab.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 29. Mai 1916. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Feindliche Monitore, die sich der Küste näherten, wurden durch Artilleriefeuer vertrieben.

Den Flugplatz bei Furnes bewarfen deutsche Flieger erfolgreich mit Bomben.

Auf beiden Ufern der Maas dauert der Artilleriekampf mit unverminderter Heftigkeit an. Zwei schwächliche französische Angriffe gegen das Dorf Camières wurden mühelos abgewiesen.

Oestlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 29. Mai. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Russischer Kriegsschauplatz.

Stärkere russische Kräfte versuchten in den letzten Tagen, sich durch Laufgräben und Sappen an unsere beßarabische Front heranzuarbeiten, das Feuer unserer Geschütze und Minenwerfer vereitelte die Arbeiten des Feindes. Sonst nichts von Belang.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im befestigten Raume von Asiago überschritten unsere Truppen bei Roana das Assatal, warfen den Feind bei Canova zurück und breiteten sich auf den südlichen und östlichen Talhängen aus. Andere Kräfte nahmen nach Ueberwindung der Befestigungen auf dem Monte Interrotto die Höhen nördlich von Asiago in Besitz. Weiter im Norden sind der Monte Zebio, Monte Zingarella und Corno di Campo Bianco in unseren Händen. Im oberen Posina-Tal wurden die Italiener nach hartnäckigem Kampfe aus ihren Stellungen westlich und südlich Bettale vertrieben.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Ruhe.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 28. Mai. (W. T. B.) Amtlicher Bericht. Im Lagarinatal erhöhte der Gegner seine Truppenstärken und erlitt vor unseren Stellungen um so stärkere Verluste, ohne jedoch den kräftigen Widerstand unserer tapferen Truppen erschüttern zu können. Am 26. Mai abends haben wir einen heftigen Angriff auf unsere Linien südlich vom Camerafluße abgewiesen. In der Nacht zum 27. und am folgenden Vormittag wurden drei andere Angriffe in der Richtung des Col Buole gleichfalls abgewiesen. An der übrigen Front, abgesehen vom Astach-Tal, hauptsächlich Geschützkampf; unsere Batterien haben an mehreren Punkten feindliche Truppenansammlungen und marschierende Kolonnen zerstreut. Zwei Angriffe auf unsere Stellungen am Posina-Bach in der Gegend von Astaga wurden abgewiesen. Am 27. Mai dauerte der starke Druck des Feindes im oberen Assa-Tal und im Galmarar-Tal an. Im Sugana-Tal wurde ein kleiner Angriff des Feindes im Umkreis von Striegen abgewiesen. Die Anzahl der Gefangenen, welche dem Feinde in dem Gefecht am 26. Mai östlich vom Maso-Bache durch unsere Alpini abgenommen worden sind, beläuft sich auf 157. Das 8. und das 101. ungarische Bataillon, welche einen Angriff machten, wurden vollständig geschlagen und ließen auf dem Gefechtsfelde über 300 Gewehre und einen ganzen Zug Maschinengewehre zurück, welche wir sofort gegen den Feind wandten. In der Gegend am Monte San Michele zerstörte eine unserer Minen einen breiten Abschnitt der feindlichen Gräben östlich von Peteano; die fliehenden Verteidiger fielen unter dem Verfolgungsfeuer unserer Artillerie und Infanterie. Cadorna.

Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 28. Mai. (W. T. B.) Das Hauptquartier teilt mit: An der Ikafront keine Veränderung. An der Kaukasusfront auf dem rechten Flügel Gefechte zwischen Erkundungsabteilungen; ein überraschender Angriff einer feindlichen Kompagnie auf unsere vorgeschobenen Posten scheiterte und wir machten einige Gefangene. Im Zentrum Ruhe. Auf dem linken Flügel vertrieben wir durch einen Gegenangriff den Feind, welcher einen Teil unserer Vorpostenstellungen besetzt hatte, und erbeuteten eine Anzahl Gewehre und Pionierwerkzeuge. Ein die Halbinsel Gallipoli überfliegendes feindliches Flugzeug floh in der Richtung auf Imbros, sobald einer unserer Flieger erschien. Ein in der Umgebung von Keusten und Ada erschienenes Torpedoboot wurde durch Feuer vertrieben. Zwei feindliche Monitore und einige Torpedoboote beschossen darauf unsere in der Umgegend aufgestellte Artillerie ohne Wirkung; als ein Monitor durch unser Gegenfeuer getroffen wurde, stellten alle feindlichen Schiffe das Feuer ein und entfernten sich. Sonst nichts von Bedeutung.

Vom U-Bootskrieg.

Haag, 28. Mai. (W. T. B.) Eines von zwei Leichterschiffen, die von dem Schleppdampfer „Lauwerzee" von Rotterdam nach London gebracht wurden und am 25. Mai Nieuwen Waterweg verließen, ist in der Nordsee von einem U-Boot torpediert worden und gesunken. Mit dem anderen Leichter kam der „Lauwerzee" wohlbehalten in London an. Menschenleben sind nicht verloren gegangen.

Mißglückter U-Bootangriff auf deutsche Erzdampfer.

Kopenhagen, 29. Mai. (W. T. B.) „Berlingske Tidende" meldet aus Stockholm: Bei Oxeloesund wurde vorgestern abend vom Meere her heftiges Geschützfeuer gehört, das eine Viertelstunde andauerte. Es rührte von dem Angriff eines feindlichen Unterseebootes auf vier deutsche Erzdampfer her, die von drei deutschen bewaffneten Vorpostenschiffen begleitet waren. Der Angriff mißglückte, das Unterseeboot stellte plötzlich sein Feuer ein. Die sieben deutschen Schiffe passierten gestern vormittag Oeland. Es ist unbekannt, aus welchem Grunde das Unterseeboot das Gefecht unvermittelt abbrach.

Verdächtiges Schiff eingebracht.

Emden, 29. Mai. (W. T. B.) Der holländische Segler „Holland" wurde unter dem Verdacht der Spionage von einem deutschen Kriegsfahrzeug eingebracht und zur näheren Untersuchung auf Borkum Reede verankert.

Oesterreichische Kriegsanleihe.

Auf die vierte österreichische Kriegsanleihe sind 4442 Millionen gezeichnet worden.

Den Blättern zufolge ist ein großer Teil des Zinsendienstes für die Kriegsanleihen schon allein durch die bevorstehende Erhöhung der Preise für Tabak und Tabakfabrikate sowie durch die Reform der Postgebühren und anderer Verwaltungseinnahmen sichergestellt. Darüber hinaus ist der Finanzminister, wie verlautet, mit einer Reform im Staatshaushalte beschäftigt, die einerseits weitgehende Ersparnisse, andererseits eine Steigerung gewisser staatlicher Einnahmequellen zum Ziele hat. (W. T. B.)

Russische Kriegsgewinnsteuer.

Petersburg, 29. Mai. (W. T. B.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Folgende gesetzliche Bestimmungen werden veröffentlicht:

1. Für 1916 und 1917 wird eine zeitweilige Steuer von dem durch den Krieg erworbenen Einkommen erhoben derart, daß auf ein Mehreinkommen von 8—15 Proz. eine Abgabe von 20—30 Proz. dieses Mehreinkommens und von einem Mehreinkommen von 15—20 Proz. und darüber hinaus eine Abgabe von 30—40 Prozent des Mehreinkommens zu entrichten ist.

2. Zur Abschätzung des Schadens, den die russischen Untertanen im Auslande durch den Krieg erlitten haben, wird ein Ausschuß gebildet, dem es gleichzeitig obliegt, pflichtmäßige Erklärungen über das unbewegliche und bewegliche Eigentum feindlicher Untertanen und Korporationen in Rußland entgegenzunehmen.

3. Eingeführte Tabakerzeugnisse werden mit einem Zoll belegt.

4. Die Ausfuhr von nichtbearbeitetem und bearbeitetem Leder wird untersagt.

5. Es werden gewisse Erleichterungen für die Einfuhr fremder Waren in das Gebiet von Jakutsk festgesetzt.

6. Für gewisse Maschinen, die in den Goldbergwerken Verwendung finden, wird Zollfreiheit bewilligt.

Keine Pfingstruhe in den englischen Munitionsfabriken.

London, 29. Mai. (W. T. B.) (Reuter.) In der heutigen Konferenz der Führer der Munitionsarbeiter wurde beschlossen, den üblichen Pfingstfeiertag auf Ende Juni zu verschieben.

Die Frage der Internierung.

Haag, 29. Mai. (T. U.) Im englischen Oberhause antwortete Lord Newton auf eine Frage, daß seit Dezember 1914 828 britische Untertanen die Erlaubnis erhalten hätten, von Deutschland nach England zurückzukehren. Die Zahl der deutschen Repatrierten betrug 1160. In den englischen Internierungslagern befinden sich ungefähr 27 000 Deutsche, während in Deutschland (in Ruhleben) 4000 Engländer interniert sind. Weiter teilte Lord Newton mit, die britische Regierung habe der deutschen Regierung vor einiger Zeit vorgeschlagen, die Altersgrenze für Internierungen von 55 Jahren auf 50 Jahre herabzusetzen und, falls die betreffenden Personen militäruntauglich seien, sogar auf 45 Jahre. Auf diesen Vorschlag sei eine Antwort nicht erfolgt. Dann fuhr Lord Newton fort: Internierte Fremde kosten viel Geld und verlangen eine ausgiebige Ueberwachung. Dann aber würden auch durch die Internierung Leute, die uns bisher freundlich gesinnt waren, in entschlossene Feinde umgewandelt. Wenn wir den Austausch nicht beschleunigen, so werden wir am Ende des Krieges Tausende von Leuten haben, die ein durchaus unerwünschtes Element in der Bevölkerung bilden. Lord Newton teilte noch mit, daß die Zahl der in der Schweiz erwarteten britischen Gefangenen etwa 1200 betrage.

Eine Stimme aus den französischen Schützengräben.

Der „Populaire du Centre" veröffentlicht den Brief eines Soldaten aus dem Schützengraben, oder besser gesagt, er versucht, ihn zu veröffentlichen, denn schon nach einigen Einleitungssätzen hat es die französische Zensur für nützlicher gehalten, daß der Inhalt einer weiteren Oeffentlichkeit nicht zur Kenntnis gelangt. Wie das ja sehr häufig bei Soldatenbriefen aus den verschiedenen Lagern der Fall ist.

Immerhin läßt sich aus dem Anfang des Briefes erkennen, daß die Sozialisten, die draußen das Land verteidigen, nicht verstehen, warum die französische Parteimehrheit sich gegen eine Zusammenkunft des Internationalen Bureaus sträubt. Der Brief beginnt:

„Ist es erlaubt, im Namen einiger Genossen, die noch vom Schützengraben aus viel von der internationalen Aktion der französischen sozialistischen Partei erhoffen, nach den wahren Gründen zu fragen, die die Majorität der französischen Sektion dazu geführt haben, auf dem letzten nationalen Kongreß die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen zu verweigern?

Wenn ich es recht verstanden habe, scheint mir die Frage folgendes zu sein: Damit sich das Internationale sozialistische Bureau vereinigen und tatkräftig entwickeln kann, ist in Kriegszeiten die Zustimmung jeder der 27 Sektionen, die die Arbeiterinternationale bilden, nötig. — Nur die französische Sektion widersetzt sich augenblicklich noch der Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen. Die englische Sektion hat, glaube ich, eine dem Versuch einer Besprechung im Prinzip günstige Stimme abgegeben.

Einer meiner Freunde, ein kämpfender Sozialist, ein wenig einfach vielleicht, hat versucht, mir auseinanderzusetzen, daß die Leiter der französischen sozialistischen Partei, die Commission administrative permanente an der Spitze, bis zu diesem Tage der Kühnheit oder wenigstens der Energie ermangelt hätte . . ."

Hier bricht der Brief ab, es folgen zwei lange weiße Stellen und zum Schluß nur die Unterschrift: Ein Genosse von der Front; das Datum des 1. Mai und eine Fußnote der Redaktion, daß der Berichterstatter Maurhanges nicht den Versuch gemacht hatte, die Haltung der Majorität zu rechtfertigen.

Wir wollen hier nicht etwa den Versuch machen, zu konstruieren, was in dem Brief gestanden haben könnte. Für uns ist er nur ein Beweis dafür, daß auch in Frankreich die Parteigenossen an der Front neben der Pflichterfüllung in ihrer militärischen Stellung doch den Gedanken an die internationalen Pflichten der Partei nicht aufgegeben haben, und daß sie es für selbstverständlich halten, daß diejenigen, die nicht durch militärische Pflichten daran behindert sind, sich mit allen Kräften für die Wiederaufnahme der gemeinsamen Arbeit in der Internationale einsetzen.

Ein Plädoyer.

Die Permanente Verwaltungskommission der französischen sozialistischen Partei hat, wie wir bereits kurz mitteilten, in derselben Sitzung, in der sie erklärte, daß diejenigen Parteimitglieder, die auf der Konferenz in Kienthal anwesend waren, kein Mandat von der Partei gehabt hätten, beschlossen, die drei — Blanc, Brizon und Raffin-Dugens — aufzufordern, vor der nächsten Sitzung der C. A. P. zu erscheinen. Offenbar soll es eine Gerichtssitzung über die drei „Sünder" werden, und als solche faßt sie auch Pierre Brizon auf. Er veröffentlicht jetzt im „Populaire du Centre" die Antwort auf die Einladung, die er an den Parteisekretär Louis Dubreuilh gesandt hat. In der Einleitung sagt er, daß er erst seit kurzem Advokat sei und noch niemals verteidigt habe. Dies sei sein erstes Plädoyer. Es sei pro domo.

Die Antwort auf das Schreiben von Dubreuilh lautet:

Franchesse (Allier), 18. Mai 1916.

Bürger!

Ich werde ohne Zögern vor dem revolutionären Tribunal erscheinen.

Ich bitte nur den ruhmreichen Billaud-Varenne und den jusqu'auboutistischen Fouquier-Tinville, mir einen Aufschub von acht Tagen zu bewilligen, um es mir zu ermöglichen, nach Paris zurückzukommen und mich zur Audienz zu begeben.

Sie haben Ihre „Einladung" in liebenswürdige Formen gefaßt und Ihren Anklageakt vergessen. Aber nicht wahr, Sie laden mich nicht ein, um den Kaffee mit Ihnen einzunehmen?

Wenn Sie darauf rechnen, mir einen Prozeß der Disziplinlosigkeit zu machen, so werde ich keine Mühe haben, zu beweisen, daß von uns beiden der Indisziplinierte Sie sind.

Ich habe in Kienthal gegen diejenigen gekämpft, die eine dritte Internationale gründen wollten. Ich bin der zweiten treu geblieben, die — von französischer Seite — durch Jaurès, Jules Guesde, Vaillant und . . . Louis Dubreuilh geschaffen worden ist.

Sie dagegen, Sie haben mit ihr gebrochen. Mit dem Krieg kennen Sie Poincaré; Sie kennen nicht mehr die zweite Internationale, weder ihr Bureau, noch ihren Sekretär.

Ich kenne sie noch und das tötet Sie . . .

Wenn ich nach Kienthal gegangen bin, das ist Ihr Fehler: es geschah, weil Sie sich der Vereinigung des Internationalen Sozialistischen Bureaus widersetzt haben . . .

Beabsichtigen Sie außerdem, uns, Raffin-Dugens, Blanc und mir, und allen denen, die im Herzen mit uns sind, einen Delikt der Doktrin vorzuwerfen?

Wenn es so sein sollte, würden wir im voraus antworten, daß wir, wenigstens nach Maßgabe unserer Kräfte, versuchen werden, keinen Kollektivismus für die Toten zu machen.

Ich werde jedoch vor meinen Richtern erscheinen, ohne Furcht — weil ohne Vorwurf.

Ein letztes Wort. Ich habe in allen bürgerlichen Zeitungen Ihr kleines Desaveu gelesen. Es ist nicht schlecht redigiert. Ich habe keine Einwendungen dagegen.

Für Sie ist es das Recht und für mich weder Ueberraschung noch Verlegenheit.

Das ist selbstverständlich. Sie haben mir kein Mandat gegeben, um in Kienthal Ihren eigenen Willen von ehedem auszuführen. Ich vertrat weder Dubreuilh noch die C. A. P., noch ihre Minister.

Ich für meinen Teil vertrat nur 10 000 Familien, etwa 45 000 französische Sozialisten.

In Kienthal auf der Konferenz im Gebirge waren wir, Raffin, Blanc und ich, mit Bourderon und Merrheim im Geiste gegenwärtig und mit denen, die im Geheimen mit uns waren, mit dem schüchternen Pressemann, mit der ganzen Haute Vienne und den 960 vom letzten nationalen Kongreß. Wir repräsentieren nicht mehr als die tatsächliche Majorität des Proletariats und der sozialistischen Partei Frankreichs. . . .

Wir werden davon nach dem Kriege sprechen bei der Rückkehr der Sozialisten aus den Schützengräben.

Wenn Sie Eile haben, darüber unterrichtet zu werden, Bürger, helfen Sie uns, ihn zu beenden oder vielmehr

hier folgt eine Zensurlücke.

Empfangen Sie, bitte, die Versicherung meiner sozialistischen Gefühle für „den sofortigen Frieden ohne Annexionen".

Pierre Brizon,

Deputierter des Allier, Bürgermeister von Franchesse, Advokat am Appellationshof von Paris, Angeklagter vor dem jusqu'auboutistischen Tribunal.

1. P.S. Bürger Dubreuilh, nehmen Sie Ihr Briefpapier besser in acht. Der Kopf lautet: Sozialistische Partei und darunter in Buchstaben so fein, daß Sie sie nicht mehr zu sehen scheinen, oder die Sie nicht mehr lesen können: Französische Sektion der Arbeiterinternationale.

2. P.S. Wenn ich durch Zufall den Zug versäumen sollte, um mich zur Audienz zu begeben, können Sie gut die gegenwärtige Antwort als mein, wenn auch nicht notwendiges, so doch genügendes Plädoyer betrachten, und damit der Hohe Gerichtshof C. A. P. nicht umsonst sitzt — meinen Platz auf der Angeklagtenbank einnehmen.

Die italienische Gewerkschaftsbewegung und der Krieg.

Von Angelica Balabanoff.

Obwohl die italienischen Gewerkschaften sich offiziell der Zimmerwalder Aktion angeschlossen haben und der Generalsekretär Rigola in Vertretung der italienischen Gewerkschaftszentrale, der „Confederazione del Lavoro", sich an einer Zusammenkunft der Internationalen sozialistischen Kommission beteiligt hat, fährt die Presse fort, der „Confederazione del Lavoro" eine nationalistische oder ententefreundliche Haltung zu unterschieben. Neuerdings ist die Frage wieder dadurch aktuell geworden, daß Rigola sich nach Paris zu einer Zusammenkunft von Gewerkschaftsführern der Ententeländer begab. Diese Tatsache veranlaßte den „Avanti", den Genossen Rigola über seine Stellung zu interviewen, um einerseits die gegnerische Presse Lügen strafen zu können und andererseits denjenigen Genossen, die seine Reise stutzig gemacht hatte, die Möglichkeit zu verschaffen, eine präzise Antwort zu erhalten. Die betreffenden Genossen fragten sich nämlich, ob die Reise Rigolas nach Paris nicht etwa bedeuten sollte, daß einzelne Arbeiterführer glaubten, die Beziehungen zwischen den Arbeitern der verbündeten Länder könnten irgendwie durch die gegenseitigen Beziehungen der betreffenden Regierungen bezw. Diplomatien beeinflußt werden. In diesem Zusammenhange führte Genosse Rigola aus, daß die „Confederazione del Lavoro", die dem Zimmerwalder Manifest und der Zimmerwalder Aktion beigepflichtet habe, keineswegs beabsichtige, irgendwie vom internationalen Standpunkt abzuweichen. „Wiederholt haben wir betont, daß wir auf dem Boden des Klassenkampfes bleiben würden und eine streng internationale Aktion entfalten werden — sagte Rigola. — Wir haben eine jede Koalition — möge sie auch von noch so kurzer Dauer sein — ausgeschlossen, die etwa die Mitarbeit mit den Regierungen, die Anerkennung des Burgfriedens voraussetzt. Die Absicht der Teilnahme der italienischen Delegation an der Zusammenkunft war nicht etwa die, einen Teil der Arbeiterorganisationen dem anderen gegenüberzustellen . . . Es ist schon möglich, daß die französischen Organisationen etwas anderes beabsichtigten, vielleicht glaubten sie sogar, uns für eine indirekte Mitarbeit mit ihren Regierungen gewinnen zu können. Aber ich bin sicher, daß unsere klaren und energischen Erklärungen sie von der Unfruchtbarkeit ihrer Hoffnungen überzeugt haben wird. . . ."

*

Nicht uninteressant ist es, im Anschluß hieran die Zustände innerhalb der italienischen Gewerkschaftsorganisationen durch einige statistische Angaben zu beleuchten.

Welche numerische Rückwirkung hat der Krieg auf Italiens Arbeiterorganisationen gehabt?

Im ersten Kriegsjahre haben die italienischen Gewerkschaften 27,12 Proz. ihrer Mitglieder durch die Mobilisation eingebüßt; von 820 858, die sie Anno 1914 zählten, ist die Mitgliederzahl der Confederazione del Lavoro 1915 auf 293 863 gesunken. Von den in der Industrie beschäftigten Arbeitern haben die Bauarbeitergewerkschaften die meisten Mitglieder verloren. (1914: 29 098, 1915: 18 500). Verhältnismäßig geringer war der Verlust an Mitgliedern in den Landarbeiterorganisationen, die bekanntlich in Italien numerisch — im Vergleich mit den Industriearbeiterorganisationen — bedeutend sind. Trotzdem gerade die Landarbeiter am meisten vom Kriege in Mitleidenschaft gezogen werden, und zwar etwa in der Höhe von 70 Proz., hat ihre Organisation einen verhältnismäßig kleineren Rückgang erlitten. Dieser Umstand erklärt sich aber ohne weiteres durch die größere Anteilnahme der Frau an der Erwerbsarbeit bezw. auch relativ an der Organisation . . .

Welches theoretische und taktische Fazit die Vertreter der Gewerkschaften aus der Erfahrung und aus den durch den Krieg hervorgerufenen ökonomischen und sozialen Umwälzungen ziehen, darüber werden die allernächsten Tage — mit Genehmigung der italienischen Zensur — so manche Beweise liefern.

*

Lugano, 14. Mai. (Eig. Ber.)

Die Beratungen und Beschlüsse des letzten Generalrates der Confederazione del Lavoro bedeuten eine entschiedene Betonung des internationalen Standpunktes.

Wie bekannt, hat der Sekretär der Gewerkschaften, Genosse Rigola, jüngst an einer Zusammenkunft der Gewerkschaftsführer der Ententeländer in Paris teilgenommen und zwar, wie Rigola wiederholt unterstrichen, in der Ueberzeugung, daß die Teilnahme bezw die Beschlüsse der Pariser Zusammenkunft in keinerlei Widerspruch zu den Zimmerwalder Beschlüssen stehen.

Die Exekutive der Gewerkschaften bezw. der Generalrat waren aber anderer Meinung. In der äußerst lebhaften langen Diskussion wurde wiederholt betont, daß Genosse Rigola zwar in der besten Absicht gehandelt habe, zweifellos aber besser getan hätte, wenn er an der Zusammenkunft nicht teilgenommen. Auch der Schein sollte vermieden werden, daß die italienische Arbeiterschaft die nationalistische Politik des Kapitalismus der Entente unterstützen wolle.

Was die Fragen, die in Paris behandelt wurden, anbetrifft, so hebt die Resolution des Generalrates hervor, daß es zwar zweckmäßig gewesen wäre, mit den französischen Gewerkschaftsführern über die technische Seite der Auswandererfrage zu beraten, daß aber zur gleichen Zeit die Exekutive der Konföderation hätte aufgefordert werden sollen, eine Zusammenkunft mit den Gewerkschaftsführern aller Länder, in die die italienischen Arbeiter auswandern, zu veranlassen. Die Teilnahme italienischer Delegierten an einer geplanten Vorkonferenz, die in London zur Vorbereitung des auf Antrag der amerikanischen Federation of Labor gleichzeitig mit dem Friedenskongreß abzuhaltenden internationalen Arbeiterkongresses stattfinden sollte, lehnt der Generalrat entschieden ab, da die Londoner Zusammenkunft nur von Gewerkschaften des Vierverbandes beschickt werden würde. Der Generalrat beauftragt dagegen die Exekutive, einen Weltkongreß zur Förderung eines baldigen Endes des Krieges anzuregen. Außerdem schließt sich der Generalrat der italienischen Gewerkschaften dem Vorschlage der amerikanischen Gewerkschaften an, einen Kongreß der Gewerkschaften kriegführender und neutraler Länder gleichzeitig mit dem Friedenskongreß der Diplomaten zu veranstalten.

Der „Avanti" begrüßt den Beschluß des Generalrates. „Die Zusammenkünfte der Sozialpatrioten der einen oder anderen Koalition unter Genehmigung der betreffenden Regierungen und des Internationalen Sozialistischen Bureaus können vom sozialistischen Proletariate nicht anerkannt werden. . . . Die Arbeiter Italiens, deren Gewerkschaften der Richtlinie der sozialistischen Partei folgen, können nicht Syndikalisten wie Jouhaux oder Gewerkschaftlern wie Appleton oder Legien folgen und die Manöver des einen oder des anderen der Kriegführenden unterstützen. Das italienische Proletariat will makellos bleiben, um vor jedem Kompromiß in Zukunft seine Meinung äußern und ein Urteil über alle Verantwortlichen der heutigen Situation fällen zu können. Der Generalrat der Gewerkschaften hat die Gefühle und Bestrebungen des Proletariats treu wiedergegeben."

Zur Alandsfrage.

Kopenhagen, 28. Mai. (W. T. B.) Petersburger Zeitungen veröffentlichen vom Pressebureau des Ministeriums des Aeußern versandte Notizen, in denen es u. a. heißt:

In unseren diplomatischen Kreisen äußert man die Ueberzeugung, daß nach dem Wortlaut der Antwort des schwedischen Ministers des Auswärtigen Wallenberg auf die Interpellation wegen Befestigung der Alands-Inseln und nach der Gutheißung dieser Antwort durch beide Kammern diese Frage ihren akuten Charakter verloren habe. Gleichzeitig versichern unsere gut unterrichteten diplomatischen Kreise, die demnächst beginnenden Verhandlungen wegen der Alands-Inseln würden die Besorgnisse Schwedens noch mehr zerstreuen. Rußland werde Schweden gegenüber gerne die Bürgschaft dafür übernehmen, daß alle auf den Alands-Inseln im Hinblick auf die Kriegsverhältnisse getroffenen Maßnahmen nach dem Kriege liquidiert werden. Ueberdies dürfte nach dem Kriege überhaupt die Frage wegen der Inseln im Interesse beider daran interessierten Parteien von neuem erörtert werden.

Stockholm, 29. Mai. (W. T. B.) Der finnischen Zeitung „Huvudstadsblad" zufolge hat der schwedische Gesandte in Petersburg, General Braendstroem, dem Vertreter des russischen Blattes „Utro Rossij" Aeußerungen über die Alandsfrage getan. Er sagte, die Befestigung Alands hat jetzt eine Aenderung der Lage herbeigeführt. Mit Rücksicht darauf kann die schwedische Regierung nicht unterlassen, die Beachtung des Abkommens von 1856 zu fordern. Die Befestigungen sind jetzt ausgeführt und es bedarf des Beweises, daß sie sich nicht gegen Schweden richten und für dieses Land keine Gefahr bedeuten, sondern nur für den jetzigen Krieg errichtet sind. Nach dem Kriege müssen die Alandsinseln auf jeden Fall in den Zustand versetzt werden, der im Einklang mit der Abmachung von 1856 steht und der allein Sicherheit für Schweden bietet.

Politische Uebersicht.

Zur Steuerfrage.

Genosse Haase hielt am 28. Mai in Königsberg in einer zahlreich besuchten Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins einen mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die neuen Steuervorlagen und die Regierung". Die Versammlung beschloß einstimmig folgendes:

„Die Versammlung stimmt den Ausführungen unseres Reichstagsabgeordneten Haase zu und erklärt, daß für die sozialdemokratische Partei bei der Beurteilung der Steuervorlagen der Regierung der Beschluß des Jenaer Parteitags vom Jahre 1913 zur Steuerfrage maßgebend sein muß. Das gilt auch für diejenigen Parteigenossen, welche Einzelheiten dieses Beschlusses bekämpft haben und auch heute noch nicht billigen können.

Nach diesem Beschluß ist für die Bewilligung von Steuern nicht allein maßgebend die Art der Steuern, sondern auch ihr Verwendungszweck, und auch jede direkte Steuer abzulehnen, falls der Verwendungszweck den Interessen der Arbeiterklasse widerspricht, es sei denn, daß die Ablehnung eine für die Arbeiterklasse ungünstige Besteuerung zur Folge haben würde.

Die Versammlung erklärt gemäß unserem Parteiprogramm und diesem Jenaer Parteitagsbeschluß, daß jede Besteuerung von Massenkonsumartikeln, also auch des Tabaks, und jede Besteuerung des Massenverkehrs, also auch der Postporti, Quittungen, Frachturkunden und des Warenumsatzes abzulehnen ist. Die Versammlung verlangt, daß die gesamten Kosten des gerade der Arbeiterklasse ungeheuere Opfer an Gut und Blut abfordernden Weltkrieges, soweit diese Kosten durch Steuern aufzubringen sind, allein der besitzenden Klasse . . . aufzuerlegen sind. Die Versammlung erwartet, daß die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten nach wie vor unablässig auf Erfüllung dieser Verpflichtung des Bürgertums dringen werden.

Da aber der Verwendungszweck aller dieser von der Regierung geforderten und von den bürgerlichen Parteien gebilligten Steuern, auch der direkten . . . und da in der gegenwärtigen politischen Situation die Ablehnung der direkten Steuern durch die sozialdemokratischen Abgeordneten eine für die Arbeiterklasse ungünstige Besteuerung nicht zur Folge haben würde, so fordert die Versammlung, daß die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten nicht nur die übrigen Steuern, sondern auch die direkten Steuern der Regierung verweigern und im Reichstag ablehnen."

Gegen die Freizügigkeit.

Die Konservativen sind alte Feinde der Freizügigkeit, und aus den Organisationen, die ihnen nahe stehen, kommt von Zeit zu Zeit immer wieder der dringende Ruf nach einer Vernichtung oder doch wenigstens Beschränkung der Freizügigkeit. Der Deutsch-evangelische Bund, eine ganz im Fahrwasser der Konservativen segelnde Vereinigung hielt dieser Tage seine 10. Generalversammlung ab, bei welcher Gelegenheit ein Fräulein Dr. v. Rundstedt über die wirtschaftlich-soziale Hebung des Volkslebens auf dem Lande sprach. Als unentbehrliche Grundlage für die Festwurzelung des Volkslebens auf dem Lande und „einziges wirksames Mittel gegen die Landflucht" bezeichnete die Rednerin die Beschränkung der Freizügigkeit. Sie wies u. a. darauf hin, daß im Jahre 1913 33 000 Mädchen vom Lande in die Stadt zogen, 1914 40 000 und 1915 39 000, 50 Proz. aller Stadtdienstmädchen seien vom Lande und eine entsprechend hohe Zahl verfalle der Prostitution; sie glaubt deshalb, daß die Landbewohner einem gewissen Zwang von oben, namentlich jetzt während des Krieges, wohl zugängig seien, zumal wenn man ihnen klar mache, daß Landflucht Fahnenflucht bedeute.

Gegen diesen Zwangsvorschlag des Fräulein v. Rundstedt erhoben sich auch innerhalb der Generalversammlung schon einige Bedenken. Man muß aber solchen Gedankengängen mit um so größerer Entschiedenheit entgegentreten, je mehr die wahren Ursachen der Landflucht dabei unterdrückt werden. Die schlechten sozialen Verhältnisse treiben die Arbeiter vom Lande in die Städte. Der Königsberger Arzt Dr. Rosenberg hat kürzlich erst darauf hingewiesen, daß die armenrechtliche Stellung der ländlichen Arbeiter völlig ungesichert ist und daß in bezug auf Kranken- und Geburtshilfe alles zu wünschen übrig bleibe. Die Besitzer, die zu ihren Arbeitern und Dienstboten in gar keinem persönlichen Verhältnisse mehr ständen, entzögen sich vielfach ihren Verpflichtungen und überließen die in Not geratenen Leute ihrem Schicksal. Dazu kommt neben den schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnissen die oftmals geradezu rücksichtslose Behandlung der Landarbeiter, gegen die sie nicht hinreichend geschützt werden. Wenn man der Landflucht steuern will, muß mit diesen Mißständen aufgeräumt werden.

Erlaubniskarten zum Betreten der Straße.

In Leipzig ist es den Jugendlichen verboten, abends nach 9 Uhr die Straße zu betreten. Das Polizeiamt in Leipzig hat nun am 27. Mai eine neue Verordnung erlassen, die gewisse Ausnahmen von dieser Regel gestattet. Es wird darin bestimmt:

„Den jugendlichen Mitgliedern solcher Vereine und Anstalten, deren Zweck in körperlicher und geistiger Förderung der Jugend besteht, kann von der Polizeibehörde auch abends nach 9 Uhr die ungesäumte Zurücklegung des Weges unmittelbar zwischen Wohnung und Vereinsstelle genehmigt werden."

Gesuche sind von den Vorständen für die Gesamtheit der jugendlichen Mitglieder, deren Namensnennung nicht erforderlich ist, beim Polizeiamt einzureichen. Mit der Genehmigung erhalten die Vorstände die Befugnis, Ausnahmekarten auszustellen.

Die Verwendung von Putzlappen.

Zum Beseitigen von Zweifeln wegen der Anordnungen der Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Lumpen und neuen Stoffabfällen aller Art vom 16. Mai 1916 wird amtlich darauf hingewiesen, daß das Putzen mit Putzlappen und ihr Waschen oder ihr sonstiges Reinigen nicht als Verstoß gegen die Beschlagnahmebestimmungen anzusehen und demgemäß erlaubt ist. Ebenso ist gegen den Weiterverkauf von Putzlappen an solche Abnehmer, die die erhaltenen Lappen lediglich zu Putzzwecken gebrauchen, also nicht verarbeiten, nichts einzuwenden. — Putzlappen, die gewaschen, gerollt, gebügelt oder in anderer Weise wieder als Putzlappen gebrauchsfertig gemacht sind, fallen unter Klasse 196 der Preistafel 3 der Bekanntmachung W 4 950/4. 16 KRA betreffend Höchstpreise für Lumpen und neue Stoffabfälle aller Art. Die für die übrigen Putzlappen festgesetzten Höchstpreise finden somit auf die vorbezeichneten Putzlappen keine Anwendung.

Berichtigung. Im letzten Absatz des Artikels „Beitragssperre und Agitationspflicht" ist durch ein Versehen eine Zeile fortgeblieben. Es muß heißen: In freier Rede und Gegenrede müssen die Meinungen geklärt und auf dem Parteitage, der Gesamtvertretung der Partei, zum endgültigen Austrag gebracht werden.

Letzte Nachrichten.

Wiederzusammentritt der Duma.

Petersburg, 29. Mai. (W. T. B.) Duma und Reichsrat haben ihre Sitzungen wieder aufgenommen.

Die Reaktion in Rußland.

Kopenhagen, 29. Mai. (W. T. B.) „Ruskija Wjedomosti" bringen die aufsehenerregende Nachricht, daß neben den bereits angekündigten reaktionären Maßnahmen des Ministerpräsidenten Stürmer auch die Auflösung aller Arbeitervertretungen in den Kriegsindustriellenkomitees bevorsteht. Die Regierung bereitet eine besondere Veröffentlichung vor, in der dargetan werden soll, daß die Arbeitervertreter, die nachweislich antimilitaristischen Gruppen angehören, ihre Wahl in die Kriegsindustriellenkomitees dazu benutzt haben, eine sozialrevolutionäre Propaganda zu entfalten. Diese habe die Auflösung der Arbeitervertretungen notwendig gemacht.

Franzosen für russische Munitionsfabriken.

Hamburg, 29. Mai. (W. T. B.) Dem „Hamburger Fremdenblatt" wird unterm 29. Mai aus New York gemeldet: Die französische Heeresleitung hat allen Regimentskommandeuren und Kommandeuren von selbständigen Truppenteilen zur Angabe der Zahl der in ihren Truppenteilen befindlichen Ingenieure, Techniker und ausgebildeten Metallarbeiter ersucht. Diese Leute sollen durch andere ersetzt werden. Sie werden zum größten Teil nach Rußland geschickt, um in der Leitung und im Betrieb von Fabriken Verwendung zu finden, die für die russische Heeresleitung arbeiten. Diese Maßregel hat ihre Ursache in einem vor längerer Zeit zwischen Rußland und Frankreich getroffenen Abkommen, laut welchem französische technisch geschulte Arbeiter durch russische Truppen ausgetauscht werden sollen. Diesem Abkommen liegt die Absicht zugrunde, Rußland von der Kriegslieferung Japans unabhängig zu machen, da man in Rußland und Frankreich die schwersten Bedenken gegen die Ausdehnung der japanischen Waffenindustrie hat.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Aus dem Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Der Schraubenschneider Sch. sollte bei der Firma Schw. in W. die bisher von ihm mehrere Jahre geleistete Arbeit nicht mehr machen, sondern in der Kesselschmiede beschäftigt werden. Sch. versuchte das, erklärte sich aber bald außerstande, in der Kesselschmiede zu arbeiten und wünschte andere Arbeit. Die Firma lehnte dies ab. Die Verhandlungen im Kriegsausschuß führten dahin, daß das Verlangen des Schraubenschneiders als berechtigt erklärt wurde, und ist der Firma aufgegeben, dem Schraubenschneider andere Arbeit zu geben oder den Kriegsschein.

Der Former K. bei der Firma Sch. hat Differenzen mit seinem Meister gehabt, die dahin führten, daß der Meister den Former nicht weiter beschäftigen wollte. Nachträglich sollte das rückgängig gemacht werden, doch ist bei den Verhandlungen festgestellt, daß der Former tatsächlich entlassen war, und ist somit die Firma verpflichtet, den Kriegsschein auszustellen.

Der Einrichter Sch. bei der Firma W. war vom Militär abkommandiert und der Firma W. zur Arbeit überwiesen. Die Firma gab dem Einrichter nicht den Lohn, wie ihn andere Einrichter verabredungsgemäß als Einstellungslohn bei dieser Firma erhalten. Hiergegen wehrte sich der Einrichter, und — wie im Krigsausschuß festgestellt wurde — mit Recht. Es kam zu einer Verständigung dahingehend, daß die Firma sich verpflichtete, daß dem Einrichter gegenüber das Unrecht gutgemacht wird, und setzt unter diesen Umständen der Einsetzer S. die Arbeit fort. —

Elf Gußputzer bei der Firma H. wollen mehr verdient haben. Es soll festgestellt werden, ob der Verdienst der Putzer bei der Firma H. geringer ist als der Verdienst der Putzer bei anderen Firmen. Zu dem Zweck wird die Sache ausgesetzt und soll nach Vornahme der Feststellungen im Betriebe nochmals verhandelt werden, eventuell unter Hinzuziehung von Vertretern der Organisationen.

Bei der Firma K. u. Th. sollte der Hilfsarbeiter K. als Maschinenformer angelernt werden. Der Mann war auch sehr anstellig, aber da er früher einen schweren Unfall erlitten hatte, fiel ihm das Eisentragen schwer. Das Verlangen des Arbeiters K., den Betrieb zu verlassen und einen Kriegsschein zu erhalten, wird als berechtigt erklärt und der Firma aufgegeben, den Kriegsschein auszustellen.

Bei der Firma S. ist der Mechaniker F. beschäftigt und will aufhören, weil er bei einer Arbeit nicht auf seinen Lohn gekommen ist. Da der Mechaniker dieselbe Arbeit schon mehrfach gemacht und dabei zeitgemäß verdient hat, kann der Minderverdienst bei der letzten Arbeit nicht durch einen zu niedrigen Akkordpreis begründet werden. Es liegt hier wahrscheinlich nur Schuld des Mechanikers selbst vor, wenn er beim letzten Mal nicht entsprechend verdient hat. Da die Auseinandersetzungen im Kriegsausschuß kein anderes Resultat ergeben, wird die Erteilung eines Kriegsscheines abgelehnt. —

Der Dreher Sch. bei der Firma G. will aufhören, weil er infolge eines chronischen Halsleidens den Straub beim Drehen von Gußstücken nicht vertragen kann. Ein vom Dreher Sch. vorgelegtes Attest bestätigt seine Angaben. Infolgedessen bekommt der Dreher den Kriegsschein. —

Der Einrichter K. bei der Firma St. hatte Entlassung und Kriegsschein erhalten, aber auf dem Kriegsschein war eine unzulässige Bemerkung. Der Kriegsausschuß gibt der Firma auf, dem Einrichter einen neuen, einwandfreien Kriegsschein auszustellen. —

Der Schlosser M. bei der Firma S. will aufhören und den Kriegsschein haben, weil ihm angeblich die Arbeit zu schwer ist. M. behauptet, leidend zu sein. Es wird ihm aufgegeben, durch ärztliches Attest den Nachweis zu erbringen, dann soll er den Kriegsschein haben. —

Der Schlosser J. in der Kunstschmiede-Werkstatt Charlottenburg will aufhören, weil er sich mit dem Meister nicht verstehen kann. Durch Aussprache wird eine Verständigung erzielt, wodurch sich die Entscheidung über den Kriegsschein unnötig macht. —

Der Dreher W. bei der Firma H. will aufhören, weil an seiner Arbeit auch etwas Feilarbeit ist, und W. behauptet, das wäre keine Dreherarbeit. Da alle anderen Dreher dieselbe Arbeit unter den gleichen Umständen machen, liegt kein Grund vor, dem Dreher W. den Kriegsschein zu erteilen.

Teuerungszulagen für die Eisenkonstruktionsarbeiter.

Die Arbeiter der Eisenkonstruktionsbetriebe hatten an ihre Arbeitgeber die Forderung gestellt, eine Teuerungszulage von 20 Pf. für Verheiratete und 15 Pf. für Ledige zu bewilligen. Am Sonntag fand nunmehr eine Versammlung statt, in der von Siering Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern erstattet wurde. Diese hatten in erster Linie die Angaben im „Vorwärts"-Bericht vom 6. Mai bemängelt und erklärt, daß sie nach ihrer Feststellung den Arbeitern wesentlich höhere Löhne zahlen und daß deshalb eigentlich die Forderung gegenstandslos sei. Trotzdem machten sie dann den Vorschlag, für Verheiratete 5 Pf. und für Ledige 3 Pf. pro Stunde Zulage zu gewähren. Dieses Angebot wurde von der Kommission abgelehnt und den Unternehmern erklärt, daß man auf keinen Fall eine Verständigung für möglich halte, wenn nicht den Verheirateten mindestens 10 Pf. und den Ledigen 7 Pf. gewährt werden.

Die Unternehmer haben dann in einer besonderen Versammlung dazu Stellung genommen und sich bereit gefunden, ihre ursprüngliche Zusage noch etwas zu erhöhen, und zwar für Haushaltungsvorstände 8 Pf. und für Unverheiratete 5 Pf. pro Stunde. Dieser Teuerungszuschlag wird als besondere Zulage für alle in der Werkstatt geleisteten Arbeitsstunden wöchentlich gezahlt.

In der sehr eingehenden Diskussion, die nahezu drei Stunden währte, wurde das Zugeständnis allgemein als zu gering bezeichnet, und es fand dann auch eine Resolution Annahme, in der die Arbeiter dies zum Ausdruck bringen und gleichzeitig die Erwartung aussprechen, daß die Arbeitgeber bei künftigen Forderungen größeres Entgegenkommen zeigen werden. Gegen eine starke Minorität gelangten schließlich die Zugeständnisse der Unternehmer doch noch zur Annahme.

Die Berliner Holzarbeiter nahmen in einer Delegiertenversammlung den Bericht vom 1. Quartal d. J. entgegen. Glocke wies auf die starke Wirkung des Krieges auf die Wirtschaftsverhältnisse der Arbeiter, insbesondeer der Holzarbeiter, hin, die noch verschärft worden sei durch das gewissenlose Treiben von Spekulanten und Wucherern. Dies führte dazu, daß auf die Verbesserung der Lebenslage der Mitglieder hingewirkt werden mußte. Die abnormen Verhältnisse rechtfertigten ein solches Bestreben. In den verschiedenen Branchen sind Teuerungszulagen erzielt worden, wo es noch nicht geschehen ist, wird wohl demnächst ebenfalls eine Aufbesserung erfolgen. Es haben im letzten Quartal 2 Generalversammlungen, 32 Vertrauensmännerversammlungen und 53 Mitglieder- und Branchenversammlungen, außerdem 9 Verwaltungssitzungen (darunter 2 engere Verwaltungssitzungen) stattgefunden. Den Kassenbericht erstattete Mieke, der u. a. darauf hinwies, daß in diesem vergangenen Quartal eine kleine Zunahme von Beiträgen zu verzeichnen war, was seit Beginn des Krieges nicht vorgekommen ist. Auch die Mitgliederaufnahme hat sich vermehrt. Die Hauptkasse bilanziert mit 116 900,40 M. Bilanz der Lokalkasse: Einnahme 69 775,93 M., Ausgabe 53 687,36 M., Mehreinnahme 16 088,57 M., dazu Bestand 243 461,12 M. Bestand am 31. März 1916 259 549,69 M.

Einwendungen gegen die Geschäfts- und Kassenberichte wurden nicht erhoben. Hierauf nahm die Versammlung noch die Berichte von den beiden Arbeitsnachweisen entgegen, sowie den Bericht von der Bibliothek. 1915 Bände wurden gelesen.

Deutsches Reich.

Gewerkschaften und Parteistreit.

Das Gewerkschaftskartell für Riesa und Umgegend beschäftigte sich in seiner Versammlung vom 24. Mai 1916 in der Hauptsache mit der Stellungnahme der Generalkommission und des „Correspondenzblattes" der Generalkommission. Folgende Resolution wurde nach längerer, eingehender und sachlicher Diskussion einstimmig angenommen und beschlossen, diese der Generalkommission zuzustellen:

Die am 24. Mai 1916 tagende Versammlung des Gewerkschaftskartells für Riesa und Umgegend mißbilligt die Einmischung der Gewerkschaftsleitungen in die Politik der sozialdemokratischen Partei. Insbesondere verurteilt sie die gehässige Stellungnahme des „Correspondenzblattes" gegen eine bestimmte Richtung innerhalb der Partei und sieht darin eine Gefahr insofern, daß der Streit in die gewerkschaftlichen Organisationen getragen wird, was zur schwersten Schädigung derselben führen muß. Die Versammlung ist der Meinung, daß der gewerkschaftliche Kampf gegen die niederdrückenden Tendenzen wieder aufzunehmen ist.

Ausland.

Die amerikanische Eisenhölle.

Unter dem an die zwei Millionen Köpfe zählenden Arbeiterheer der Riesenwerke des amerikanischen Stahltrusts besteht seit geraumer Zeit schon eine immer weiter um sich greifende Gärung, die auch bereits in lokalen Streiks ihren Ausdruck gefunden hat. Die Arbeiter wollen die günstige Zeit der beispiellosen Kriegskonjunktur, die den Trustherren ungeheure Gewinne in den Schoß wirft, auch ihrerseits zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und Lohnverhältnisse ausnutzen. Und daß dieses Verlangen nicht unberechtigt ist, darüber belehrt überzeugend der Bericht, den die „Kommission der Industrieverhältnisse Amerikas" über den in den Stahlwerken in Youngstown kürzlich ausgebrochenen Ausstand erstattet hat. Die Werke des Trusts in den Staaten Pennsylvanien, Illinois, Indiana, New York, Maryland, Alabama, Colorado und Ohio werden in genanntem Bericht bezeichnenderweise stets als „Höhlen der Hölle" aufgeführt.

„Die Arbeitszeit in den Betrieben des Stahltrusts" — so heißt es in dem Bericht — „beträgt zwölf Stunden, auch heute noch, nachdem der Aufsichtsrat des Trusts offiziell den Zwölfstundentag abgeschafft hat. An den Hochöfen arbeiten 80 Proz. der Arbeiter regelmäßig sieben Tage in der Woche. Das gesamte Gebiet der Eisenindustrie vom Norden bis zum Süden, vom Osten bis zum Westen der Union ist für einen Streik nur allzu reif, und die Lohnerhöhung von 10 Proz., die in Aussicht gestellt wurde, ist schwerlich dazu angetan, die Lage zu verbessern. Youngstown ist einfach, wenn man den Zusammenhang der Dinge betrachtet, der erste Aufbruch des Vulkans, der viele und gefährliche Krater aufweist. Zweifellos wird sich der Streik immer weiter ausdehnen, wenn man nicht zumindest den Arbeitern eine zwanzigprozentige Lohnerhöhung nicht nur in Aussicht stellt, sondern verbürgt, und ihnen weiter den achtstündigen statt des zwölfstündigen Arbeitstages gewährt. Vor allem aber wird man mit dem System der industriellen Zwangsherrschaft endlich brechen müssen, das der Trust wie die sogenannten „Unabhängigen" eingeführt haben, um jede Koalitionsbildung der Arbeiter von vornherein zu unterdrücken."

Der amerikanischen Regierung, die sich für die Wahrung der Menschlichkeit und der Menschenrechte so heftig ins Zeug legt, scheint nach diesem Bericht ein reiches Betätigungsfeld für ihre humanen Bestrebungen offenzustehen. Daß den Millionen der Arbeitssklaven in den Vereinigten Staaten menschenwürdige Verhältnisse gewährt werden, scheint ihr freilich nicht so sehr am Herzen zu liegen, zumal sie sich mit solchen Bestrebungen bei den allmächtigen Trustkönigen sehr unbeliebt machen würde.

Aus der Partei.

Kreiskonferenz des Wahlkreises Spandau-Osthavelland.

In der am Sonntag tagenden Kreiskonferenz in Velten wurden nach einem Referat des Genossen Ströbel und einem Korreferat des Genossen Wels über die Fraktionsspaltung folgende Resolutionen angenommen:

„Die am 28. Mai in Velten tagende Kreisgeneralversammlung verurteilt scharf das Verhalten der Fraktionsmehrheit in der Reichstagssitzung vom 24. März, zu dem die Rede des Genossen Haase nicht die mindeste Veranlassung bot."

(Mit 19 gegen 8 Stimmen angenommen.)

„Die Kreisgeneralversammlung spricht ihrem Abgeordneten Genossen Liebknecht für sein Eintreten für das internationale Proletariat ihre vollste Sympathie aus. Sie verurteilt das . . . Verhalten des deutschen Reichstags, welcher eines seiner Mitglieder der Militärjustiz auslieferte."

(Mit 19 gegen 7 Stimmen angenommen.)

„Die Generalversammlung weist die Angriffe, die gegen ihren Vertreter im Reichstage, dem Genossen Dr. Karl Liebknecht erhoben werden, als ob er durch seine Politik den Feinden des Deutschen Reiches habe nützen wollen, entschieden zurück. Sie ist überzeugt, daß derselbe nur in durchaus selbstloser Weise und von den ehrenhaftesten Motiven geleitet die Politik vertrat, die er für die schnellste Herbeiführung des Friedens am geeignetsten hielt. Wenn über die Zweckmäßigkeit seiner Politik die Meinungen auch auseinandergehen können, so gibt sie doch keinem Menschen das Recht, die persönliche Ehrenhaftigkeit des Genossen Liebknecht anzugreifen und die Lauterkeit seiner Absichten, zum Besten des deutschen Volkes einem baldigen Frieden zu dienen, zu bezweifeln".

Gegen die letzte Resolution stimmten nur einige Genossen, weil ihnen dieselbe nicht weitgehend genug war.

Des weiteren wurde die Preßkommission einstimmig beauftragt, bei der „Brandenburger Zeitung" dahin vorstellig zu werden, daß Leitartikel wie der am 1. Mai 1916, in Zukunft zurückgewiesen werden, da der Artikel eine direkte Verhöhnung unseres Mai-Ideals darstellte.

Die Abstimmungen über die Resolutionen zeitigten das Resultat, daß 7—8 Delegierte auf dem Boden der Fraktionsmehrheit stehen, die anderen Delegierten entschiedene Anhänger der Fraktionsminderheit sind, die sich wiederum in zwei Lager spalteten.

Mit 15 gegen 11 Stimmen und einer Stimmenthaltung wurde der Kreisvorsitzende Genosse Pieper wiedergewählt und die übrigen Mitglieder des Kreisvorstandes ohne Gegenkandidaten.

Zum Königsberger Konflikt.

Zum Konflikt zwischen der Parteileitung und den Gewerkschaftsvorständen hat eine Sitzung der Vorstände der Gewerkschaften mit 39 gegen 6 Stimmen nachstehende Entschließung angenommen:

„Die am 25. Mai 1916 versammelten Gewerkschaftsvorstände billigen den Standpunkt, den der Kartellausschuß in der Abwehr der Angriffe seitens des Vorstandes des sozialdemokratischen Vereins eingenommen hat, und erwarten, daß der Kartellausschuß auch in Zukunft wie bisher die Interessen der Gewerkschaften in geeigneter Weise vertritt.

1. Die Auffassung, daß der sozialdemokratische Verein nicht die zuständige Parteiorganisation und die Parteileitung nicht deren rechtmäßige Vertretung ist, ist niemals von uns bekundet worden.

2. Wir betrachten vielmehr den Sozialdemokratischen Verein Königsberg und dessen Vorstand solange als die zuständige örtliche Vertretung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, als der Verein und dessen Vorstand sich innerhalb der Grenzen betätigt, die das Parteistatut zur Aufrechterhaltung der einheitlichen Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vorsieht.

3. Bis zu einer eventuellen anderweitigen Entscheidung durch den nächsten Parteitag resp. Gewerkschaftskongreß sehen wir aber auch in dem Parteivorstand-Berlin resp. Generalkommission-Berlin die allein zuständigen zentralen Vertretungen der Gesamtpartei Deutschlands resp. der freien Gewerkschaften Deutschlands.

4. Als Gewerkschaften lehnen wir deshalb ein örtliches gemeinschaftliches Zusammenarbeiten nicht grundsätzlich ab, sondern nur in allen Fällen, in denen die etwa von uns gewünschte Mitarbeit gegen die Vereinbarungen und Anordnungen der beiderseitigen zentralen Instanzen verstoßen würde. Ob letzteres zutrifft, kann nur von Fall zu Fall geprüft werden. Unter den gegenwärtigen Differenzen zwischen örtlicher und zentraler Vertretung der Parteiorganisation muß deshalb vor der Inangriffnahme jeder gemeinschaftlichen Arbeit eine loyale Verständigung mit uns als Vorbedingung für diese gemeinschaftliche Arbeit anerkannt werden.

Das Rundschreiben, welches der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins am 19. Mai 1916 an die Vorstandsmitglieder der dem Kartell angeschlossenen Gewerkschaften gerichtet hat, erachtet die Vorständesitzung hiermit als erledigt."

Eine Erklärung des Genossen Henke.

Wir hatten vor einigen Tagen über den Pressekonflikt in Bremen berichtet. In dem Bericht wurde u. a. behauptet, daß von den Redakteuren der „Bremer Bürgerzeitung" zwei Anhänger der Fraktionsmehrheit, zwei, darunter der Reichstagsabgeordnete des Kreises, Henke, zum Parteizentrum, und die übrigen zwei zur Gruppe der Linksradikalen gehören. Gleichzeitig war in derselben Nummer der „Bremer Bürgerzeitung", in der über die Versammlung berichtet wurde, ein Leitartikel unter der Ueberschrift „Bürgerliches Recht und Privatrecht" enthalten, dessen einleitender Absatz folgendermaßen lautete:

„Es hilft nicht, die Augen vor Tatsachen zu schließen und aus feiger Hoffnungsduselei notwendigen Kämpfen auszuweichen. Es ist Tatsache, daß die Parteieinheit nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Die Spaltung wird und muß kommen. Nur wer nicht sehen will, kann sich an die Illusion klammern, daß die sozialdemokratische Partei ihre jetzige Krise überdauern werde. Wer die Konsequenzen all der Vorgänge, die wir erlebt, scharf ins Auge faßt, wer seine Stellung nicht danach wählt, nicht rüstet, nicht kämpft, über den wird eines Tages das Rad der Geschichte hinweggegangen sein. Das Bewußtsein, das Beste für die Parteieinheit gewollt zu haben, mag wohl dann tröstlich sein, aber es wird die leeren Hände nicht füllen, und keine Ewigkeit wird wiederbringen, was von dem Augenblick ausgeschlagen wurde. Die Organisation der sozialdemokratischen Partei umfaßt heute schon gegnerische Parteien, und das Band ist nur deshalb noch nicht gesprengt, weil der innere Kampf noch nicht entschieden ist. Und dieser Kampf geht um die Köpfe der Parteigenossenschaft und ihre Machtmittel: den Organisationsapparat und die Presse."

In der Sonnabendnummer der „Bremer Bürger-Zeitung" ist nun eine Erklärung des Genossen Henke erhalten, in der er sich zunächst gegen seine Einreihung in das Zentrum wehrt, um dann zu dem oben erwähnten Leitartikel zu erklären:

Von der Auffassung: „Die Spaltung wird und muß kommen", bis zu dem, was man „rüsten" nennt, ist natürlich nur ein Schritt. Ich teile aber weder die Auffassung in dieser Bestimmtheit, noch billige ich gewisse Schritte, die man unter den Begriff „rüsten" faßt. Weil auch nach meiner Ueberzeugung „über Einheit oder Spaltung der Partei entschieden wird durch mächtige Massenströmungen" (siehe „Bürger-Zeitung" vom 13. Mai, Leitartikel), bin ich zwar dafür, daß den „Massen" immer und immer wieder begreiflich gemacht wird, wie das, was die sogenannte Mehrheit als „Parteieinheit" lobpreist, um ihr parteischädliches Treiben dahinter zu verbergen, wirklich nicht das Höchste einer sozialdemokratischen Partei sein kann; ich bin aber auch dafür, daß mit zäher Energie im Rahmen der Partei bis zum äußersten darum gekämpft wird, der Einheit zum Siege verhelfen, wie sie, sagen wir, ein Friedrich Engels oder ein Marx verstanden haben. Das wird ein langandauernder Kampf werden, der mit dem nächsten Parteitag ganz gewiß nicht zu Ende kommt. Wer aber nach dem Diktum handelt: „Die Spaltung wird und muß kommen", der kann natürlich nicht auf den Sieg der von mir gemeinten Einheit, der kann sich natürlich nur auf die Spaltung einrichten, der muß ihr vorarbeiten. Das will ich nicht, selbst auf die Gefahr hin, unter das „Rad der Geschichte" zu kommen. Und um auch das noch zu sagen: als eine der wichtigsten Aufgaben erscheint mir gegenwärtig die Einigung der Linken; ich erhoffe sie einstweilen neben anderem auch mittels der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft noch mit erreichen helfen zu können. Sie allein bietet zudem die Möglichkeit, parlamentarisch für die Sache des Linksradikalismus zu wirken. Deshalb gehöre ich zu ihr.

Ein russisches Arbeiterblatt über die Spaltung der deutschen Reichstagsfraktion.

Das in Samara erscheinende russische Arbeiterblatt „Nasch Golos" widmet in seiner Nummer vom 7. Mai der Spaltung der deutschen Reichstagsfraktion einen eingehenden Artikel. „Wie tief und bedeutend — so schreibt das Blatt — auch die Meinungsverschiedenheiten waren, die vor dem Kriege die deutsche Sozialdemokratie in „Opportunisten" und „Orthodoxe" teilte, denen sich von linker Seite eine kleine Gruppe Radikaler anschloß, und wie heftig zuweilen dieser Kampf der verschiedenen Richtungen auch vor dem Kriege war, so blieb die Partei doch, entgegen den Hoffnungen und Erwartungen der Bourgeoisie, bisher einig. Was aber die früheren Meinungsverschiedenheiten nicht zustande bringen konnten, haben die jetzigen „kriegerischen" Differenzen vollbracht. Offenbar ist die durch den Krieg entstandene Teilung der deutschen Partei in eine sozialnationalistische „Mehrheit" und eine internationalistische „Minderheit" ernster, tiefer und bedeutender, als alle vorhergehenden Teilungen, Gruppierungen und Differenzen."

Nach einer eingehenden Schilderung des immer schärfer werdenden Kampfes der Richtungen in der Partei, der schließlich zur Spaltung der Reichstagsfraktion führte, und nach einer Charakteristik der jetzigen Verhältnisse in der Partei schließt das Blatt . . .

Die holländische Arbeiterpartei in der Kriegszeit.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: Der Ausweis der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei über das erste Vierteljahr 1916 lautet recht günstig. Die Mitgliederzahl ist von 24 018 auf 24 170 gestiegen; 18 neue Parteiabteilungen wurden errichtet, dagegen eine aufgelöst. Die Ziffern sind um so erfreulicher, als die fortdauernde Mobilisation und die zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Konsumtion wie auf dem der Produktion die Organisationsarbeit wirklich nicht erleichtern. Dazu kommt die verwickelte innerpolitische Situation und schließlich auch die scharfe Agitation der „sozialdemokratischen Partei" und der „Sozialrevolutionäre". — Diese beiden Gruppen stehen jetzt übrigens vor der organischen Verschmelzung, die schon beschlossene Sache ist.

Eingegangene Druckschriften.

Universal-Bibliothek. 5837: **Brunhild.** Tragödie aus der Nibelungensage von E. Geibel. — 5843: **Nomen est omen.** Lustspiel von O. Hinnerk. — 5848: **Herrenrecht.** Schauspiel von M. Bernstein. — Einzelnummer geh. 20 Pf. Pb. Reclam, Leipzig.

Prostitution und Abolitionismus. Von Anna Pappritz. 30 Pf. J. A. Barth, Leipzig.

Am Südhang. Erzählung von E. v. Keyserling. 1 M., geb. 1,25 M. S. Fischer, Berlin, Bülowstr. 90.

Wagner und Nietzsche zur Zeit ihrer Freundschaft. Von Elisabeth Förster-Nietzsche. 290 S. G. Müller, München.

Bulgarien, Land und Leute. Von Prof. Dr. K. Kaßner. Geh. 1,50 M. Dr. W. Klinkhardt, Leipzig.

Die Versorgungsansprüche des Kriegsteilnehmers und seiner Familienangehörigen. Von G. Ströhmfeld. Geh. 50 Pf. A. Auer, Stuttgart.

Georg Büchners gesammelte Werke. In Pappband 4 M. Insel-Verlag, Leipzig.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Das Manifest der irischen Homeruler über den irischen Aufstand.

Von Ed. Bernstein.

Die irische nationalistische Parlamentsfraktion, deren Führer John Redmond ist, hat aus Anlaß des jüngsten Aufstandes ein Manifest an das irische Volk erlassen, das in mehrfacher Hinsicht ein bemerkenswertes Zeitdokument ist. Indem es die Anschauungen darlegt, auf Grund deren diese Partei, hinter der die große Mehrheit der irischen Parlamentswähler steht, dem Aufstand ferngeblieben ist und ihn mißbilligt, gewährt es Einblicke in die geistige und politische Verfassung Irlands, die nicht wenig zur Beurteilung der dortigen Verhältnisse beitragen. So hat es denn auch für den deutschen Politiker, welcher Partei immer er angehört, heute ein besonderes Interesse. Wir geben es im Nachstehenden in seinem vollen Wortlaut und mit den Auszeichnungen des englischen Textes in Uebersetzung wieder.

Es lautet:

„An das Volk von Irland.

Eine weitere Tragödie ist dem langen Kapitel der Tragödien in Irlands Geschichte hinzugefügt worden. Irlands Hauptstadt war der Schauplatz eines wahnsinnigen und erfolglosen Versuches einer Revolution. Blut ist in Masse vergossen worden. Es ist wahr, daß Irland bitter herausgefordert worden ist durch das Anwachsen einer ähnlichen revolutionären und gesetzwidrigen Bewegung in einem anderen Teil Irlands, der einer rebellierenden Armee Deckung bot.*) Es ist wahr, daß auf den Leitern jener Bewegung eine schwere Verantwortung ruht für diese Vorgänge in Dublin. Diese Dinge werden zu geeigneter Zeit zur Sprache zu bringen sein.

Es ist wahr, daß Irland durch die Reihe militärischer Hinrichtungen, welche in Dublin von Kriegsgerichten verfügt worden sind, in Abscheu und Schauder versetzt worden ist. Diese Dinge sind im Angesicht unablässiger und heftiger Proteste der irischen Führer geschehen, und die Proteste werden ohne Nachlassen und mit kräftigem Nachdruck fortgesetzt werden, bis die unbeschränkte Herrschaft der Militärbehörden in Irland beseitigt ist. Aber es ist auch wahr, daß trotz dieser bitteren Herausforderungen das Volk von Irland nicht ansteht, den Aufstand in Dublin als einen gefährlichen Schlag wider das Herz und die Hoffnungen Irlands zu verurteilen.

Am Morgen nach dieser Tragödie fühlen wir den Ruf an uns ergehen, das Volk von Irland feierlich aufzufordern, die Folgerungen sich zu vergegenwärtigen, die diese Vorgänge ihm auferlegen. Wir dürfen kein Mißverständnis hinsichtlich unserer Ueberzeugungen und unserer Entschlüsse in uns zurücklassen. Entweder ist Irland erfolglosen Revolution und Anarchie auszuliefern oder die verfassungsmäßige Bewegung muß die volle Unterstützung des irischen Volkes haben und ihren Fortgang nehmen, bis sie ihr Werk völlig verrichtet hat.

Wir unterbreiten diese Alternative dem irischen Volke nicht zum erstenmal. Tatsächlich ist, gewisse kleinere Volksteile ausgenommen, diese Entscheidung für eine verfassungsmäßige Bewegung seit nahezu einem halben Jahrhundert getroffen und an ihr festgehalten worden.

Nach der revolutionären Bewegung der sechziger Jahre verkündete Isaac Butt dem irischen Volke, daß eine verfassungsmäßige Bewegung die einzige sichere und zuverlässige Methode sei, seine Rechte zu erlangen. Parnell hat diese Politik und diese Hoffnung erneuert. Das Volk von Irland hat diese Politik akzeptiert, und sie ist niemals von dem irischen Volke ernsthaft in Frage gestellt worden.

Was war die Lage Irlands, als es von Butt und Parnell aufgefordert wurde, für eine verfassungsmäßige Bewegung sich zu entscheiden? Das Bodensystem verharrte in praktisch demselben Zustand verschanzter Uebermacht wie zu irgendeiner Zeit in der irischen Geschichte. Die Pächter waren die Opfer erpresserischer, kurzfristiger Pachtzinsen. War es ihnen unmöglich, die Wucherzinsen zu zahlen — und oft sogar, wenn diese bezahlt wurden —, so wurde ihnen die Exmissionsverfügung ausgehändigt. Das Land blutete aus allen Poren, und seine Jugend und besten Kinder wanderten aus.

Das ländliche Irland bot der Welt das tragische und fast durchgängig gleiche Schauspiel einer Nation in Ruinen: jämmerliche Hütten, ungenügende Nahrung, Lumpen statt anständiger Kleidung und der Schrecken wie die Erniedrigung der Sklaverei gegenüber dem Grundherrn. Die Landarbeiter erreichten eine noch größere Tiefe der Verzweiflung. In Häusern, die für Tiere nicht genügten, mit dürftigen Löhnen und ohne Land waren sie für Gegenwart und Zukunft ganz ohne Hoffnung. Und zu allem diesen schien der Gedanke der Anerkennung ihrer Nationalität durch ein irisches Parlament, der die irische Nation während ihrer ganzen Existenz wie eine Vision beherrscht hatte, von seiner Erfüllung weiter entfernt als zu irgendeiner Zeit in der irischen Geschichte.

Butt, Parnell und die von ihnen ins Leben gerufenen Organisationen legten Irland das Versprechen ab, daß in einer verfassungsmäßigen Bewegung eine Waffe zu finden sei, deren Kraft ausreiche, alle diese Beschwerden zu beseitigen. Diese Beschwernisse und die Reformen, die sie erheischten, wurden in den Programmen der verschiedenen, von Butt und Parnell gegründeten Organisationen Jahre bevor irgendeine der Beschwerden auch nur angerührt wurde, in kurzen Sätzen kundgetan.

Nach der Unterdrückung der Landliga ward als ihre Nachfolgerin die Nationale Liga gegründet, und das Programm der Nationalen Liga, wie es auf der am 17. Oktober 1882 in Dublin abgehaltenen Konferenz angenommen wurde, lautete wie folgt:

1. Nationale Selbstregierung.
2. Reform der Selbstverwaltung.
3. Lokale Selbstverwaltung.
4. Erweiterung des Wahlrechts zum Parlament und den Lokalverwaltungen.
5. Entwicklung und Förderung der Arbeiter- und Industrieinteressen Irlands.

Die Frage, die wir jedem Irländer auffordern, in dieser feierlichen Stunde seinem Urteil und Gewissen vorzulegen, ist die, ob die von Butt und Parnell gemachten — und von deren Nachfolgern erneuerten — Versprechungen, sowie die Ziele der nationalen Organisationen verwirklicht oder Lügen gestraft worden sind. Welche andere Antwort kann jedweder urteilsfähige und wahrheitsliebende Irländer geben, als die, daß die verfassungsmäßige Bewegung nicht nur alles erlangt hat, was Butt, Parnell und die irischen Organisationen an Forderungen aufgestellt haben, sondern noch ein gutes Teil mehr.

Denn was verzeichnen die Jahre, die verstrichen sind, seit Butt die Homerule- und verfassungsmäßige Bewegung gründete?

Die Wucherpachten, die Exmissionen, die Pachtzahlungsstuben, der Pachtenmahner, der Gutsverwalter und zu einem großen Teil der Gutsherr sind aus dem Leben Irlands verschwunden. Zwei Drittel des ganzen Bodens des Landes ist in die Hände des Volkes übergegangen. Das letzte Drittel ist im Prozeß schrittweiser Uebertragung, und der Grund und Boden Irlands ist nunmehr sicherer dem Volk von Irland verbrieft als zu irgendeiner Periode in der Geschichte unseres Landes.

Zehntausende von Arbeiterhäusern sind über ganz Irland hinweg errichtet worden, in denen zu mäßigem Mietsatz und mit einem Stück Land die irischen Landarbeiter von der am schlechtesten behausten, am schlechtesten gekleideten und am schlechtesten genährten Klasse in Europa zum bestbehausten, bestgestellten und unabhängigsten Körper von Landarbeitern umgewandelt sind.

In den Distrikten mit zu eng sitzender Bevölkerung sind Grasweiden erworben und in wirtschaftliche Kleingüter für das Volk aufgeteilt worden. Mit Schiefern gedeckte, geräumige und gesunde Häuser sind an die Stelle der erbärmlichen Hütten getreten, und in einigen der am meisten der Armut verfallenen Distrikte des Nordwestens, des Westens und des Südens von Irland ist ein neues Irland von glücklichen und prosperierenden Heimen erstanden.

Die exmittierten Pächter, die ehedem keine Abhilfe kannten und nur die Wahl hatten zwischen dem Arbeitshaus und der Auswanderung, sind so gut wie sämtlich in ihre früheren Pachtgüter oder in andere ebensogute oder bessere Pachtgüter eingesetzt worden.

Die Lokalverwaltung Irlands ist den Landlords abgenommen worden und jetzt völlig in den Händen des Volkes, mit vom Volk selbst frei gewählten Vorsitzenden und Mitgliedern.

Die Wahlberechtigung für das Parlament und für die Gemeinden, die in den Tagen von Butt und Parnell mit Erfolg dazu benutzt wurden, die Ueberzeugungen und Interessen des Volkes fälschlich zu vertreten, sind so reformiert worden, daß die Vertretung von drei Vierteln Irlands den nationalen Bestrebungen des Volkes entspricht.

Bei jedem Bemühen, die Schwitzarbeit und die Mißbräuche des Truckystems auszurotten, die Fabrikgesetze wirksam anzuwenden, das Koalitionsrecht sicherzustellen und die Interessen der Gewerkschaften zu schützen, ist die irische Nationalpartei fähig gewesen, jeden Vorteil, den die Volksvertretung von Großbritannien für die von ihr Vertretenen erlangen konnte, auf Irland auszudehnen.

Auf dem Gebiet des höheren Unterrichts ist die irische Partei in die Lage gekommen, Irland eine nationale Universität zu verschaffen, vermöge deren zum erstenmal in seiner Geschichte die Söhne von Katholiken Zutritt zu den höchsten Errungenschaften des Lernens erlangen können. Der Elementar- wie der Sekundarunterricht, die Schulen wie die Lehrer, haben in Einkommen und Stellung gewaltige Verbesserungen erfahren.

Die Mieter in den Städten haben einen Freibrief erlangt, der alles weit hinter sich läßt, was jemals einer City oder Provinzialstadt in England zuteil geworden ist.

Mit England hat Irland am ganzen Programm der Sozialreformen Teil genommen. Die Alterspensionen haben Zehntausenden alter Männer und Frauen, die sonst im Alter in Armut und Verzweiflung gelebt hätten, Trost und Hoffnung gebracht. Die nationale Versicherung hat den Arbeitern Irlands dieselbe Sicherung gegen Krankheit, Beschäftigungslosigkeit und Siechtum gebracht, wie den Arbeitern Englands.

Schließlich hat die irische Partei das letzte und höchste Ziel aller irischen Bewegungen seit dem Bestande der Union mit England damit errungen, daß das größte und umfassendste Maß irischer Selbstregierung, das je beantragt und erzielt worden ist, Gesetzeskraft erlangt hat.

Wenn somit die verfassungsmäßige Bewegung sich triumphierend gerechtfertigt hat, wenn auf der anderen Seite eine revolutionäre Bewegung sich sowohl fruchtlos wie auch unheilbringend gezeigt hat, haben wir dann nicht das Recht, das irische Volk aufzufordern, zur verfassungsmäßigen Bewegung zu stehen und sie aufrechtzuerhalten, bis ihre ganze Mission erfüllt ist? Haben wir nicht das Recht, an diejenigen Personen in allen Lebensstellungen in Irland, welche das Volk bei seinen Entscheidungen zu leiten die Pflicht und die Möglichkeit haben, den Ruf ergehen zu lassen, einen kraftvollen und einheitlichen Mahnruf an das Volk zu richten, es möge in der irischen Politik die weisen Methoden wählen und die unsinnigen bekämpfen?

Diese ganzen Jahre über, welche den glänzenden Vormarsch unseres irischen Volkes zur Beseitigung seiner Beschwernisse und Verwirklichung seiner Hoffnungen gekennzeichnet haben, sind dessen Vertreter, welche die getreuen Werkzeuge der Durchführung dieser Politik gewesen sind, den wütendsten und ungerechtesten Angriffen ausgesetzt gewesen. Ihr Werk ist, statt anerkannt zu werden, bekittelt und verspottet worden.

Jede Waffe der Zwietracht, des persönlichen Hasses, der journalistischen Verdächtigung ist gegen sie angewandt worden, und oft haben sie nicht die kräftige Unterstützung gefunden, die sie wohl berechtigt waren, vom Volke zu verlangen, wenn, wie es sicher war, das Volk so gut wie einstimmig ihre Politik guthieß.

Die Zeit für solches Schwanken ist nun vorüber. Wir wiederholen, daß das Land vor der Wahl steht zwischen wirkungsloser Revolution und Anarchie und der vom irischen Volke vollständig und kraftvoll unterstützten verfassungsmäßigen Bewegung.

Jeder irische Nationalist hat sich diese Alternative vorzulegen. Wir bezweifeln nicht, welches die Wahl des irischen Volkes sein wird. Aber von dieser Antwort muß die verfassungsmäßige Bewegung und unsere zukünftige Haltung abhängen. Wenn das Volk die verfassungsmäßige Bewegung nicht will, so will es uns nicht. Ohne seine tatkräftige Unterstützung würden wir uns einer unmöglichen Aufgabe widmen.

Mit seiner Unterstützung können wir das Gebäude irischer Reform und irischer Freiheit fertigstellen, das wir in dem hinter uns liegenden halben Jahrhundert aufgerichtet haben. Wir werden alle Reformen und alle Hoffnungen verwirklichen, die wir und unsere Vorgänger in der verfassungsmäßigen Bewegung ihm verkündet haben. Wir werden das irische Volk in das Parlamentshaus führen, wofür es über ein Jahrhundert gefleht und gearbeitet hat.“

* * *

So das Manifest. Es wäre in verschiedener Beziehung zu kritisieren. Die Schilderung der Errungenschaften Irlands ist sicher zu rosenfarben aufgetragen, und von dem, was wirklich errungen wurde, ist vieles dem Zusammenwirken von Umständen geschuldet, bei dem die geschilderte verfassungsmäßige Politik keineswegs der entscheidende Faktor gewesen ist. So wäre zum Beispiel gerade die große irische Agrarreform schwerlich so glatt zustande gekommen, wenn nicht der ungeheure Preissturz der Landwirtschaftsprodukte in den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts auf der einen Seite und die organisierte Widerstandsbewegung der Pächter gegen die Fortzahlung der Pachten auf der anderen Seite die Grundbesitzer so mürbe gemacht hätte, daß ihnen der gesetzliche Auskauf schließlich als das kleinere Uebel selbst nicht unwillkommen war.

Nach anglo-irischen Begriffen mag natürlich jener Kampf der Pächter auch noch verfassungsmäßig gewesen sein. Aber er wurde mit Mitteln geführt, die — man denke an das No Rent-Manifest Parnells und die Art seiner Befolgung — der Sache nach revolutionär waren, so sehr sie der Form nach sich im Rahmen des verfassungsmäßigen Kampfes hielten und hatten im Hintergrund stets noch Aktionen, die, wie der Terrorismus der Mondscheingesellen, aus jenem Rahmen heraustraten und auch der Form nach revolutionär waren.

Indes sind das Nebenfragen für denjenigen, der den Gründen nachforscht, warum heute die revolutionäre Bewegung in Irland nicht gezündet hat. Wie die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Verfassung Irlands zustande gekommen ist, und ob sie in Wirklichkeit sich weniger rosig ausmacht, als in der Darstellung des Manifests, ist für diese letztere Frage von wenig Belang, sobald die Darstellung in den wesentlichen Punkten die Zustände richtig schildert. Je nachdem die Antwort darauf lautet, wird das politische Urteil — mit dem strafrechtlichen haben wir es nicht zu tun — über die Versuche ausfallen, erregbare Teile des irischen Volkes zu revolutionärer Erhebung zu veranlassen. Nicht der Erfolg oder Mißerfolg einer Aktion schlechthin bestimmt dieses Urteil. War aber nach Lage der Dinge jeder Erfolg überhaupt ausgeschlossen, dann haben die Anstifter in der Tat schwere politische Schuld auf sich geladen.

*) Gemeint ist die antinationalistische Bewegung in Ulster, die den bewaffneten Widerstand gegen die Durchführung des Homerule-Gesetzes organisierte. Ed. B.

Die Organisation der Volksernährung.

Am Montag trat die Budgetkommission des Reichstags in die Beratung der neuen Organisation der Volksernährung ein.

Zu dem bereits veröffentlichten Organisationsplan beantragen die Sozialdemokraten und Fortschrittler, „den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über Kriegsmaßnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 dahin abzuändern, daß der Vorsitzende des Kriegsernährungsamts in wichtigen Fragen erst entscheidet, wenn er neben dem Vorstand auch den Ernährungsbeirat des Reichstags gehört hat“.

Das Zentrum beantragt eine Resolution, die u. a. fordert:

1. in den Vorstand des Kriegsernährungsamts je einen Vertreter der norddeutschen und süddeutschen Erzeuger zu berufen;
2. dem Präsidenten des Kriegsernährungsamts einen aus 16 Mitgliedern des Reichstags bestehenden Ernährungsbeirat beizugeben, welcher wie der Vorstand in wichtigen Fragen zu hören ist und das Recht hat, Anträge zu stellen.

Die Entscheidung in Ernährungsfragen bleibt, wie der Referent Graf Westarp mitteilt, in der Hand des Reichskanzlers, dem aber neuerdings eine Reihe weiterer Befugnisse durch den Bundesrat übertragen worden sind. So kann er in dringenden Fällen Verordnungen erlassen; er muß sie aber nachträglich dem Bundesrat vorlegen. Neu ist, daß der Reichskanzler den bundesstaatlichen Behörden direkt Anweisungen erteilen kann. Ob diese neue Regelung staatsrechtlich haltbar ist, kann nach Ansicht des Referenten zweifelhaft sein; aber es wird von keiner Seite Wert darauf gelegt werden, diese Fragen jetzt aufzurollen. Gleichwohl sollen diese Bedenken wenigstens konstatiert werden, denn es darf nicht der Eindruck erweckt werden, als ob die bundesstaatlichen Instanzen versagt hätten. Jedenfalls dürfen aus den Rechten, die dem Reichskanzler jetzt eingeräumt sind, keine Folgerungen für die Zukunft gezogen werden. Die Frage bedarf noch der Klärung, wie das Verhältnis des Kriegsernährungsamts zur Heeres- und Marineverwaltung steht. Die Bedürfnisse von Heer und Flotte müssen in erster Linie berücksichtigt werden. — Graf Westarp bemängelt dann, daß die Landwirtschaft in dem Vorstand des neuen Amtes nicht vertreten ist. Vornehmste Aufgabe des Präsidenten muß sein, einen einheitlichen Wirtschaftsplan für die kommende Ernte aufzustellen. Weiter muß das neue Amt unter Benutzung der Presse Aufklärung verbreiten. Die Konservativen sind nicht für eine straffe Zentralisation; sie erwarten mehr davon, wenn den einzelnen Bezirken ein bestimmtes Maß von Freiheit gelassen wird.

Abg. Hoch (Soz.) stellt die Frage, ob der Reichstag die Aufhebung der vom Reichskanzler erlassenen Verordnungen beschließen kann. Wie steht es mit der regelmäßigen Einberufung des Beirats, und wie gestaltet sich das Verhältnis der Preisprüfungsstellen zum neuen Kriegsernährungsamt? Dringend erforderlich ist eine genaue Statistik über die Ernte. Ueber die Tätigkeit des Beirats müssen ausführliche Berichte der Oeffentlichkeit übergeben werden.

Staatssekretär Helfferich hält einen anderen Weg, als er jetzt eingeschlagen werden soll, für ganz ungangbar. Durch die neuen Bestimmungen kann der Reichskanzler rasch handeln; er muß nicht erst auf die Beschlüsse der Instanzen warten. Außerdem ist nunmehr die Einheitlichkeit der Durchführung der Verordnungen gewährleistet. Die ganze Kriegswirtschaft wird jetzt zentralisiert. Das Eingreifen der kommandierenden Generale wird künftig in ein einheitliches System gebracht; die Generale haben sich den Anordnungen des Kriegsministeriums zu fügen.

Unterstaatssekretär v. Stein ergänzt diese Ausführungen dahin, daß, sobald das neue Amt funktioniert, die Befugnisse genau begrenzt werden sollen. Der neue Beirat wird neben Vertretern der amtlichen Stellen auch Sachverständige aus allen Gebieten umfassen. Die vom Abg. Hoch geforderte Statistik werde gegeben werden; die Vorräte müssen auch erfaßt werden.

Präsident v. Batocki: Ich habe zunächst mit den Dingen so zu rechnen, wie ich sie vorfinde. Ueber Vorräte aus dem Ausland kann ich erst verfügen, wenn sie da sind. Auf die militärischen Behörden kann ich einen zwingenden Einfluß nicht ausüben. Weitgehender sind die Befugnisse gegenüber den Einzelstaaten, auf deren Unterstützung man in der Hauptsache angewiesen ist. Zunächst müssen vorhandene Mißstände beseitigt werden. Eine Anzahl Pläne sind bereits fertig. Die größte Sorge macht momentan die Fettversorgung. Es ist zu hoffen, daß bis Pfingsten der größte Mangel beseitigt ist. Die Klarstellung der Bestände ist sehr notwendig; sie bildet die Voraussetzung für die Möglichkeit der Verteilung. Ein klares Bild kann man trotz alledem nicht gewinnen. Man kann vorhandene Vorräte erfassen, aber auch hier ist eine gewisse Vorsicht nötig. Wirtschaftlich waren wir für einen Krieg nicht genügend vorbereitet. Die Ernteschätzungen werden nie ein wirkliches Bild der tatsächlichen Erträge geben können. Nicht minder schwer ist das Erfassen der Vorräte angesichts der Tatsache, daß unsere meisten landwirtschaftlichen Betriebe kleinere Betriebe sind. Die Bevölkerung soll durch Mitteilung der Tatsachen aufgeklärt werden; übertriebene Rücksicht auf den Eindruck im Auslande ist nicht angebracht.

Abg. Ebert (Soz.): Die Notwendigkeit der neuen Organisation ist leider von der Regierung zu spät erkannt worden. Hätte man im Herbst 1914 scharf zugegriffen, dann ginge es uns heute besser. Es ist ein völliges System der Systemlosigkeit eingetreten. Der Wucher hat sich immer mehr ausgebreitet, man hat wenig oder gar nichts dagegen getan. In einem Lande, das mit solchen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, mußte der freie Markt längst aufgehoben werden. Die Ausführungen des Präsidenten Batocki haben eigentlich wenig Positives enthalten. Die Grundsätze für die Brotverteilung hätten auch auf die Verteilung der anderen Lebensmittel angewendet werden müssen. Bei der jetzigen Bestandsaufnahme von Lebensmitteln muß die Höhe dessen festgestellt werden, was als zum eigenen Bedarf erforderlich behalten werden darf. Der Handel darf nur noch Hilfsorgan der neuen Organisation sein. Die Verteilung muß Sache der Kommunalverbände sein, denen die Rationierung gesetzlich vorgeschrieben werden muß. Der Gedanke der Massenspeisung muß in die Tat umgesetzt werden. Insbesondere für die erwerbstätigen Frauen bedeutet das eine große Erleichterung, nicht minder auch für die alleinstehenden Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Massenspeisung ist allerdings zunächst eine Frage der Organisation. Es ist dringend zu wünschen, daß den Gemeinden zu diesem Zwecke vom Reiche Geldmittel zur Verfügung gestellt werden. Der Bedarf der Heeresverwaltung an Lebensmitteln ist riesig; die Art aber, wie dieser Bedarf gedeckt wurde, hat direkt zu Preistreiberei und Schädigung der Zivilbevölkerung geführt. Die kommandierenden Generale dürfen in

die Volksernährung nicht durch Ausfuhrverbote eingreifen. Die jetzt geübte Schlagbaumpolitik muß verschwinden. Die Schwierigkeiten, mit denen das neue Amt zu kämpfen hat, sollen nicht verkannt werden; es muß aber daran festgehalten werden, daß das neue Reichsamt der Kritik des Reichstags untersteht und daß die getroffenen Verordnungen der Kontrolle durch den Reichstag nicht entzogen werden. Die Bestrebungen, mehr Vertreter der Landwirtschaft in den Vorstand zu bringen, sind in keiner Weise berechtigt; viel wichtiger wäre es gewesen, wenn in den Vorstand auch eine Frau berufen worden wäre, wie es auch notwendig ist, den Frauen im neuen Beirat eine Vertretung zu sichern. Neben dem großen Beirat soll aber auch der Ernährungsbeirat des Reichstags in Funktion bleiben.

Präsident v. Batocki stimmt den Ausführungen Eberts zu; er hält es auch für notwendig, daß Frauen in den Beirat berufen werden. Den Vorstand zu verstärken, ist bedenklich. Man solle es zunächst bei der jetzigen Organisation belassen. Den Vorschlägen Eberts betr. die Massenspeisung stimme er ebenfalls zu. Auch halte er es für notwendig, daß die Gemeinden eine Rationierung durchführen. Die Bestandsaufnahmen an Fleisch sollen eine Ausdehnung erfahren. Eine allgemeine Rationierung nach dem Muster des Brotes ist ganz unmöglich.

Abg. Erzberger (Z.): Schuld daran, daß die neue Regelung der Volksernährung erst jetzt erfolgt, ist der Bundesrat, der sich stets hinter verfassungsmäßige Bedenken verschanzte. Das Verhältnis zum Kriegsministerium muß genau geklärt werden, sonst legt man den Keim zu neuen Differenzen. Der Bundesrat darf nur noch in Fragen der Förderung der Produktion hineinreden. Auf die freiwillige Mitarbeit der einzelstaatlichen Organe ist das neue Amt angewiesen, deshalb muß die Landeszentralbehörde mit der Aufgabe betraut werden, den nötigen Druck auf nicht willfährige Beamte auszuüben. Wo die Dezentralisierung sich bewährt hat, soll man sie nicht beseitigen. Die Zusammensetzung des Vorstandes leidet unter dem Mangel, daß Vertreter der Landwirtschaft fehlen, weshalb das Zentrum fordert, daß ein süddeutscher und ein norddeutscher Landwirt mit in den Vorstand berufen werden sollen. Der vom Reichstag geschaffene Ernährungsbeirat darf nicht ausgeschaltet werden. In diesem Beirat sollen künftig auch die Deutsche Fraktion und die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft vertreten sein.

Unterstaatssekretär v. Stein erklärt, daß der Bundesrat die Verordnungen des Reichskanzlers abändern kann. Das Kriegsernährungsamt ressortiert eigentlich nicht zum Reichsamt des Innern, muß aber wenigstens in der ersten Zeit im engsten Zusammenhang mit dem Reichsamt des Innern stehen. Gegen die Landeszentralbehörden kann das neue Amt nicht arbeiten; es soll mit diesen Behörden arbeiten. Theoretisch ist es richtig, daß ein widerspenstiger Beamter bestraft werden kann; in der Praxis dürfte dieser Fall kaum eintreten.

Staatssekretär Helfferich erklärt, daß es seinen Wünschen entspricht, das neue Amt so rasch als möglich in organisatorischer Beziehung völlig selbständig zu machen. Aber das Reichsamt des Innern kann nicht ganz ausgeschaltet werden. Gesetzgeberische Vorarbeiten auf seinem Gebiet macht das Kriegsernährungsamt selbständig.

General v. Owen teilt mit, daß die Heeresverwaltung in engster Verbindung mit dem neuen Amt stehen werde, genau wie dies bisher mit dem Reichsamt des Innern der Fall war. Die oberste militärische Stelle kann aber nicht einer anderen Stelle untergeordnet werden. Die ergangene Order bestimmt ausdrücklich, daß die militärischen Befehlshaber die Anordnungen des Kriegsministers, der in der neuen Organisation vertreten ist, zu befolgen haben. Die Generäle haben also kein Recht mehr, z. B. Ausfuhrverbote aus ihren Bezirken zu erlassen.

Abg. Böhme (natl.) begrüßt diese Erklärung, von der er sich eine klare Abgrenzung der Befugnisse verspricht. Daß Landwirte in den Vorstand des Kriegsernährungsamts berufen werden müssen, sei eine Selbstverständlichkeit. In einzelnen Bezirken Deutschlands herrscht offenbar noch Ueberfluß, so insbesondere in Mecklenburg; diesem Staat möge Präsident v. Batocki zuerst einen Besuch abstatten. Redner erörtert dann eine lange Reihe agrarischer Wünsche, deren Beachtung er dem Präsidenten dringend empfiehlt.

Unterstaatssekretär v. Stein bemerkt, daß es dem Vorstand des neuen Amts an landwirtschaftlichen Sachverständigen nicht fehle. Wenn es der Reichstag aber wünscht, werde man erwägen, einen Landwirt zuzuziehen. Der parlamentarische Ernährungsbeirat kann aber dem neuen Amt nicht angegliedert werden. Seine Wünsche aber sollen nach Möglichkeit beachtet werden.

Abg. Dr. Roesicke (B. d. L.) verlangt, daß in den Vorstand auch Landwirte berufen werden; aber man soll sich nicht auf den Standpunkt stellen, daß kleine Landwirte dabei sein müssen. Diese und auch die Kleinhändler sollen eine Vertretung im Beirat bekommen. Die Landwirte, die Futter bauen, müssen unter allen Umständen das Recht haben, zunächst ihren eigenen Bedarf zurückzubehalten. Dringend muß davor gewarnt werden, zu sehr in den bäuerlichen Betrieben herumzuschnüffeln, sonst werden die Landwirte unmutig.

Staatssekretär Helfferich tritt einigen Ausführungen des Vorredners entgegen und stellt fest, daß es nie die Absicht der Regierung war, einen Lebensmitteldiktator zu schaffen. Durch die neue Organisation wird ein rascheres Handeln ermöglicht; es muß nicht immer erst der Bundesrat verhandeln und beschließen. Die bisher bestandenen Hemmnisse sind jetzt beseitigt. Wenn sich herausstellt, daß dem Präsidenten Batocki größere Machtbefugnisse eingeräumt werden müssen, dann wird das geschehen. Das Kriegsernährungsamt untersteht direkt dem Reichskanzler, aber es kann nicht einfach vom Reichsamt des Innern völlig losgelöst werden. Der sozialdemokratische Antrag, der dem Ernährungsbeirat einen größeren Einfluß verschaffen will, ist praktisch nicht durchführbar, weil damit die Schnelligkeit des Handelns beeinträchtigt würde. Die Entscheidung über Ausfuhr, Durchfuhr und Einfuhr hat sich der Reichskanzler ausdrücklich vorbehalten.

Präsident v. Batocki versichert, daß er nicht schematisch arbeiten, sondern den Bedürfnissen der Allgemeinheit Rechnung tragen werde. Auf einen Schlag kann das neue Amt nicht eingerichtet werden. Bei der Auswahl der Personen hat die Regierung eine durchaus glückliche Hand gehabt. Die Situation ist so ernst, daß das Interesse der Erzeuger für die nächste Zeit nicht berücksichtigt werden kann. Vor allen Dingen muß die Not gelindert werden; selbst auf die Gefahr hin, daß einmal kurze Zeit mit unserem landwirtschaftlichen Besitz Raubbau getrieben werden muß.

Abg. Frhr. v. Gamp verlangt, daß die Kompetenzen des Reichstags gegenüber dem Kriegsernährungsamt sehr genau festgesetzt werden. Vor einer zu straffen Zentralisation ist zu warnen. Die Gemeinden müssen eine strenge Kontrolle über den Verbrauch führen, aber vor einer zu weit getriebenen Rationierung kann nicht genug gewarnt werden.

Abg. Hoff (Vp.) begrüßt es, daß Präsident v. Batocki für die nächste Zeit wenigstens die Interessen der Erzeuger in den Hintergrund treten lassen wolle. Herr v. Oldenburg hat die Bauern direkt aufgefordert, die Verordnungen des Bundesrats nicht zu befolgen. Im Interesse der Volksernährung liegt es, den Viehstapel nicht größer zu halten, als er auch tatsächlich ernährt werden kann. Für das Verfüttern von Getreide sind strenge Strafen am Platze; deshalb haben die Fortschrittler beantragt, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Bestimmungen zu erlassen, wonach bei Zuwiderhandlungen gegen die Verordnungen des Bundesrats und des Kriegsernährungsamts der gesamte aus der Zuwiderhandlung sich ergebende Nutzen eingezogen und daneben auf eine angemessene Geld- oder Gefängnisstrafe erkannt werden muß. Es ist keine fühlbare Bestrafung, wenn ein Lederfabrikant, der infolge seiner Verstöße gegen die Gesetze Zehntausende verdient hat, eine Geldstrafe von 1500 M. bekommt.

Abg. Herold (Z.) befürchtet, daß das Kriegsernährungsamt derart in den Betrieb der Landwirtschaft eingreifen wird, daß ein Uebermaß von Unzufriedenheit entsteht. Deshalb müssen einige Landwirte in den Vorstand berufen werden. Ueber die Pläne des neuen Amtes wisse man bis jetzt eigentlich noch gar nichts, deshalb sei es doppelt wichtig, daß dem parlamentarischen Ernährungsbeirat ein weitgehender Einfluß eingeräumt wird.

Präsident v. Batocki erklärt, daß er seinen Widerspruch gegen eine Verstärkung des Vorstandes aufgebe und dem Reichskanzler vorschlagen werde, zwei Vertreter der Landwirtschaft zu ernennen.

Unterstaatssekretär v. Stein stellt noch einmal fest, daß der parlamentarische Beirat vielleicht später, nicht aber schon jetzt dem Kriegsernährungsamt beigegeben werden kann.

Abg. Wurm (Soz. Arbg.) empfiehlt, daß der Präsident des Kriegsernährungsamts dafür sorgen möge, daß die öffentliche Kritik an den Ernährungsfragen freigegeben würde. Hoffentlich wird im Vorstand mit dem Grundsatz seines Mitgliedes v. Braun gebrochen, daß Höchstpreise das Volk zum Sparen bringen. Die preußischen Verwaltungsstellen haben bisher am meisten passive Resistenz geübt. Den Gemeinden müssen Vollmachten gegeben werden, ihre Anordnungen auch durchzuführen. Die Anzeigen, die in Berlin wegen Ueberschreitung der Preise schon vor Monaten erfolgt sind, schweben zum Teil heute noch. Die Beschlüsse des Beirats werden jetzt hoffentlich mehr beachtet als seither. Die Rationierung hat nur Zweck, wenn sie für das ganze Reich erfolgt. Aber die Preise müssen auch so gehalten sein, daß sie von den Massen auch bezahlt werden können. Was aber soll mit der künftigen Ernte geschehen? Darüber ist bis jetzt nichts gesagt worden.

Präsident v. Batocki meint, daß man jetzt an dem System der Höchstpreise nichts ändern kann. Die Erweiterung der Machtvollkommenheit der Gemeinden werde erwogen.

Abg. David (Soz.) erblickt in dem neuen Amt eine Instanz, die ohne Rücksicht vorgehen kann. Wenn sie aber sich erst an die Landeszentralbehörden wenden muß, dann schwächt man ihre Stoßkraft. Diese ist aber gerade gegenüber preußischen Behörden sehr notwendig. Bedauerlich wäre eine Erweiterung des Vorstandes, in dem schon jetzt die Interessen der Landwirtschaft stark vertreten sind. Die Interessen der Konsumenten haben demgegenüber eine weit schwächere Vertretung. Besser wäre es, eine Frau in den Vorstand aufzunehmen. Den parlamentarischen Beirat will man ganz offenbar zum fünften Rad am Wagen machen. Dieser Beirat gehört zur Exekutive, nicht zum Reichskanzler, der gerade diesen Teil seiner Befugnisse abgetreten hat. Es ist eine sehr wichtige Aufgabe des neuen Amtes, das Publikum aufzuklären, damit es in dieser schweren Zeit durchhalten kann. Das Publikum muß aber auch zur Mitarbeit herangezogen werden, damit dem Wucher endlich mit Erfolg zu Leibe gegangen werden kann.

In der weiteren Debatte bespricht Abg. Schmidt (Soz.) die Frage der Höchstpreispolitik und weist darauf hin, daß eine der wichtigsten Fragen die der Rationierung ist. Auf diesem Gebiet hat die bisherige Organisation völlig versagt. Der Handel hat große Vorräte einfach verschwinden lassen. Höchstpreise müssen in dem Moment einsetzen, in dem die Preise steigen. Auch bei der Massenspeisung ist darauf zu sehen, daß die Preise so festgesetzt werden, daß sie auch bezahlt werden können. Surrogate sollten nur dann zum Markt zugelassen werden, wenn sie vorher untersucht und wenn der Preis angegeben ist.

Abg. Graf Westarp (k.) warnt davor, zu tief in die Privatwirtschaft einzugreifen, und empfiehlt eine bessere Ausnutzung der besetzten Gebiete.

Abg. Ebert (Soz.) hebt noch besonders hervor, daß die schwerarbeitende Bevölkerung am Rande ihrer Leistungsfähigkeit angelangt ist. Selbstverständlich soll erhalten werden, was für die Zukunft notwendig ist. Das Verhalten der Gerstenverwertungsgesellschaft, die pro Tonne 5 M. Provision berechnet hat, ist auf das allerschärfste zu verurteilen. Erst seit kurzer Zeit ist die Provision auf 2 M. herabgesetzt worden und damit immer noch hoch genug. Mit dieser Gesellschaft sind Verträge geschlossen worden auf Lieferung von Gerste zur Herstellung von Graupen und Malzkaffee. Hier wäre es Pflicht des Reichs gewesen, die Preise erst genau zu prüfen. Der Direktor der Gerstenverwertungsgesellschaft steckt nicht weniger als 60 000 M. Gehalt pro Jahr ein. Solche Zustände müssen empörend wirken.

Damit war in der Hauptsache die Debatte erschöpft. Die Abstimmung über die Anträge wird später vorgenommen. Die Beratung über die anderen Punkte werden Dienstag fortgesetzt.

Das tägliche Brot.

Für höhere Milchpreise.

Kaum hat das neue Kriegsernährungsamt zu arbeiten begonnen, als ihm auch bereits die Wünsche von Interessenten aus Produzentenkreisen zur Berücksichtigung übermittelt werden. Die Absicht des Bundesrats bei der Gründung des neuen Reichsamts bestand sicher darin, die schwierige Lage der Konsumenten zu verbessern. Die Produzenten dagegen verlangen, daß Herr v. Batocki ihren Wünschen entgegenkomme. So fordert die „Deutsche Tageszeitung", daß mehr landwirtschaftliche Sachverständige, d. h. wohl ausgesprochene Anhänger des „Bundes der Landwirte", in den Vorstand des neuen Amtes berufen werden sollen. Einzelne Zeitungen gehen mit ihren Wünschen noch weiter und verlangen bereits bestimmte Maßnahmen zugunsten der Produzenten. So tritt der „Reichsbote" dafür ein, daß manche Höchstpreise, z. B. die für Milch, erhöht werden müßten. Selbst der außerordentlich hohe Preis für Milch in Berlin ist dem „Reichsboten" noch viel zu niedrig. Er schreibt:

> „Wenn in Berlin die Eier das Stück 30 Pf. kosten, so steht dazu der Preis von 30 Pf. für 1 Liter guter Vollmilch in keinem Verhältnis. Man zahlte gern auch 40 Pf., wenn man sie nur unverfälscht und ungewässert erhielte. Aber wenn der kleine Molkereibesitzer in Berlin 1600 M. für eine Kuh zahlen und das Futter usw. für sündteures Geld erwerben muß, kann man sich an den Fingern abzählen, daß er gute Vollmilch nicht für 30 Pf. verkaufen kann, wenn anders er bestehen will."

Der „Reichsbote" scheint sehr merkwürdige Vorstellungen über die wirtschaftliche Lage der breiten Bevölkerungsschichten Berlins zu haben, wenn er behauptet, man würde „gern" 40 Pf. für das Liter Milch zahlen wollen. Aber auch die Begründung für die gewünschte Milchpreiserhöhung durch den „Reichsboten" ist keineswegs stichhaltig. Sollte es für kleine Molkereibesitzer wirtschaftlich unmöglich sein, bei einem Einkaufspreis von 1600 M. für eine Kuh „durchzuhalten", so wäre daraus unseres Erachtens nur die Forderung zu ziehen, daß Höchstpreise für Rindvieh (Milchkühe) eingeführt werden, die die Milchwirtschaft rentabel gestalten, ohne den Konsumenten die Lebenshaltung noch mehr zu erschweren.

Die lokalen Ausfuhrverbote.

Der preußische Minister für Landwirtschaft hat sich in einem Runderlaß an die Regierungspräsidenten gegen die Ausfuhrverbote in einzelnen Landesteilen gewandt. Danach sind Anordnungen der Gemeinden und Kommunalverbände nur in einem Umfange zuzulassen, der unter allen Umständen jede Beeinträchtigung der allgemeinen Lebensmittelversorgung ausschließt. Ausfuhrverbote für Gegenstände des täglichen Bedarfs, die nicht der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen, werden hiernach allgemein untersagt werden müssen. Die besonderen Machtvollkommenheiten die den Gemeinden und Kommunalverbänden übertragen worden sind, seien lediglich dazu erteilt, die Gemeinden in die Lage zu versetzen, ungerechtfertigten Preistreibereien entgegenzutreten. Sie seien aber nicht dazu gegeben, um einzelnen Landesteilen während des Krieges eine wirtschaftlich günstigere Lage auf Kosten der übrigen zu sichern.

Gegen den Schieberhandel mit Lebensmitteln.

Der Abgeordnete Werner hatte bekanntlich im Reichstage eine kleine Anfrage eingebracht, was die Regierung gegen die Lebensmittelanzeigen in großen Blättern, die den Schieberhandel begünstigen, unternehmen will. Es ist ihm von dem neuen Staatssekretär des Innern, Dr. Helfferich, folgende schriftliche Antwort erteilt worden:

> „Auf die Anfrage beehre ich mich zu erwidern, daß Verhandlungen darüber schweben, wie den Uebelständen in bezug auf Zeitungsanzeigen über Angebote und Nachfragen von Lebensmitteln und sonstigen Gegenständen des täglichen Bedarfs im Groß- und Zwischenhandel begegnet werden kann. Es steht zu hoffen, daß die Verhandlungen in Kürze zur Beseitigung der Mißstände führen werden."

Regelung des Eierhandels.

Im Herzogtum Oldenburg ist der Eierhandel — mit Ausnahme des unmittelbaren Verkaufs vom Erzeuger an den Verbraucher — nur denjenigen gestattet, die vor dem 1. Mai 1915 im Herzogtum Oldenburg mit Eiern gehandelt haben und einen Erlaubnisschein besitzen. Alle Eierhändler haben ein Zehntel der ganzen Eiermenge, die sie absetzen, in frischen, gesunden Eiern von durchschnittlich mindestens 53 Gramm Gewicht zum Preise von 17 Pf. für das Stück an die Nahrungsmittelzentrale in Oldenburg abzuliefern. Jedes Aufkaufen von Eiern von Haus zu Haus, im Umherziehen, ist verboten; der Verkauf auf Wochenmärkten und durch Anbieten an den Türen zunächst jedoch noch gestattet. Der Händler hat genau Buch zu führen.

Städtische Versorgungsmaßnahmen.

Die Stadt Köln unterhält 45 Verkaufsstellen mit eigenem Personal in gemieteten Räumen, in denen Kartoffeln, Reis, Graupen, Heringe, Gemüse, Obst, kondensierte Milch und andere Lebensmittel verkauft werden. Außerdem sind etwa 1000 kleine Verkaufsstellen für Kartoffeln bei Gemüsehändlern eingerichtet worden. Ferner unterhält die Stadt über 50 Niederlagen für den Verkauf der von ihr beschafften Klipp- und frischen Seefische. Sie gibt an etwa 150 Verkaufsstellen Milch, an etwa 800 Geschäfte Butter sowie an über 1900 Kolonialwarengeschäfte Petroleum ab. Daneben unterhält die Stadt noch 85 eigene Fett-Verkaufsstellen. Der gesamte Umsatz dieses Lebensmittelgeschäfts, der bis Mitte Oktober 75½ Millionen Mark betrug, ist bis Ende Dezember auf 94 Millionen Mark gestiegen. Bis Ende März 1916 hat der Umsatz 100 Millionen Mark erreicht. Zur Entladung, Lagerung und Beförderung der Lebensmittel bildete die Stadt eine besondere Zentrallagerverwaltung. Der Umfang ihrer Geschäfte machte die Einrichtung besonderer Dienststellen auf den Bahnhöfen sowie die Annahme von mehreren hundert Arbeitern und die Anmietung einer Reihe von Lagern notwendig. Zur Verarbeitung der Küchenabfälle sowie zur Trocknung von Obst und Gemüse sind Dörranlagen eingerichtet worden. Zur Behebung der Futterknappheit hat die Stadt ein Mischfutter hergestellt.

In der Kölner Stadtverordnetenversammlung kam es anläßlich eines liberalen Antrages, Speisegemeinschaften in größtem Umfange einzurichten, zu sehr lebhaften Debatten. Der Antragsteller erklärte, daß die Stadt hier schließlich 100 000 bis 200 000 Menschen täglich ernähren könne. Bürgermeister Adenauer betonte im allgemeinen seine Zustimmung; schon jetzt beständen in Köln vier Volksküchen, 18 Abgabestellen für Eintopfgerichte, 18 Suppenküchen, 7 Gulaschkanonen; 19 690 Portionen würden täglich verabreicht, und im ganzen könnten heute schon 80 000 Personen versorgt werden. Die Speisegemeinschaften garantierten auch eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Lebensmittel.

Die Stadt Augsburg hat eine Einrichtung geschaffen, durch welche denjenigen Familien mit billigen Lebensmitteln geholfen werden soll, die keinen Anspruch auf Erwerbsfürsorge, Kriegsfürsorge oder Armenpflege haben. Es sind Einkommensabstufungen von 1800—2400 M. gemacht, wobei Rücksicht genommen wird auf die Kinderzahl. Familien mit 5 Kindern und einem Einkommen unter 2400 M. erhalten Bezugsscheine, mit denen sie Nahrungsmittel in städtischen Verkaufsstellen zu billigeren Preisen entnehmen können. Der Fleischpreis wird beispielsweise ermäßigt um 60 Pf., Speisekartoffeln werden der Zentner zu 2 M. abgegeben. Die Zuschüsse zu dieser Ernährungshilfe leistet die Stadt oder sie werden aus privaten Mitteln bestritten. In den ersten Tagen seit Bestehen dieser Ernährungshilfe sind über 3000 Gesuche eingegangen. Neben Arbeitern mit geringem Verdienst sind es hauptsächlich kleine Handwerker und Gewerbetreibende, die von der Ernährungshilfe Gebrauch machen.

Zentralstelle für Trocknungswesen.

Amtlich. Auf Anregung des Reichsamts des Innern ist am 26. Mai eine „Zentralstelle für das Trocknungswesen" errichtet worden. Die Zentralstelle soll eine Auskunftsstelle für alle Fragen auf dem Gebiete der Trocknung von Nahrungs- und Futtermitteln sein. Sie soll die Aufgabe haben, mit allen geeigneten Mitteln für die Ausbreitung der Trocknung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und aller Stoffe, die für Nahrungs- und Futterzwecke in Frage kommen, zu wirken. Die Geschäftsführung liegt vorläufig in den Händen des Herrn Direktors Ernst Scharrer. Die Geschäftsräume befinden sich in Berlin W. 9, Köthener-Straße 38.

Gewaltsames Hochtreiben der Obstpreise.

In der letzten Sonntagnummer gaben wir einer Mitteilung der „Deutschen Tageszeitung" Raum, wonach bei der Verpachtung der Obstchaussee im Kreise Trebnitz die Händler sich gegenseitig gewaltig überbieten und die Taxen um das Achtfache höher treiben. Unser Breslauer Parteiorgan, die „Volkswacht", weiß dasselbe zu melden und fügt noch hinzu, daß auch bei der Verpachtung der Kreis- und Provinzialchaussee im Landkreise Breslau das gleiche zu beobachten war. Dort wurden im ganzen statt des taxierten Wertes von 10620 M. 34710 M. gezahlt.

Die „Volkswacht" bemerkt dazu, daß also jetzt schon die Kirschen, wo sie noch am Baume hängen, auf den dreifachen Preis getrieben werden. Wenn nun noch die verschiedenen Zwischenhändler dazu kommen, wird es uns mit dem Obst genau so oder noch schlimmer gehen wie mit Eiern und Heringen. Denn auf die Kirschen folgen Birnen und Aepfel, und die Hoffnung auf den großen Segen der Obsternte ist für die breiten Massen dahin, wenn nicht ein energischer Machthaber durch sehr niedrige Höchstpreise bald ein Halt gebietet.

Wir möchten diese Vorgänge ebenfalls dem Ernährungsamt als Material überweisen und erwarten, daß von dort aus ohne Rücksicht auf einen eventuellen Schaden der Preistreiber deren Hoffnungen auf hohe Obstpreise zuschanden gemacht werden.

Aus Industrie und Handel.

Stinnes und Thyssen als Schiffsreeder.

Die rheinisch-westfälischen Mammuth-Industriellen gewinnen ständig mehr Einfluß auf das Reedereikapital. Bislang besaß nur Krupp die Germaniawerft in Kiel. Kürzlich hat nun die Firma Hugo Stinnes, die Repräsentantin der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft, einen Teil des Aktienkapitals der Wörmannlinie und der deutschen Ostafrikalinie erworben. Und jetzt wird gemeldet, daß August Thyssen den vierten Teil der 10 Millionen Aktien des „Bremer Vulkan" übernommen hat und zugleich in den Aufsichtsrat dieses Schiffbauunternehmens eingetreten ist. Der „Vulkan" ist vertraglich verpflichtet worden, bei einer etwaigen Auflösung des Schiffbaustahlkontors seinen ganzen Stahlbedarf bei den Thyssenschen Werken zu decken. Vermutlich wird später auch Thyssen zum Bau eigener Schiffe übergehen, wie Stinnes ihn bereits auf den Emdener Nordseewerken betreibt. Der Vater Stinnes war ursprünglich nur Rhein- und Ruhrreeder und erwarb später erst eigene Gruben und Hütten.

Kapitalkonzentration.

Immer mehr streben die großen Aktiengesellschaften dahin, durch Aufkäufe von Werken ihren Produktionskreis zu erweitern und ihre Reinprodukte wie Kohle und Eisen, nicht mehr abzugeben, sondern sie selbst zu verbrauchen. Selbstverständlich erhöhen sie die Gewinne dadurch bedeutend, und ein ungeheures Kapital sammelt sich in diesen Aktiengesellschaften an. So wurde kürzlich im „Reichsanzeiger" zu einer außerordentlichen Hauptversammlung der Aktionäre der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft eingeladen, die am 3. Juni stattfinden soll. Als Verhandlungsgegenstände sind angegeben:

1. Uebernahme des Vermögens der Hüstener Gewerkschaft A. G. zu Hüsten, unter Ausschluß der Liquidation gegen Gewährung von Nennwert 3 750 000 M. neuen Aktien unserer Gesellschaft im Umtauschverhältnis von 5 : 8 und Uebernahme des Vermögens der Düsseldorfer Röhren-Industrie zu Düsseldorf unter Ausschluß der Liquidation gegen Gewährung von Nennwert 3 500 000 M. neuen Aktien unserer Gesellschaft im Umtauschverhältnis 7 : 10, unter Genehmigung der darüber abgeschlossenen Verträge.

3. Erhöhung des Grundkapitals um 8 000 000 M. durch Ausgabe von 6665 Stück neuen, vom 1. Januar 1916 ab gewinnberechtigten Aktien über je 1200 M. und von einer neuen, vom 1. Januar 1916 ab gewinnberechtigten Aktie über 2000 M. unter Ausschluß des Bezugsrechts der Aktionäre und Verwendung von Nennwert 7 250 000 M. dieser Aktien zu den unter 1 genannten Zwecken, Festsetzung des Mindestkurses der Ausgabe für die übrigen Nennwert 750 000 M. und Ermächtigung des Vorstandes zur Begebung im Einverständnis mit dem Aufsichtsrat.

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Vorschläge auf der außerordentlichen Hauptversammlung gutgeheißen werden. Durch die Angliederung der Hüstener Gewerkschaft setzt die G. B. A. G. ihre Bestrebungen fort, über die Erzeugung von Roh- und Halbfabrikaten die Verfeinerungsindustrie in die Hände zu bekommen. Mit der Düsseldorfer Röhrenindustrie A.-G. bestand schon seit 1910 Interessengemeinschaft und wird diese Aktiengesellschaft nun ganz in die Hände ihrer Gelsenkirchener Interessenschwester übergehen. Durch die Kapitalserhöhung um acht Millionen Mark steigt das Kapital der betriebsamen Gesellschaft auf 188 Millionen Mark. Noch ist aber kein Ende dieser Konzentration zu erwarten, immer weiter wird sie schreiten, denn die angehäuften, durch überreichlichen Gewinn sich fortdauernd vermehrenden Kapitalien sollen nutzbringend angelegt werden, und der Großindustrielle Kirdorf, der das Zepter bei der Gelsenkirchener A.-G. führt, ist der Mann dafür. Von der Förderung der Rohkohle und des Eisenerzes bis zur Herstellung des Drahtnagels ist schließlich der einzelne Betrieb eingerichtet. — Es gibt schon drei Unternehmungen, die über 200 Millionen Mark Aktienkapital haben. So verfügt die Diskontogesellschaft über 300 Millionen, die Deutsche Bank über 250 Millionen Mark, über dasselbe Aktienkapital die Firma Krupp. 15 Unternehmungen haben ein Aktienkapital von 100 bis 200 Millionen, darunter die Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft nach ihrer Kapitalserhöhung über 188 Millionen, die Deutsch-Luxemburgische Bergwerksgesellschaft über 100 Millionen, die Phönix 106 Millionen Mark.

Soziales.

Die Landbeschaffung für Kriegersiedlungen.

Der westfälische Kleinwohnungsverein berichtet in seinem „Wohnungsblatt" über die Erfahrungen, die er bisher bei dem Bemühen um die Bereitstellung von Land für Kriegersiedlungen gemacht hat. Er hat bei den Gemeinden und Kreisen deswegen angefragt, die Antworten sind aber zum Teil sehr wenig günstig und im übrigen so gehalten, daß man nur fragwürdige Hoffnungen haben kann. Im Industrierevier „steht und fällt die Bodenfrage mit der Frage der Verwertbarkeit des umfangreichen Zechengeländes". Aber hier werde wohl ein gangbarer Weg zu finden sein.

In den landwirtschaftlichen Gegenden werden im Guten kaum etwas zu machen sein, da die Groß- und Mittelbauern immer bloß zukaufen, aber nichts abgeben wollten, obgleich es gerade hier an intensiver Ausnutzung der Bodenschätze vielfach fehle. Die Wichtigkeit der Sache rechtfertige hier ein zielbewußtes Vorgehen, „wenn es auch vielleicht manchem zu seinem Eigentumsbegriff nicht recht passen möchte". Wo es ein Landwirt an intensiver Bearbeitung des Bodens fehlen lasse, müsse eine Handhabe geschaffen werden, daß ihm das Land entzogen wird.

„In den fruchtbarsten Bezirken sitzt der Groß- und Mittelbesitz fest." Nur in den Gegenden mit zersplittertem Bodenbesitz ist reichlich Ansiedlungsland zu haben, aber hier ist meist weniger fruchtbarer Boden."

Aus einem Kreise wird allerdings berichtet, daß die Ansiedlung von Heuerlingen erwünscht sei,

„aber auch hier (Kreis Halle) sind die Preise, selbst für Oed- und Heideland, so hoch, daß das Herauswirtschaften einer angemessenen Verzinsung unmöglich ist".

An einigen Stellen könne man vielleicht hoffen, daß die Kirche ihren Grundbesitz zu Kriegssiedlungen hergäbe. Recht und billig sei es auch, daß der mit staatlicher Unterstützung durch ländliche Genossenschaften (Kriegsgefangenenarbeit) in Kulturland verwandelte Oed- und Moorboden herangezogen würde. Im allgemeinen aber heißt es:

„Für die landwirtschaftliche Kleinsiedlung scheint nach alledem unter den jetzigen Verhältnissen in Westfalen verhältnismäßig wenig Aussicht zu bestehen."

Das soll heißen: Wenn nicht Gesetze gemacht werden, die es ermöglichen, die angenommenen Bedürfnisse auch gegen den Willen der Grundbesitzer zu befriedigen, dann wird die Arbeit nicht viel Erfolg haben.

Der Gedanke der landwirtschaftlichen Kleinsiedlung für Krieger ist in Kreisen, die gewiß gute Absichten, aber wenig Nachdenken und wenig Verständnis für die Lage der Dinge haben, mit Begeisterung aufgenommen worden. Es zeigt sich aber auch diesen Leuten immer mehr, welche Schwierigkeiten da im Wege stehen, und mit dieser Erkenntnis flaut die Begeisterung ab. Das ist auch nicht so schlimm, denn die landwirtschaftliche Kleinsiedlung kann nicht das erstrebenswerte Ziel unserer Krieger, und zumal der verwundeten, sein. Ist sie schon überhaupt eine sehr fragwürdige Sache, so ist sie es unter den heutigen Besitz- und Produktionsverhältnissen doppelt und dreifach. Und um eine intensive Ausnützung des Bodens zu erreichen, dazu bedarf es der Kleinsiedlung nicht, — die läßt sich bei gutem Willen und weniger Rücksichtnahme auf private Liebhabereien auch so durchführen.

Gerichtszeitung.

Kriegssachen.

Die Vergehen gegen Kriegsgesetze und -Verordnungen werden vom 1. Juli ab einheitlich von der 1. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Schwartze abgeurteilt werden. Es gehören dazu die Vergehen gegen das Gesetz betr. den Belagerungszustand, das Reichsgesetz über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen, das Reichsgesetz betr. Höchstpreise — sowie die auf Grund derselben vom Bundesrat, vom Reichskanzler, vom Kriegsernährungsamt und von Militär- und Zivilbehörden erlassenen Verordnungen und Anordnungen.

Ein Professorenstreit.

Ein Professorenstreit beschäftigt zurzeit sowohl das Zivil- wie das Strafgericht.

Der Spezialarzt für Augenheilkunde, Dr. med. Maximilian Graf Wiser ist Besitzer des Bades Liebenstein in Sachsen-Meiningen und leitender Arzt eines daselbst von der Herzogin von Meiningen begründeten Sophie-Charlotte-Heims für Kriegsblinde. Gegen Dr. Graf Wiser und seine Bedeutung auf dem Gebiete der Augenheilkunde hat sich unter den Inhabern von Lehrstühlen einschlägigen Gebietes auf verschiedenen Hochschulen eine recht lebhafte Agitation geltend gemacht, die sich nach einer seinerzeit hier im Hotel Bristol stattgehabten Versammlung zu einer von 22 Professoren gemeinsam beschlossenen Erklärung verdichtet hat. Gegen die Unterzeichner dieser Erklärung hat Graf Wiser beim hiesigen Landgericht den Erlaß einer Verfügung beantragt, durch welche den 22 Professoren verboten werden soll, solche Behauptungen, wie sie in jener Erklärung enthalten sind, gegen den Dr. Wiser zu veröffentlichen. Es haben in dieser Sache schon mehrere Termine stattgefunden; der Versuch einer gütlichen Beilegung der Streitsache ist bisher gescheitert. Daneben läuft eine Privatklage, die Dr. Graf Wiser gegen den Universitätsprofessor und Geheimen Medizinalrat, Direktor der Königlichen Augenklinik in der Charité, Dr. med. Greeff angestrengt hat. In dieser Sache stand gestern Verhandlungstermin vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte an. Es handelt sich in diesem Falle um den Inhalt eines Briefes, den Geh. Rat Dr. Greef vor längerer Zeit an den Professor Abel in Jena gerichtet hat und der durch Zufall zur Kenntnis des Privatklägers gekommen ist. Auch in dieser Sache wurde ein Vergleich abgelehnt. Vor Verlesung des Eröffnungsbeschlusses erhob der Vertreter des Privatklägers den Einwand der Unzuständigkeit des Schöffengerichts, indem er darauf hinwies, daß Geh. Rat Dr. Greeff hier Am Karlsbad wohne und nach der Einteilung der Gerichtsbezirke für Groß-Berlin die Sache vor das Amtsgericht Berlin-Schöneberg gehöre. Da diese Behauptung den Tatsachen entsprach, beschloß der Gerichtshof, die Privatklage an das Schöffengericht Berlin-Schöneberg zu verweisen.

Liebesgabenschwindel.

Wegen ganz verschmitzt ausgeführter Liebesgabenschwindeleien standen gestern die verwitwete Mathilde Gellhardt, deren Tochter Elly und die Schwester der Erstangeklagten vor der I. Strafkammer des Landgerichts I.

In einem Wurstwaren-Verkaufsstand in der Wedding-Markthalle war im Juli v. J. ein Frl. R. als Verkäuferin tätig. Sie hatte ein mildtätiges Herz, äußerte Kunden gegenüber, daß sie gern an mittellose Soldaten im Felde Liebesgaben opfern möchte und bat um Angabe von Adressen. Darauf meldete sich Frau G. und erklärte, sie unterstütze bereits einen mittellosen Soldaten, aus einem Lazarett in der Scharnhorststraße, der fast jeden Tag bei ihr zu Mittag äße und sie würde erfreut sein, wenn Frl. R. ihr kurzer Hand die Liebesgaben, die sie für diesen Soldaten, den sie Max Günther nannte, spende, zur Weiterbeförderung übergebe. Das leichtgläubige Fräulein R. ging auch darauf ein und gab der Frau G. für den bedauernswerten „Max" fort und fort Liebesgaben in Gestalt von Schokolade, Zigaretten, Torte usw. im Werte von etwa 71 M., ohne zu ahnen, daß der arme Max nur ein Phantasiegebilde der Frau G. war und letztere die „mit allen Schikanen" ausgestatteten Dankesbriefe des Max, die ihr von der Tochter der Frau G. überbracht wurden, von der Mutter selbst geschrieben waren. Und wie eifrig war Fräulein R. bestrebt, den Wünschen des Max entgegenzukommen; hat sie es doch verstanden, eines Tags einen Ochsenschwanz zu beschaffen, als Max in einem Dankschreiben einen unstillbaren Appetit nach solch' einem leckeren Gericht bekundete. Alle diese Liebesgaben fanden aber willkommene Verwendung in dem Haushalt der Frau G., die recht kränklich und stärkungsbedürftig, aber keineswegs notleidend war. — Auch ein mildherziges Fräulein Gr., gleichfalls eine Verkäuferin, ist von Frau G. bewogen worden, Liebesgaben im Gesamtwerte von 90 M. herzugeben für einen in demselben Lazarett liegenden Soldaten, dem in Belgien die rechte Hand abgehackt und drei Finger der linken Hand abgeschnitten worden seien. Auch die Existenz dieses Soldaten wurde durch die Erfindungen einer blühenden Phantasie glaubhaft gemacht. Der etwa drei Monate ausgenutzte Schwindel kam als solcher endlich zutage. — Der Staatsanwalt brachte gegen Frau G. und deren Schwester je 9 Monate, gegen die Tochter 2 Monate Gefängnis in Antrag. Frau G., die inzwischen in der Charité auf ihren Geisteszustand untersucht worden ist, ist nach dem ärztlichen Gutachten eine schwer hysterische, egaltierte und geistig minderwertige Person. — Das Gericht verurteilte Frau G. zu fünf Monaten, deren Schwester zu vier Monaten, die noch nicht 19jährige Tochter zu einem Monat Gefängnis.

Verletzung eines Schulknaben beim Hantieren an einem Fleischwolf.

Kinder soll man nicht in gewerblichen Betriebsräumen dulden, wo sie durch Hantierung an Maschinen und Werkzeugen sich leicht verletzen können. In der Duldung solchen Hantierens ist stets eine den Betriebsunternehmer zum Schadenersatz verpflichtende Fahrlässigkeit zu finden, und zwar eine Fahrlässigkeit mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der der Betriebsunternehmer zufolge seines Gewerbes besonders verpflichtet ist. Das um so mehr, wenn die Maschinen nicht mit den vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen versehen sind. Solchenfalls kann die Berufsgenossenschaft, die den verletzten Knaben entschädigen muß, weil er gelegentlich Handreichungen geleistet hat und deshalb als in dem Betrieb „beschäftiger" Arbeiter gilt, nach § 136 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes Ersatz ihrer Aufwendungen von dem Betriebsunternehmer verlangen. So entschied am Mittwoch das Reichsgericht.

Am 29. Januar 1910 ist der damals 11 Jahre alte Schulknabe S. in der Wurstküche des Fleischermeisters J. in Berlin mit der linken Hand in den Fleischwolf geraten; dabei wurde ihm die Hand von der Welle der Maschine abgerissen. Die Unfallversicherungsbehörden nahmen an, daß ein entschädigungspflichtiger Betriebsunfall vorliegt, weil der Knabe in der J.schen Wurstküche öfter kleine Handreichungen geleistet hatte und damit in dem Betriebe beschäftigt worden sei. Die Fleischereiberufsgenossenschaft in Mainz muß deshalb dem Jungen eine monatliche Rente von 42 M. zahlen. Sie verlangt Ersatz dieser Rentenzahlungen von dem Fleischermeister J. mit der Behauptung, dieser habe durch Fahrlässigkeit den Unfall herbeigeführt, weil er entgegen dem gesetzlichen Verbot den noch nicht 12 Jahre alten Knaben beschäftigt habe und weil der Fleischwolf nicht mit einem Schutztrichter versehen gewesen sei.

Das Landgericht I zu Berlin wies die Klage ab. Das Kammergericht verurteilte den Beklagten zum Ersatz. Das Reichsgericht bestätigte das Urteil des Kammergerichts.

Aus aller Welt.

Kurze Freude.

Ueber eine ulkige Schmugglergeschichte, die in Kunstkreisen viel belacht worden ist, schrieb eine holländische Zeitung: „Gestern abend wurde auf der Station Zevenar eine Schmugglerbande gefaßt, wie sie unsere braven Zollbeamten nicht jeden Tag zu fassen kriegen. Wie sich bei einem gemütlichen Verhör herausstellte, war diese unter dem Vorwand nach Holland gekommen, eine Reihe Vorstellungen der „Walküre" und des „Siegfried" zu geben. In der Tat hatten solche Vorstellungen stattgefunden, und von dem Erlös kauften die Herren und Damen eine Ladung, Speck, Fett, Butter, Seife, Margarine und andere dergleichen Sachen, um sie in ihren Requisiten verborgen über die Grenze zu schmuggeln. Die Zollbeamten in Zevenar, die ganz besonders neugierig zu sein scheinen, wollten diese Gelegenheit nicht versäumen, mal eine solche Walhalla zu sehen, und fanden statt dessen einen kompletten Kramladen. Der Drache Fafner, der in einer Ecke des Wagens treue Wacht hielt, schien sich an verschiedenen Säcken Mehl gütlich getan zu haben, und als die Zollbeamten — wir müssen gestehen, daß dieses sehr unehrerbietig war — alle diese Götter, Helden und Menschen am Leibe untersuchten, kam heraus, daß sie allerhand Schmugglerwaren unter den Kleidern verborgen hatten. Der Waggon mit dem Walhalla-Ameublement wurde vom Zuge abgehangen, und die Gesellschaft bekam keine Erlaubnis, ihre Reise fortzusetzen."

Die Freude Wotans über die Speckseiten und Siegfrieds Wonne über den schönen Kalbsbraten waren also nur von kurzer Dauer. (4)

Zwei Arbeiterinnen vom Eisenbahnzug überfahren. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Freitag voriger Woche auf der Bahnstrecke Königsberg—Pillau. Wie Königsberger Blätter melden, wurden dort die Arbeiterfrau Nagraschick und die Kutscherfrau Graßmann zwischen den Gleisen in schwerverletztem Zustande aufgefunden. Der Frau N. waren der linke Fuß und das rechte Bein abgefahren, während der Frau G. der linke Fuß glatt abgefahren war und sie auch außerdem schwere innere Verletzungen davongetragen hatte. Die beiden Frauen hatten auf den Gleisen Arbeiten auszuführen und waren dabei von einem die Strecke passierenden Zug erfaßt worden.

Mord. Am Sonntagvormittag wurde die Inhaberin eines Ein- und Verkaufsgeschäfts in Altenburg, die Trödlerin Emma Kohlenleitner, ermordet aufgefunden. Es ist noch nicht festgestellt, ob es sich um einen Raubmord handelt. Am Sonnabend war ein unbekannter Käufer im Geschäft, auf den sich der Verdacht richtet.

Die Sturmschäden in Chemnitz. Bei dem schweren Unwetter in Chemnitz, bei dem, wie schon gemeldet, eine Windhose die schönsten Anlagen der Stadt beim Schloßteich verwüstete, wurden etwa 100 Gebäude mehr oder weniger beschädigt. Sechs Personen wurden verletzt, indem sie durch den Sturm zu Boden geworfen oder durch fallende Bäume getroffen wurden. Da der Windhose ein schwerer Hagelschlag voranging, so waren glücklicherweise die Straßen der Stadt menschenleer, als die Windhose losbrach. Vier Soldaten, die in einem von Limbach nach Chemnitz fahrenden Zuge waren, wurden durch ein Holzstück verletzt, das der Sturm durch das Fenster in ein Abteil schleuderte. Die von der Windhose betroffenen Teile von Chemnitz sehen aus, als ob sie einer tagelangen Beschießung durch Granaten ausgesetzt gewesen wären.

Feuer in der Petersburger Admiralität. In der Petersburger Admiralität brach Donnerstag mittag ein gefährliches Großfeuer aus, das sich mit unglaublicher Schnelligkeit im ganzen Gebäude schnell verbreitete. Unter der Beamtenschaft brach eine Panik aus, da die Treppen infolge des Rauches unpassierbar waren. Der Marineminister Grigorowitsch entkam mit knapper Not aus dem dritten Stockwerk springend; der Ministergehilfe Admiral Murawjew erlitt schwere Brandwunden. Der Schaden ist außerordentlich bedeutend, unersetzliche Akten wurden ein Raub der Flammen. Die Ursachen sind noch unaufgeklärt, doch wird allgemein Brandstiftung angenommen, da das Feuer an verschiedenen Stellen zu gleicher Zeit ausbrach.

Großfeuer in Kristiania. Am Sonntag sind, dem „L.-A." zufolge in Kristiania 9000 Tonnen Zucker, Korn und Mehl ganz oder teilweise durch Feuer vernichtet worden. Die Waren lagerten im Hafen und wurden ausgeladen. Ein 4000 Tonnen großer dänischer Dampfer war lange bedroht. Der Schaden ist sehr bedeutend.

Die Sommerzeit in Italien. Die „Agence Havas" meldet aus Rom: Ein Dekret bestimmt, daß vom 3. Juni ab bis auf neue Weisung die gesetzliche Zeit Italiens um eine Stunde vorgerückt wird.

Briefkasten der Redaktion.

P. A. 7. Da Sie der Firma gegenüber doch für den fehlenden Gegenstand haften müssen, so wird es wenig Aussicht auf Erfolg haben, die Forderung durch Klage einzutreiben. — **H. L. 4.** Sie haben keinen Anspruch auf Löhnung. — **W. 13.** Herzleidend, dienstuntauglich. — **G. 6.** 1. Sie brauchen nur einen Antrag an das Amtsgericht zu stellen. Einer Urkunde bedarf es dazu nicht. 2. Wenn Ihr jetziger Verdienst der Steuerveranlagung zugrunde gelegt ist, können Sie mit Erfolg nicht reklamieren. Der Verdienst vom vorigen Jahre ist nicht absolut maßgebend, da Sie im vorigen Jahre wahrscheinlich längere Zeit nicht in Arbeit standen. 3. Der Antrag auf Unterstützung für den zum Heeresdienst eingezogenen Sohn kann jetzt sofort gestellt werden. 4. Der Umzug würde sich nicht empfehlen. Auch würde die dortige Gemeinde Armenunterstützung nicht zahlen. — **L. 100.** Die Kündigung durch den Hauswirt konnte erfolgen. Sie haften für die Mietsschuld auch über den 1. Oktober hinaus. — **F. St. 15.** Eine solche Verordnung ist uns nicht bekannt. — **M. F. 150.** Die Bezeichnungen kennen wir nicht. Sie sind jedenfalls eine Messung der Armmuskeln. — **285.** Dienstuntauglich. Die Nummer hat keinen Bezug auf die Krankheit. — **B. 101.** 1. Der Adoptivvater beerbt nicht das Adoptivkind. 2. Wenn der Sohn vor seiner Einziehung zum Heeresdienst zu Ihrem Unterhalt beigetragen hat, könnten Sie Antrag auf Zahlung des Kriegselterngeldes beim zuständigen Polizeirevier einreichen. — **A. H. Bortum.** Nein. — **W. 78.** 1. Die staatlichen Versicherungsbeiträge und die Beiträge zur Lebensversicherung. 2. und 3. Nein. — **Fritz 32.** Sie sind verpflichtet, an die Gemeinde Charlottenburg den Betrag zu zahlen. Suchen Sie um Ratenzahlungen nach von etwa 5 M. im Monat. — **88—88.** 1. Ja. 2. Der wöchentlich 38,47 M. übersteigende Arbeitsverdienst. 3. Auf Grund des vollstreckbaren Urteils müssen Sie Lohnpfändung beantragen. — **H. N. 53.** Nein. — **J. H. 23.** Der Antrag wäre bei der Steuerkasse zu stellen. Er erscheint uns aber in diesem Falle aussichtslos. — **B. 798.** Es würde sich wohl empfehlen, das Gesuch erneut einzureichen. Sie können später noch Beschwerde beim Regierungspräsidenten erheben. — **Trudchen 6.** Der Mann geht dadurch seiner Anrechte nicht verlustig. — **M. L. 100.** 1. Der Mietszuschuß kann Ihnen in diesem Falle nicht entzogen werden. 2. Bei diesem geringen Verdienst wird Ihnen die Unterstützung nicht entzogen. — **Memlerstr. 9.** Wenden Sie sich an den Vorsitzenden der Brotkommission mit Ihrem Anliegen. — **N. H. 39.** Für den Unterhalt des Kindes muß doch Ihr Ehemann sorgen. Sie müssen durch eine Unterhaltsklage Ihre Rechte für sich und das Kind geltend machen. — **W. H.** Nervenleidend; zurückgestellt. — **E. H. 101.** 1. Wahrscheinlich nicht. Es liegt das aber bei der Entscheidung des Militärarztes. 2. Durch Antrag bei der Landesversicherungsanstalt, bei der man Versicherungsmarken geklebt hat.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Zunächst überall ziemlich warm und vielfach heiter, später westlich der Oder strichweise Gewitter mit Abkühlung.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstagswahlkreis.

Heute Dienstag, den 30. Mai, abends 8½ Uhr:

General-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engelufer 15.

Tagesordnung:

Bericht des Vorstandes und Neuwahl desselben.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. 209/15*

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Tel.-Amt Moritzplatz 10623, 3578. Bureau: Rungestraße 30.

Branchen-Versammlungen:

Bodenleger!

Mittwoch, den 31. Mai, abends 8½ Uhr, bei Abendroth, Adalbertstr. 61.

Tagesordnung:

Bericht von der Generalversammlung. Branchenangelegenheiten.

Auch sämtliche Kollegen, welche in anderen Betrieben arbeiten, werden gebeten, zu erscheinen.

Kommissionssitzung 7½ Uhr.

Laden- und Kontormöbeltischler!

Mittwoch, den 31. Mai, abends 6 Uhr, bei Merkmann, Gr. Frankfurter Str. 16.

Tagesordnung:

1. Bericht von der letzten Generalversammlung.
2. Anträge mehrerer Werkstellen auf Regelung der Teuerungszulagen.
3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.

87/6 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Korbmacher. Achtung!

Donnerstag, den 1. Juni (Himmelfahrtstag):

Gemeinsamer Ausflug.

Treffpunkt: morgens 7 Uhr in der Eichhornstraße, Potsdamer Bahn (Wannsee Bahnhof).

Zahlreiche Beteiligung erwartet **Die Kommission.**

Kreuz und quer durch den Balkan

Eine Reisebeschreibung von Ludwig Lessen — Mit Zeichnungen v. Ilse Schütze-Schur

Gebunden Mk. 1,50

Buchhandlung Vorwärts
Berlin, Lindenstraße 3, Laden.

Stefan Esders

(vormals H. Weltmann)

Größtes Spezialhaus für Herren-, Damen- und Kinderbekleidung

Kaiser-Wilhelm-Straße 55 **Berlin C.** Ecke Spandauer Straße

Leichte Sommerkleidung für die warme Jahreszeit

Herren-, Jünglings- und Kinder-Bekleidung

aus leichten Woll- und haltbaren Waschstoffen:

Anzüge, Paletots, Jacketts, Joppen, einzelne Hosen.

Damen-, Backfisch- und Mädchen-Bekleidung

aus leichten Woll-, vorzüglichen Seiden- und guten Waschstoffen:

Jackenkleider, Kleider, Mäntel, Blusen, einzelne Röcke.

Auf meinen

Reklame-Anzug ...... zu M. 45,55

und M. 75 sowie auf mein

Reklame-Jackenkleid zu M. 55,75

In den neuesten Stoffarten und Schnitten mit besten Zutaten und vorzüglich. Verarbeitung mache ich ganz besonders aufmerksam.

Unerreichte Auswahl. Eigene Erzeugnisse. Billige Preise.

Sonntag, den 4. Juni: Geschäftszeit von 8–10 und 2–6 Uhr.

In Freien Stunden

Die Wochenschrift für Arbeiterfamilien

Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, schick. dauerh. Zutaten von 28 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8 II. (Stadtb. Börs.)

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und **Tabakfabrik.**

Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Größte Auswahl gelagerter **Zigarren** in allen Preislagen.

Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu **Originalpreisen. Amt Mpl., 3014.**

7. Preußisch-Süddeutsche (233. Königl. Preuß.) Klassenlotterie

5. Klasse 20. Ziehungstag 29. Mai 1916 Vormittag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr A. St.-A. f. Z.) (Nachdruck verboten)

63 236 (500) 360 538 641 42 (500) 806 935 1078 178 228 41 74 310 614 (1000) 654 849 909 (3000) 2031 60 143 773 806 3007 19 67 133 68 208 314 611 674 753 94 (500) 868 78 4150 (1000) 68 353 588 89 933 40 72 5066 (500) 217 382 456 86 579 94 846 738 65 942 64 6049 184 (3000) 86 91 382 484 727 892 7019 34 106 21 (5000) 378 521 721 814 (3000) 28 8011 33 66 140 89 263 348 (500) 499 635 (3000) 46 (1000) 74 87 9065 110 (3000) 21 434 645 855 953

10067 264 333 542 94 97 733 835 70 11405 65 542 12271 847 53 584 625 (500) 67 (3000) 744 (500) 60 13210 89 97 311 97 546 (1000) 966 14040 (3000) 72 249 480 (500) 523 699 706 27 72 875 900 7 38 90 98 15128 74 287 (500) 420 552 951 16085 354 497 17024 76 264 324 86 89 447 68 869 624 740 819 49 923 46 18262 367 620 623 19137 78 (1000) 236 38 70 365 637 751 928

20192 427 81 (1000) 636 609 82 (1000) 790 21111 97 (500) 244 343 402 601 22015 63 415 638 673 708 841 901 19 23436 73 (1000) 547 (3000) 636 702 995 24007 233 535 815 790 957 25063 66 187 206 12 16 401 60 645 96 701 882 26263 376 697 711 27169 391 339 719 (10000) 927 28018 66 167 367 418 632 49 732 960 29264 510 618 19 87 744

30095 (500) 20 (1000) 137 307 50 99 998 31088 422 84 82 602 7 57 793 832 44 32064 106 10 266 391 902 83 33017 75 (500) 66 147 72 99 226 46 326 60 71 92 624 32 (500) 86 932 34036 (500) 197 209 64 306 409 668 852 35014 246 (1000) 465 (3000) 601 73 811 940 (1000) 36028 98 164 73 286 83 365 66 602 781 94 969 88 93 37061 138 65 (500) 272 348 406 781 890 938 (500) 38164 66 (3000) 73 218 476 524 715 39000 325 346 69 865 843 64 998

40122 402 66 564 680 88 791 894 962 82 41140 334 473 640 70 787 (3000) 42059 133 391 497 621 94 904 43040 102 242 80 340 616 (500) 60 747 80 947 936 (500) 44063 387 414 48 866 45044 219 31 674 46291 461 96 676 895 86 98 822 47004 261 320 614 22 629 48061 104 6 (500) 393 415 695 49134 43 (500) 208 40 446 47 625 (1000) 846

50104 381 460 88 543 48 603 41 47 789 94 51145 79 247 329 412 (3000) 38 83 68 629 943 52110 98 386 409 709 911 53056 106 368 664 647 963 54161 (500) 52 247 69 68 (500) 410 11 23 649 602 85 90 807 902 77 55178 384 604 709 48 817 64 815 17 56163 358 402 (3000) 40 672 834 883 917 98 57049 94 113 31 232 345 63 467 (500) 685 722 48 97 915 (1000) 25 58021 59 262 63 316 54 418 59 687 (500) 673 776 813 26 59049 249 325 41 42 611 17 604 793 (500) 879 947 92

60318 (1000) 43 60 466 568 674 61138 212 40 370 546 78 838 62003 15 82 213 361 (3000) 85 406 21 695 721 73 84 (500) 94 903 63000 246 76 431 524 737 821 (500) 77 (500) 937 64082 350 862 65 751 98 60 827 65203 330 424 861 763 89 94 940 66034 106 81 213 81 351 93 449 978 67067 68 283 67 409 14 (500) 675 626 82 711 26 811 964 68005 365 68 32 434 655 67 778 823 42 78 915 42 69047 98 148 50 214 342 (1000) 60 414

70194 293 361 93 509 86 760 879 89 71165 308 84 975 72266 98 (500) 412 659 788 816 92 83 73014 16 24 141 (1000) 243 406 697 846 740 86 96 902 (500) 82 78 (500) 74061 61 101 49 94 624 631 67 773 (500) 932 75250 81 (500) 636 756 899 985 76001 31 172 214 31 64 84 632 (3000) 609 583 65 960 77002 55 111 347 95 482 67 582 (500) 614 871 911 78182 74 (500) 211 343 436 629 69 79012 (1000) 26 70 90 93 100 97 298 379 493 719 856 918

80135 307 17 442 90 765 669 917 81239 (500) 81 389 95 614 82 737 834 041 82145 89 276 437 654 803 772 813 53 (3000) 95 988 83083 36 220 68 98 613 661 914 32 84060 (1000) 286 315 481 66 744 96 969 85078 84 (500) 93 214 633 744 808 9 (500) 82 930 86218 (500) 64 431 73 652 64 792 87803 78 607 821 88033 130 37 65 765 89074 204 27 343 405 92 607 737 63 808 70

90060 400 603 (1000) 85 700 21 61 (1000) 835 (500) 87 969 91006 191 217 36 44 88 312 23 620 67 92010 39 152 60 278 600 (500) 45 758 849 (500) 93284 (3000) 569 862 726 803 934 94190 221 93 (500) 369 69 483 686 95017 38 983 306 67 449 605 741 96071 128 300 763 878 963 97227 41 366 498 (500) 661 782 825 903 (500) 33 74 98327 96 465 630 98 99314 426 688 716 908 47 89

100043 49 93 134 238 331 89 512 (500) 865 101175 212 86 365 764 (1000) 72 881 989 (1000) 102270 77 308 43 70 900 61 68 90 103055 194 275 305 449 76 637 789 66 697 104076 120 287 72 73 347 87 (500) 407 (500) 617 711 50 862 88 913 (3000) 90 105135 759 (500) 990 106487 643 (500) 730 107187 227 350 484 (500) 674 96 (3000) 830 (1000) 44 68 108045 64 96 796 971 109118 200 26 850 674 998

110517 628 68 745 (500) 66 96 (500) 873 962 82 111037 279 (500) 99 397 471 626 84 638 743 73 112052 291 403 93 (3000) 687 882 113018 139 201 94 849 81 683 718 (1000) 61 (1000) 892 920 114126 400 907 88 115017 276 396 (500) 600 20 740 830 88 116354 73 486 (1000) 832 117117 459 659 687 (3000) 718 889 118011 99 496 807 44 730 71 816 952 119121 51 93 319 (1000) 471 524 742 807 954

120107 73 86 228 (3000) 316 44 400 506 67 736 77 881 953 121089 168 63 314 641 712 818 30 839 54 122094 (1000) 133 468 75 561 606 (500) 67 93 780 908 123082 243 489 962 124330 541 620 701 909 125074 449 631 (1000) 700 126099 196 370 403 46 668 76 (5000) 665 787 127201 308 11 636 38 46 637 889 128233 46 64 334 464 (500) 512 89 812 29 (3000) 958 129039 352 441 (10000) 534 646 67 78 739 70 812 39

130037 173 86 97 (1000) 219 88 79 444 78 512 (1000) 641 742 828 56 131111 266 327 403 685 786 (1000) 807 (500) 73 82 132056 141 68 202 381 697 856 707 17 89 824 133229 96 420 645 686 964 134136 366 465 639 616 802 962 135050 163 266 88 (500) 540 (1000) 96 929 136041 52 100 161 353 407 690 760 968 85 137189 662 763 910 23 (500) 138060 91 106 (500) 233 335 (500) 61 461 532 669 76 723 37 47 686 969 139062 66 104 395 823 27 53

140026 (1000) 62 203 (500) 53 475 503 91 98 763 861 97 998 141016 63 132 299 (500) 660 72 736 (3000) 38 939 142041 129 894 95 622 143091 266 213 26 482 899 971 91 144126 29 212 38 364 89 476 579 90 733 89 145167 (500) 82 86 260 387 441 77 613 88 705 893 965 146186 91 201 330 83 (500) 656 823 147058 66 73 85 123 69 98 (1000) 220 (1000) 28 817 37 65 618 (500) 762 852 78 973 148368 446 807 53 938 (1000) 149199 209 31 384 (3000) 436 646 926 34

150173 316 417 36 966 151026 281 82 322 (500) 25 (500) 684 (500) 601 868 152011 117 228 368 407 608 777 803 153068 113 (500) 819 713 27 (500) 65 808 24 40 958 60 154228 366 643 62 736 825 (500) 933 155019 186 263 377 85 447 637 65 653 68 80 763 869 156127 63 278 328 67 867 68 669 823 31 70 900 157033 377 636 82 767 158012 (500) 344 621 762 (1000) 159056 251 88 323 514 48 66 92

160006 44 (500) 120 (500) 201 79 96 463 879 161054 163 338 91 696 731 47 162037 239 59 509 42 701 (500) 966 163309 418 527 628 62 846 62 83 164013 155 68 284 81 307 (1000) 83 418 87 605 48 624 27 28 40 910 26 37 (500) 86 165303 61 472 616 70 705 (3000) 46 912 166283 331 636 620 706 637 924 69 167044 (1000) 218 666 714 (1000) 803 19 168460 64 517 703 875 169041 119 27 361 408 659 759

170011 (1000) 61 149 301 616 796 815 966 171958 421 49 60 (3000) 98 538 826 172081 229 369 419 520 70 673 (500) 868 173339 664 91 812 64 174146 443 615 667 391 966 175044 693 738 61 935 176281 302 (500) 18 500 919 (1000) 177070 (500) 186 416 70 638 815 906 9 42 178343 97 371 473 (3000) 689 621 (1000) 645 49 179249 469 500 60 804 36 63 968 96

180022 63 92 104 266 303 89 664 644 06 840 51 015 47 181134 297 (500) 321 23 70 (500) 460 74 774 902 88 182080 70 180 73 266 383 408 (500) 525 26 666 961 183504 379 (500) 692 804 (1000) 71 (500) 918 48 (500) 92 184026 63 131 (1000) 259 320 (500) 49 508 92 602 792 (1000) 821 185178 90 461 816 69 (500) 81 186186 404 40 814 78 79 901 187523 76 646 48 907 8 28 78 188186 212 36 828 626 916 29 189180 336 (500) 97 650 701 (1000)

190126 31 243 78 381 428 (500) 678 (500) 029 191029 80 152 66 65 327 468 98 618 798 861 909 192036 270 92 647 665 71 783 193006 009 (500) 243 74 87 89 356 716 (1000) 194102 21 51 302 442 96 693 195131 (1000) 318 82 94 372 95 444 524 94 (500) 619 (500) 782 855 196036 140 59 379 535 (500) 896 965 (500) 197038 873 918 198197 412 90 724 199101 63 74 241 403 45 666 80 98 669 909 20

200002 8 (3000) 312 59 711 888 (500) 817 201041 67 76 194 364 87 416 41 (500) 749 202130 82 256 606 614 790 833 (500) 74 203014 244 364 416 (500) 31 912 (500) 20 204209 90 300 79 618 674 (1000) 88 813 41 (1000) 331 (500) 205066 276 305 14 463 83 567 692 (1000) 791 812 14 900 206080 116 (500) 90 223 (1000) 409 91 605 774 (10000) 624 (500) 207002 126 (500) 226 (500) 580 88 937 (500) 91 208009 228 62 83 378 444 (1000) 67 634 76 682 717 868 (3000) 88 969 209019 167 484 (500) 87 563 87 660 915 21 68 86

210020 (1000) 47 (1000) 232 412 36 698 782 880 927 42 211073 (500) 176 223 98 639 61 692 761 (3000) 976 (3000) 212061 (500) 190 303 42 82 496 568 84 886 914 40 86 213084 (1000) 208 318 30 443 72 672 73 214050 76 151 380 84 92 632 632 780 (500) 869 927 29 48 215082 244 68 (500) 318 33 74 405 768 (500) 920 216009 109 28 222 355 496 529 678 700 24 900 89 217007 54 638 64 218140 91 228 301 60 (500) 99 459 (500) 660 (1000) 627 818 78 219094 110 303 634 73 725 (500) 61 927

220010 91 315 436 82 519 606 221249 393 491 540 610 20 783 883 222043 92 (500) 264 303 64 84 600 729 962 (1000) 223180 (500) 279 310 496 718 224015 369 410 (3000) 663 225015 80 160 377 428 671 782 86 878 917 67 226010 58 83 280 (500) 465 71 94 669 687 726 817 77 (1000) 910 46 (3000) 227138 (500) 239 354 448 536 661 75 84 700 802 (500) 26 71 909 228186 92 (3000) 241 52 209 86 610 229026 73 302 51 637 994

230071 89 113 20 68 250 87 92 426 43 515 724 841 80 98 988 81 231004 17 118 (1000) 86 218 69 343 488 (1000) 792 916 (500) 232036 44 60 153 406 600 802 53 951 (3000) 74 233105 204 434 (3000) 67 653 677 726

Berichtigung: In der Nachmittagsziehung vom 27. Mai ist die Nr. 85314 mit 500 M. gezogen worden.

7. Preußisch-Süddeutsche (233. Königl. Preuß.) Klassenlotterie

5. Klasse 20. Ziehungstag 29. Mai 1916 Nachmittag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr A. St.-A. f. Z.) (Nachdruck verboten)

22 36 83 333 64 641 601 869 1076 164 479 661 2008 35 187 344 64 (500) 614 19 3068 228 43 319 (500) 870 668 4149 612 701 869 962 5079 (500) 616 706 891 6056 169 96 (500) 270 373 434 855 7099 212 63 67 99 548 63 601 741 76 618 (1000) 63 96 967 8026 34 46 256 300 638 66 631 39 77 4 76 (500) 87 977 9001 248 323 (500) 82 664 745 863 69

10258 65 360 88 11050 214 43 89 826 613 31 12047 84 (500) 344 504 80 772 79 982 13228 (500) 379 (1000) 89 818 65 607 754 94 844 (500) 916 14074 (500) 75 265 64 (500) 456 624 36 15006 (3000) 127 376 414 663 (3000) 802 34 954 (1000) 16074 80 (3000) 136 200 309 527 40 89 606 617 960 81 17013 131 (500) 298 367 (1000) 66 527 92 670 774 810 18001 80 81 882 425 72 616 46 91 601 70 938 19034 537 675 867

20018 199 244 318 630 716 83 21317 640 83 22002 289 446 56 646 675 914 47 23464 679 (1000) 94 862 883 93 900 96 44 24147 67 264 317 44 49 439 526 68 751 823 25544 737 43 65 962 61 26265 422 23 62 667 663 27001 181 421 65 643 81 63 792 816 28052 336 73 464 83 681 706 (3000) 70

30049 178 (500) 856 709 63 838 (3000) 31128 218 27 74 (1000) 94 (3000) 428 616 710 811 930 88 32021 67 600 616 23 739 849 921 (3000) 33144 362 666 34116 74 214 21 871 84 653 624 703 75 96 806 23 43 969 35016 246 68 90 660 739 62 840 98 916 36108 24 290 411 67 869 961 37087 413 736 38161 207 360 646 648 783 807 39150 64 215 48 60 (1000) 383 75 607 21 894 92 40 905

40020 40 383 544 60 (500) 666 964 41014 34 266 440 81 687 666 (3000) 940 99 (3000) 42624 730 819 20 43204 20 46 926 609 (1000) 69 89 614 900 44009 94 117 44 61 813 641 (3000) 43 64 (500) 727 626 (1000) 46 46 45006 (1000) 24 170 421 623 868 90 95 46033 69 102 370 (500) 458 666 77 (500) 88 603 723 86 47116 239 47 329 427 76 (3000) 93 661 90 840 932 66 48236 379 604 49064 474 730 (1000) 76 635 900 (500) 42

50006 105 388 86 486 70 618 791 686 (1000) 943 51103 86 340 (1000) 75 404 33 669 52186 210 301 3 30 97 467 (1000) 568 663 732 812 53146 218 362 64 613 687 733 842 985 94 (500) 54038 133 324 417 609 713 (500) 43 65 83 (500) 85 838 44 978 55057 67 (1000) 202 413 (1000) 892 43 47 61 659 741 808 939 43 (3000) 56194 241 67 91 460 658 61 732 57126 207 36 617 (1000) 647 97 708 28 (3000) 619 979 58002 212 336 86 (1000) 86 633 89 620 70 736 59 60 99 808 27 28 59002 62 60 (500) 121 (1000) 28 (1000) 61 286 472 988 76

60114 (500) 65 203 (1000) 306 19 649 (3000) 663 775 902 42 61097 108 208 98 (5000) 307 29 68 476 642 86 (500) 724 889 62105 24 41 (3000) 380 (1000) 414 (500) 64 (1000) 600 870 929 63152 458 633 780 837 64091 152 (1000) 266 423 (1000) 662 806 764 878 65042 117 70 306 10 648 663 832 905 94 66056 91 131 (3000) 38 89 206 839 469 617 (1000) 24 67064 107 367 474 619 92 765 907 84 68690 90 713 69159 73 368 488 96 620 35 77 812 (500)

70043 113 19 (1000) 360 502 74 671 808 67 88 71061 141 (1000) 361 698 713 87 72063 113 322 39 81 457 688 726 817 87 902 73020 120 201 67 508 12 21 619 43 96 738 (1000) 838 74029 137 (1000) 81 201 421 27 68 697 626 96 734 75072 182 398 (1000) 365 694 947 70 76052 361 (500) 751 810 905 77023 179 (500) 226 56 368 69 (1000) 445 625 43 84 (1000) 867 (1000) 70 78264 669 (500) 752 809 (500) 72 964 79167 227 73 83 584 667 (500) 711 806

80081 70 102 330 426 765 99 699 81020 42 168 (5000) 200 498 786 869 036 82043 111 68 95 843 628 83099 279 (1000) 311 406 45 612 611 69 815 72 968 84105 64 226 (3000) 309 987 68 820 (1000) 85024 61 147 91 641 48 76 741 974 86165 218 91 361 512 20 52 35 (1000) 93 96 606 638 87041 262 309 69 609 23 74 778 (500) 88080 81 118 24 46 216 40 360 (500) 440 60 635 43 727 76 650 89017 164 440 69 76 857 73 82 762 922

90219 639 41 769 (3000) 864 83 (3000) 91053 308 35 (500) 604 16 71 802 941 92027 207 390 (500) 987 93110 82 612 89 632 704 842 66 77 969 94234 (3000) 311 35 677 708 12 35 41 626 43 963 95204 313 26 90 431 71 665 79 863 (1000) 96034 314 (3000) 308 48 76 417 37 668 (1000) 700 28 97071 237 300 31 663 89 680 760 (3000) 98060 181 205 602 627 66 83 943 68 71 99144 224 338 614 62 820

100052 357 303 97 677 602 (500) 64 793 814 44 66 101002 13 178 242 415 664 678 976 (3000) 102001 69 679 658 64 965 103200 22 528 678 743 871 84 907 (1000) 99 (500) 104057 304 85 528 621 738 612 105139 52 639 716 34 106101 234 449 616 62 95 (500) 614 (500) 39 708 64 95 890 929 78 107144 698 60 68 70 600 795 108197 280 86 308 457 68 706 948 109009 (500) 23 148 410 560 (500) 64 666

110021 96 129 111004 63 64 214 37 782 89 (3000) 866 004 112069 96 132 37 266 (1000) 300 (500) 940 113188 241 416 (1000) 634 852 958 114093 (500) 139 57 258 (500) 336 436 (1000) 673 761 115031 54 166 442 502 94 659 716 79 116048 211 33 317 69 460 676 660 (500) 90 706 117197 988 04 (1000) 368 83 418 47 516 63 831 77 118118 87 60 62 (500) 219 313 659 932 119147 234 69 368 489 624 751

120056 140 99 686 673 795 651 62 70 908 13 121115 69 70 275 346 403 44 621 88 747 67 911 122124 210 18 393 497 620 (500) 700 886 974 123218 63 (500) 304 425 42 613 124067 110 (500) 223 332 (500) 99 401 68 554 686 (500) 92 703 44 912 125002 21 67 179 229 429 43 93 614 77 936 (500) 51 126033 35 65 289 413 33 665 979 127048 165 636 665 806 37 932 128020 84 128 263 861 665 69 752 (500) 79 633 34 42 67 95 988 129061 170 267 402 61 728 65 993

130101 19 218 41 306 81 453 671 710 (1000) 73 869 131016 163 (500) 314 46 475 702 69 849 132010 32 46 68 299 307 66 (500) 419 552 650 (500) 72 (500) 795 833 74 77 90 938 133200 104 6 414 (500) 40 504 97 940 60 134226 80 436 553 86 870 901 67 68 135209 336 410 31 619 622 49 136011 98 149 92 308 19 445 (500) 604 40 666 804 7 137325 37 061 (500) 863 138046 116 203 33 60 390 (1000) 783 139387 622 735 882 933 (500)

140111 69 90 293 321 409 64 614 26 651 84 666 (500) 141050 121 285 325 64 406 614 623 46 (1000) 787 833 67 142167 222 498 641 955 63 143157 338 615 765 849 144161 227 (500) 330 680 (1000) 732 841 989 (1000) 145603 656 794 834 925 (1000) 146126 426 (1000) 717 80 97 827 83 984 69 147034 244 368 472 608 (1000) 992 (500) 94 148237 67 51 316 54 746 949 (500) 149171 247 (3000) 597 751 968 97

150077 267 321 95 (1000) 442 66 72 530 34 44 651 (3000) 778 507 (1000) 151348 485 87 728 960 78 84 152042 290 91 (500) 328 460 568 95 654 (1000) 926 153327 465 489 748 69 90 810 41 99 154288 336 508 61 82 620 44 64 87 155038 134 61 247 358 608 (1000) 43 865 (500) 932 (1000) 156087 113 (500) 212 (1000) 18 (500) 457 786 826 69 966 01 157126 214 22 87 408 32 79 617 91 732 982 158087 146 335 93 673 797 (1000) 877 159347 96 657 71 603 (500) 51 71 849

160002 15 34 76 307 13 71 648 (500) 606 720 822 (1000) 26 (500) 161339 56 83 404 668 778 (1000) 908 31 162029 147 96 228 33 791 902 163063 153 262 368 71 498 607 783 648 164270 308 873 (500) 771 165123 74 748 166014 35 136 276 97 437 91 610 615 712 67 898 991 167018 296 407 8 (3000) 68 70 699 766 92 873 920 168106 98 267 368 404 700 17 882 (500) 972 80 (500) 169047 60 185 276 463 644 768 869

170097 221 324 607 630 660 747 (10000) 68 (500) 681 171033 166 241 68 478 600 995 172013 90 180 (1000) 76 838 641 749 835 (500) 963 173102 326 62 410 613 611 76 782 (500) 61 174200 67 316 641 700 (1000) 3 69 808 175246 69 73 368 70 568 79 641 987 93 176059 144 243 869 973 177613 64 94 720 (500) 636 178156 693 179016 73 79 (3000) 142 (500) 67 259 493 (500) 616 62 888

180247 316 73 437 717 956 62 181141 81 242 800 472 662 911 14 24 71 182167 233 62 350 661 51 786 636 84 (500) 183024 49 117 243 (500) 330 (500) 400 (1000) 501 77 (3000) 751 847 087 184042 (500) 80 (500) 466 623 61 613 43 185039 109 91 206 443 61 617 744 186250 311 63 896 700 91 808 40 187396 311 87 (1000) 403 880 763 188013 16 97 126 38 (500) 65 338 648 60 65 633 732 61 69 189052 114 23 265 90 (500) 317 497 746 (1000)

190014 208 427 627 48 (3000) 72 85 94 664 736 80 882 191263 625 63 036 716 71 909 192013 46 73 84 166 291 309 463 623 26 724 061 193163 492 641 194203 632 195104 246 (1000) 463 (1000) 98 628 62 624 808 17 960 (500) 196430 42 617 633 38 66 728 99 835 197044 63 74 348 794 972 198060 227 (500) 375 607 62 722 995 99 (500) 199033 127 (1000) 48 270 328 84 (3000) 429 (500) 41 670 974

200066 84 319 46 69 (1000) 67 606 84 730 84 887 49 (1000) 201063 74 130 87 260 336 617 664 909 39 202012 16 296 362 78 618 26 (1000) 79 616 37 71 737 64 78 (500) 89 606 66 203368 866 (500) 474 624 731 623 47 204027 (1000) 63 276 466 (500) 601 99 646 760 66 969 92 205034 118 205 338 39 76 (3000) 667 78 92 813 26 31 206604 113 84 260 379 669 768 828 924 207765 881 (500) 208022 101 67 450 63 85 620 765 809 39 944 61 81 209217 (1000) 461 93 672 93 689 92 759 919 44

210333 36 50 408 60 717 99 (500) 864 991 211051 (500) 70 174 269 63 425 98 670 212146 210 47 87 (500) 544 967 213026 234 27 574 643 700 54 827 (500) 923 (1000) 61 214211 361 484 (1000) 619 215077 128 607 781 896 (1000) 216014 22 169 (500) 73 225 514 942 (500) 217029 63 268 86 320 31 68 (1000) 50 487 604 927 41 218023 25 164 66 87 227 336 751 810 914 219133 217 49 74 466 86 89 (3000) 91 623 66 (3000) 792

220660 672 221126 558 94 611 17 74 745 872 222009 (1000) 163 93 486 593 606 64 700 37 841 49 (500) 62 965 223010 27 339 415 608 (500) 777 615 39 90 907 (500) 89 224114 224 43 303 431 737 63 851 949 225030 264 15 25 578 849 52 68 84 962 226023 187 (1000) 371 96 328 (500) 516 92 615 60 749 70 880 227034 69 150 (1000) 368 (500) 86 453 624 93 729 228117 493 736 93 906 229062 88 131 37 (1000) 68 548 86 612 71 778 (500) 89 888

230156 882 669 787 839 936 231010 24 (500) 308 12 481 780 (500) 822 919 (500) 80 232007 310 618 604 719 92 233047 78 79 91 117 86 815 (1000) 92 431 (500) 649 641

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Aus Groß-Berlin.

Verspätete Steuereinsprüche.

Bei Empfang von Steuerveranlagungen sollte jeder sich beizeiten darum kümmern, ob er Einspruch dagegen erheben kann und bis wann das geschehen muß. Das Veranlagungsschreiben, das ein Vorsichtiger nicht nach flüchtigem Blick halbgelesen weglegen wird, gibt die Einspruchsfrist genau an. Wer sie versäumt, wird mit dem zu spät kommenden Einspruch erbarmungslos abgewiesen. Selbst wenn es ganz offenkundig ist, daß er zu hoch veranlagt war, gibt es bei Fristversäumnis keinen Pardon. Hat er die Einspruchsfrist nicht inne gehalten, so gilt er grundsätzlich als zu Recht veranlagt und muß zahlen.

Auch Petitionen, mit denen einer nachher sein Heil versucht, helfen nichts. Das zeigen wieder mehrere Petitionen, die in letzter Zeit an die Berliner Stadtverordnetenversammlung gerichtet wurden.

Ein kleiner Geschäftsmann bat um Erlaß von Hundesteuer. Für einen Kettenhund, den er zur Bewachung braucht, hatte er früher Steuerbefreiung. Er wußte aber nicht, daß er die Gewährung des Freischeins alljährlich neu beantragen muß. Weil er das unterließ, wurde ihm für das folgende Jahr wieder Hundesteuer abverlangt. Zu spät tat er Schritte dagegen, so daß wegen Fristversäumnis die Steuerdeputation ihn abweisen mußte. Die Steuerforderung traf ihn um so härter, da er infolge Geschäftsrückganges starke Einkommensverluste gehabt hatte. Doch von dem Grundsatz, daß bei Fristversäumnis Abweisung erfolgen muß, konnte auch gegenüber ihm keine Ausnahme gemacht werden.

In gewisser Hinsicht „besser“ ist ein Almosenempfänger daran, der gleichfalls um Hundesteuererlaß bat. Auch sein Einspruch ist wegen Fristversäumnis als verspätet zurückgewiesen worden, aber Geld wird die Steuerkasse doch nicht von ihm kriegen. Er sagt das in seiner Petition ganz offen, indem er darauf hinweist, daß er Almosenempfänger ist. Uebrigens ist bereits ein Pfändungsversuch bei ihm fruchtlos gewesen, so daß die Steuerverwaltung den Betrag als unbeitreiblich „in den Rauch geschrieben“ hat. Die Ablehnung seiner Petition braucht ihm keine Kopfschmerzen zu machen: er ist sicher vor weiteren Eintreibungsversuchen.

Neben dem Almosenempfänger erscheint als Petent ein hausbesitzender Rentier. Bei ihm handelt es sich um Grundsteuern, deren Rückzahlung er wünscht. In einem Jahr hatte er gegen zu hohe Veranlagung sich durch Einspruch gewehrt, wobei er nach anfänglichem Mißerfolg dann im Verwaltungsstreitverfahren eine Herabsetzung erzielte. Während die Sache noch schwebte und sich hinzog, kamen die Veranlagungen für das folgende und später auch für das nächstfolgende Jahr. Einstweilen wurde dem Hausbesitzer immer wieder der Steuerbetrag abgefordert, den er als zu hoch angefochten hatte. Er meinte nun, sein Einspruch für das erste Jahr gelte während der ganzen Dauer des noch schwebenden Streitverfahrens ohne weiteres auch für die gleich hohen Veranlagungen der folgenden Jahre, und unterließ daher die Wiederholungen des Einspruches. Die einstweilige Zahlung auch der zu hohen Beträge wird bekanntlich durch keinen Einspruch aufgehalten. Als aber der Steuerzahler nach der für ihn erfolgreichen Beendigung des Streites um die Steuern des ersten Jahres auch die für das zweite und das dritte Jahr schon bezahlten Mehrbeträge zurückverlangte, wies man ihn wegen Fristversäumnis ab. Jetzt erst erfuhr er, daß er — wie übrigens jedes Veranlagungsschreiben ausdrücklich sagt — immer wieder aufs neue hätte Einspruch erheben müssen. Da er das nicht getan hatte, galt er als zu Recht veranlagt. Auch aus Billigkeitsgründen, die er geltend machte, konnte keine Rückzahlung gewährt werden.

Ganz ähnlich erging es einem Aktienbauverein, der um Rückzahlung zuviel gezahlter Gewerbesteuer bat. Sein Einspruch gegen zu hohe Veranlagung führte zu einem Verwaltungsstreitverfahren, aber auf Erfolg beim Oberverwaltungsgericht hoffte die Direktion nicht mehr. Gegen gleich hohe Veranlagung auch für das nächste Jahr sich rechtzeitig zu wahren, hielt sie für aussichtslos. Daß sie es nicht doch tat, muß eigentlich überraschen. Als sie dann wider Erwarten vor dem Oberverwaltungsgericht siegte, „faß sie da mit ihren Kenntnissen“. Obgleich für das erste Jahr auf Herabsetzung der Steuer erkannt wurde, mußte für das zweite Jahr die gleich hohe Steuer wegen Fristversäumnis als zu Recht eingefordert gelten. Die glücklich-unglückliche Direktion versuchte es nun mit einer Petition, natürlich ohne Erfolg.

Solche Abweisungen wiederholen sich Jahr für Jahr. Manchmal führt das zu argen Härten, aber nach den geltenden Bestimmungen ist nichts dagegen zu machen und auch die Stadtverordnetenversammlung kann da nicht helfen. Wer die Einspruchsfrist versäumte, kriegt von der zuviel gezahlten Steuer nichts zurück. Gerade jetzt, wo wieder den Steuerpflichtigen die Veranlagungsschreiben zugehen, sollte jeder daraus eine Lehre ziehen.

An unsere Feldpostabonnenten!

In verschiedenen Zuschriften aus unserem Leserkreise wird das Fehlen der Beilagen mit den Todesanzeigen in der Sonntagnummer der für den Versand mit der Feldpost bestimmten Zeitungen bedauert. Wir sind infolge des größeren Umfanges der Sonntagnummern öfter genötigt gewesen, den Inseratenteil der Sonntagnummer ganz oder teilweise bei der Feldpost wegzulassen, da nach den postalischen Bestimmungen portofreie Feldpostbriefe nicht über 50 Gramm wiegen dürfen. Bei Bestellung des „Vorwärts“ beim Postamt resp. Feldpostamt beträgt der Bezugspreis ins Feld oder in die Garnison inkl. einer besonderen Umschlaggebühr von 40 Pf. pro Monat 1,70 M., dagegen kostet der „Vorwärts“ für Feldpostabonnements bei Bezug von unserer Hauptexpedition oder unseren Filialen nur 1,10 M. pro Monat. Bei diesem im Verhältnis zum Postbezugspreis bedeutend niedrigeren Betrage sind wir an den Versand durch portofreien Brief gebunden, da der Abonnementspreis von 1,10 M. eine Belastung durch Porto ausschließt.

Um nun allen Lesern die Todesanzeigen der Wahlvereine, Gewerkschaften usw. wieder zugänglich zu machen, haben wir die entsprechenden Vorkehrungen getroffen. Wird sich die Mitgabe aller Beilagen der Sonntagnummer nicht immer ermöglichen lassen, so wird in solchen Fällen die Beilage an einem der nächsten Tage beigefügt werden.

Ein neuer Herr am Alexanderplatz.

Die Berliner Bevölkerung wurde gestern durch die Mitteilung überrascht, daß der Polizeipräsident von Berlin, von Jagow, zum Regierungspräsidenten in Breslau ernannt worden ist und daß an seiner Stelle der Breslauer Polizeipräsident von Oppen zum Polizeipräsidenten von Berlin ernannt worden ist. An diesen Wechsel knüpfen Berliner Blätter verschiedene Kommentare, und wie das immer so geht, besonders im Kriege, werden dem Scheidenden die wärmsten Nachrufe gewidmet. Wir gehören nicht zu denen, die an einem Personenwechsel in Regierungsstellen größeres Interesse nehmen; das System bleibt schließlich dasselbe. Herr von Jagow, dessen Lapidarstil in dem berühmt gewordenen Plakat vom 18. Februar 1910, an dem Wahlrechtssonntag, mit dem Wortlaut: „Es wird das Recht auf die Straße verkündet! Die Straße dient dem Verkehr! Ich warne Neugierige!“ noch in Erinnerung ist, wird durch Herrn von Oppen ersetzt, der in Breslau nicht anders zu unserer Partei gestanden hat, wie Herr von Jagow zu uns in Berlin.

Das Märkische Museum ist am Himmelfahrtstage geschlossen.

Zur Regelung der Lebensmittelverteilung in Berlin

schreibt der Magistrat: „Im Reichshaltsausschuß, in welchem es den Gemeindeverwaltungen an der Möglichkeit fehlt, den Sachverhalt aufzuklären, wurde nach den Mitteilungen der Presse bei der Beratung der Butterfrage mehrfach Gelegenheit genommen, unter Hinweis auf die Ansammlungen vor den Butterläden Vorwürfe gegen die Groß-Berliner Verwaltungen wegen mangelhafter Organisation zu erheben. Man wird feststellen müssen, daß diese Ansammlungen, die bedauerlicherweise nicht nur in Berlin, sondern auch in einer sehr großen Anzahl von Städten und bei verschiedenen Lebensmitteln auftraten, wohl ausnahmslos ein Symptom dafür waren, daß nicht für das deutsche Wirtschaftsgebiet in seiner Gesamtheit die Regelung des betreffenden Nahrungsmittels in Angriff genommen worden war, und daher den lokalen Anordnungen der feste Boden fehlte. Daß auch Groß-Berlin bei der Butterversorgung unter dieser Unsicherheit aufs höchste litt, ist bereits mehrfach hervorgehoben worden. Eine kurze Zusammenfassung wird dies von neuem zeigen. Als kein Zweifel mehr bestand, daß die in Deutschland produzierte Buttermenge zur Befriedigung des normalen Gesamtbedarfs nicht mehr hinreichte, lag es sehr nahe, je nach der Produktion zu bestimmen, wie viel jeder Deutsche an Butter noch verzehren dürfe. Unerwarteterweise ging man diesen Weg nicht, sondern drängte dahin, daß Groß-Berlin eine Sonderregelung treffe. Heute, wo wir uns an verhältnismäßig geringe Butterportionen gewöhnt haben, wird man sich kaum noch erinnern, auf welcher Höhe sich der normale Groß-Berliner Butterbedarf hielt und welche ungeheure Verantwortung daher in einer Zeit, die auch sonst Einschränkungen verlangte, in einer starken Verkürzung des Butterverbrauchs lag. Es war ganz undenkbar, daß die Groß-Berliner Verwaltung diesen Schritt allein unternahm — und daß sie die Bevölkerung zu Beschränkungen nötigten, von denen andere Bezirke freiblieben. Damals bildeten sich, während eine wirksame gesamt-deutsche Regelung ausblieb, die ersten Ansammlungen und zog die Unruhe in die Bevölkerung ein. Die Bedenken der Groß-Berliner Bevölkerung wurden zum Teil beseitigt, als der Reichskanzler und der Minister des Innern allen Städten, die Butter von der Zentral-Einkaufsgesellschaft erhielten, die Verpflichtung auferlegten, eine Regelung der Butterversorgung einzuführen. Groß-Berlin hielt sich, mangels jeder Möglichkeit, einen eigenen Einfluß auf die Gesamtverhältnisse zu gewinnen, streng an diesen Ministerialerlaß. Nach vorübergehender Bindung des Butterbezuges an die Butterkarte wurde ganz nach der Empfehlung des Ministers die Butterkarte als Sperrkarte eingeführt, und auch die Portion von 125 Gramm, über die nach Ministerialerlaß nicht hinausgegangen werden sollte, zugrunde gelegt. Die Zentraleinkaufsgesellschaft hatte überdies der Groß-Berliner Verwaltung eingehend vorgerechnet, daß die auf Groß-Berlin entfallende Buttermenge die Gewährung des genannten Wochenquantums gestatte. Bald aber zeigte sich, daß diese Berechnung nicht stimmte. Groß-Berlin erhält nämlich nur einen Teil seiner Butter von der Zentral-Einkaufsgesellschaft, während einen erheblichen Teil der freie Handel importiert. Diese Handelsbutter ließ in ihrer Menge mehr und mehr nach, ohne daß die Groß-Berliner Verwaltung zuverlässig feststellen konnte, ob es sich um eine dauernde oder eine vorübergehende Erscheinung handelte. Die Händler gaben als Gründe für das Ausbleiben einmal die lokale Aussperrung in den Produktionsgegenden an, dann aber auch die Wirkung des Reichsgesetzes, daß bei den größeren Molkereien 15 Proz. der Produktion beschlagnahmt hatte, weshalb diese Molkereien die Lieferungen an die Groß-Berliner Händler einstellten. Die Groß-Berliner Verwaltung hat in verschiedenen Eingaben auf diese Verhältnisse hingewiesen und wiederholt die Bitte ausgesprochen, ihr soviel Butter zu überweisen, daß die alte Rechnung, auf Grund deren man ihr die Kopfportion auf 125 Gramm errechnet hatte, wieder stimmend würde. Es wurde von ihr auch mehrfach betont, daß, wenn es irgend gehe, man es für die reichshauptstädtische Bevölkerung, die sich schon durch die überaus geringe Anlieferung von Fleisch benachteiligt fühle, bei der einmal festgesetzten Buttermenge belassen möge.

Als schließlich die maßgebenden Stellen keinen Zweifel darüber ließen, daß eine höhere Zuteilung an Groß-Berlin nicht erfolgen werde, und als die durch den freien Handel importierte Butter sich bedauerlicherweise nicht steigerte, blieb schließlich nichts anderes übrig, als die Wochenmenge von 125 Gramm auf 90 Gramm zu ermäßigen. Selbstverständlich konnte sich die Groß-Berliner Verwaltung zu einer so einschneidenden und von der Reichshauptstadt aus weithin sichtbaren Maßnahme erst entschließen, nachdem alle Mittel zur Steigerung der Buttermenge erfolglos geblieben waren. Gegenüber der Ermäßigung der Wochenmenge ist die jetzt in Kraft tretende Bindung des Kunden an einen bestimmten Laden nur sekundärer und unterstützender Natur. Die Unsicherheit in der Groß-Berliner Butterzufuhr aber bleibt bestehen; reichlichere Vorräte, wie sie sich in der letzten Zeit teilweise zeigten, können, wie gerade von Händlerseite betont wird, sofort wieder durch knapperen Import abgelöst werden.

Ueberblickt man diese Entwickelung, so wird man die Behauptung bestätigt finden, daß der lokalen Regelung unerwünschte und der Bevölkerung schädliche Unsicherheiten und Schwankungen gar nicht erspart bleiben können, wenn nicht von der Zentralstelle aus für eine gleichmäßige Verteilung des Lebensmittels innerhalb des gesamten deutschen Gebiets Sorge getragen wird und damit der lokalen Regelung die richtigen Bahnen gewiesen werden.

Es ist daher von höchster Wichtigkeit, daß in der letzten Sitzung der Reichstagskommission von amtlicher Stelle aus erklärt worden ist, eine solche Regelung stehe unmittelbar bevor.“

„Nur Höchstgebote finden Berücksichtigung.“

Mit dieser oder inhaltlich ähnlicher Bedingung werden häufig in den Tageszeitungen Waren angeboten. Bei knapp vorhandenen Lebensmitteln, oder wie sich das neuerdings gezeigt hat, bei starker Nachfrage nach Kleintieren ist die Klausel ein stark preissteigerndes Moment. Jeder, der Wert darauf legt, die betreffende Ware zu erlangen, setzt von vornherein das Preisangebot hoch an und der Verkäufer ersieht aus den gebotenen Preisen die Dringlichkeit der Nachfrage und den Grad der Knappheit und richtet sich natürlich entsprechend ein. Oft genug hält er weiter zurück, bis erhöhte Angebote einlaufen. Zweifellos hat diese Geschäftsklausel die Wirkung, die Preise anziehen zu lassen, um so mehr dann, wenn, wie uns von einwandfreier, mit den Verhältnissen genau vertrauter Seite mitgeteilt wird, die betreffenden Verkäufer die Ware sehr häufig gar nicht besitzen, sondern nach Kenntnis des angebotenen Preises irgendwie beschaffen. Wenn dieser Tatbestand vorliegt, dürfte der § 5 des Gesetzes über übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli 1915 in Anwendung kommen, je nachdem auch mit der Wirkung der Unzulässigkeitserklärung.

Arbeiterbildungsschule. Der nächste naturwissenschaftliche Sonntagsausflug erfolgt am kommenden Sonntag, den 4. Juni, und zwar als Nachmittagswanderung. Ihr Ziel ist nicht, wie ursprünglich angegeben wurde Lübars, sondern der Grunewald (Dahlem—Riemeister- und Teufelssee—Pichelsberge).

Treffpunkt 1½ Uhr mittags am Haltepunkte der Untergrundbahn Dahlem-Dorf. Fahrkosten 40 Pf.

Teilnehmerkarten zu 30 Pf. sind zu haben im Bureau des IV. Wahlkreises, Stralauer Platz 10/11, im Bureau des VI. Wahlvereins, Gerichtstraße 71, und im Bureau des Bezirksbildungsausschusses (Jugendsekretariat), Lindenstraße 3.

In dieser Woche ist mit Rücksicht auf den Himmelfahrtstag die Bibliothek der Schule nicht Donnerstag sondern Mittwoch abend offen.

Der Anbau von Sonnenblumen und Mohn.

Der Kriegsausschuß für Oele und Fette macht darauf aufmerksam, daß die Aussaatzeit für Sonnenblumen und Mohn bereits verstrichen ist. Weitere Bestellungen auf Saatgut sind deshalb zwecklos. Die Bestellungen von Saatgut aus allen deutschen Gauen sind so zahlreich eingelaufen, daß bereits zu Beginn dieses Monats über das gesamte Sonnenblumensaatgut verfügt war. Die Ablieferung der Sonnenblumenernte regelt sich in einfacher und zweckmäßiger Weise wie folgt:

Jede Station aller deutschen Eisenbahnverwaltungen nimmt Sonnenblumensamen gegen ein Entgelt von 40 Pf. für das Kilogramm entgegen.

Die beabsichtigten Massenspeisungen in Berlin.

Im Berliner Rathaus fand gestern vormittag unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth eine Besprechung in der Angelegenheit der Massenspeisung statt. Vom Magistrat waren die Geheimräte Dr. Ludwig Hoffmann und Dr. Weber sowie der Dezernent Stadtrat Doflein, aus dem Stadtverordnetenkollegium die Stadtverordneten Unger, Hinze, Thieme und Feuerstein anwesend. Ferner nahmen an der Besprechung teil Frau Hedwig Heyl, Frl. Elisabeth Landsberg (vom Nationalen Frauendienst), Herr Lohnert von der Aschinger-Aktiengesellschaft, Dr. Hugo Caffirer, für die Gewerkschaftskommission deren Vorsitzende Reichstagsabgeordneter Körsten und Stadtverordneter Ritter, der Vorsitzende des Vereins der Berliner Volksküchen von 1866, Lehmann, sowie Beamte des städtischen Medizinalamts.

Die zusammengetretene Kommission für die Massenernährung hat sich zu einem dauernden Wirtschaftsausschuß für Volksspeisung konstituiert. Sie hat bereits die ersten zu unternehmenden Maßnahmen festgestellt. Danach soll in allernächster Zeit die Berliner Bevölkerung unter genauer Mitteilung der in Betracht kommenden Bedingungen zu einer Anmeldung aufgefordert werden, in welchem Umfange sie schon im Laufe des Sommers von der neuen Einrichtung Gebrauch zu machen gedenkt. Nach Maßgabe dieser Anmeldung werden dann unter Vorbehalt unausgesetzter weiterer Ausdehnung die verschiedenen Stadtteile, sei es gleichzeitig, sei es nacheinander, in Angriff genommen werden. Die Stadt soll in 25 bis 30 große Kochbezirke geteilt werden, welche unter Aufsicht von fünf bis sechs Ausschüssen stehen, die ihrerseits wiederum von dem Magistrat und dem Wirtschaftsausschuß geleitet werden.

Für die Ausmittelung geeigneter Räumlichkeiten und für deren Versorgung mit Kocheinrichtungen ist ein besonderer Ausschuß unter dem Vorsitz des Stadtbaurats Geheimrats Dr. Ludwig Hoffmann gebildet worden. Endlich wurde ein Sonderausschuß für die Beschaffung der Nahrungsmittel und zur Feststellung des Verhältnisses der Volksspeisung zu dem bisherigen Kartensystem eingesetzt.

Die bestehenden Volksküchen sollen in die gemeindliche Organisation durchweg einbezogen werden.

Warnung vor Salatölersatz.

In der Presse wurde wiederholt vor sogenanntem Salatöl-ersatz gewarnt. Trotzdem besteht aber Veranlassung, diese Warnung nochmals zu wiederholen, da immer noch große Mengen „Salatöl-Ersatzstoffe“ unter den verschiedensten Namen ohne jeden Wert zu teuersten Preisen in den Handel gebracht und auch gekauft werden. Derartige Erzeugnisse haben nur wegen ihrer Farbe den Schein der bei der Salatbereitung in Betracht kommenden Oele, Ersatz für Oel vermögen sie aber nicht zu bieten.

Die Hersteller und Vertreiber der Ersatzstoffe werden darauf hingewiesen, daß nicht nur nach dem Nahrungsmittelgesetz, sondern auch auf Grund der Bekanntmachung des Bundesrats zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. September 1915 unnachsichtlich gegen sie eingeschritten werden wird.

Sendungen an Kriegsgefangene in Rußland.

Verschiedentlich ist in letzter Zeit die Nachricht gebracht worden, daß an die Kriegsgefangenen in Rußland entgegen dem früheren Verbot nunmehr auch Schweinefleischwaren gesandt und den Paketen russische und fremde Münzen sowie mit künstlichen Zuckerstoffen versüßte Nahrungsmittel beigefügt werden dürften.

In der Annahme, daß viele Familien die Absicht haben werden, von dieser Vergünstigung Gebrauch zu machen, um ihren in der Gefangenschaft befindlichen Angehörigen eine Verbesserung der Kost zu ermöglichen, wird darauf hingewiesen, daß die Unterstützung der Kriegsgefangenen mit Geld vorteilhafter ist, als eine solche mit Nahrungsmitteln.

Die Beförderung von Paketen nach den Gefangenenlagern Rußlands dauert oft 2 bis 3 Monate, sodaß der Versand von Fleischwaren jeder Art verfehlt sein dürfte, da ein Verderben, noch dazu bei der beginnenden Sommerhitze, beinahe unausbleiblich ist.

Die Ueberweisung von Geldbeträgen, auch kleinster Summen, ist bisher durch die dankenswerte Vermittelung der Deutschen Bank in größtem Umfang und mit sehr günstigen Erfolgen durchgeführt worden. Bei der jetzt in Rußland herrschenden Teuerung der Lebensmittel wird den deutschen Kriegsgefangenen ein Zuschuß in Geld sehr erwünscht sein. Nach den bisherigen Erfahrungen würde ein Betrag von monatlich 3 Rubeln genügen, um die Gefangenen vor Not zu schützen.

Erhängt. Unglückliche Familienverhältnisse haben die im Hause Sonnenburger Str. 7 wohnhafte Ehefrau Anna Jany in den Tod getrieben. Als Sonntag morgen gegen 10 Uhr eine Schwester der Verstorbenen die Milch brachte, erhielt sie keinen Einlaß. Als auf wiederholtes Klopfen und Klingeln niemand öffnete, wurde die Wohnung erbrochen. Man fand die Gesuchte tot auf dem Fußboden liegend. Sie hatte um den Hals eine durchgerissene Zuckerschnur. Das andere Ende der Schnur hing von einem Nagel herab. Dieser Tatbestand ließ zunächst das Gerücht von einem Morde entstehen, das sich später aber als unbegründet herausstellte.

Der Schrittmacher Max Bauer, der, wie wir gestern berichteten, bei dem Radrennen im Treptower Sportpark stürzte, ist seinen schweren Verletzungen bald nach der Einlieferung in das Krankenhaus Bethanien erlegen. Bauer hatte bei dem Sturze einen Schädelbruch erlitten. Er starb, ohne noch einmal zum Bewußtsein zu kommen.

Ein großer Juwelendiebstahl.

Für 100 000 M. Schmuck- und Wertsachen erbeuteten Einbrecher gestern nachmittag bei einer adligen Dame am Kurfürstendamm. Die Dame ging um 8½ Uhr aus. Auch das Personal verließ gleich darauf die Wohnung, so daß diese ohne Aufsicht stand. Als man um 8½ Uhr zurückkehrte, fand man die Flurtür verschlossen, wie sie vorher gewesen war. Um so größer war die Ueberraschung, als man innerhalb der Räume mehrere Behältnisse erbrochen fand. Einbrecher, vielleicht Klingelfahrer, hatten die Flurtür mit einem Dietrich oder Nachschlüssel geöffnet und in einem erbrochenen Schranke einen kleinen gelbbraunen Lederkoffer mit vielen wertvollen Schmuck- und Wertsachen gefunden. Sie hatten den ganzen Koffer mitgenommen und außerdem noch Pelzwerk verschiedener Art. Zu den Schmuck- und Wertsachen gehören: Ein Brillantkollier mit Perlen in Herzform, ein rundes Kollier mit neun Perlen, eine Brillantnadel mit Smaragden in Cabouchonfassung, ein runder Brillantenanhänger mit Saphiren, zwei Brillantarmbänder, das eine mit einem Einzelbrillanten, das eine mit zwei kleinen Brillantsteinen besetzt, ein Armband mit Saphiren und Brillanten, ein Platinarmband mit kleinen Saphiren, ein Armband und Ringe mit Saphiren und Cabouchon, ein Ring mit Brillanten, Perlen und Edelsteinen, eine Sicherheitsnadel mit Saphiren, Ohrringe mit Perlen und grünen Steinen, eine grüne Perlenkette, eine Goldtasche mit Portemonaie und Anhänger, ein Spiegeletui mit Brillanten, ein goldenes, ein Perlmutter- und ein Silberbesteck mit dem Zeichen E. S., 5 goldene Etuis mit der Widmung eines Fürsten, ein getriebener kleiner Silberkasten mit altpolnischen Ornamenten, 6 Zentimeter hoch und 10 Zentimeter breit, eine kleine und zwei große silberne Handbürsten mit der Widmung: „Meinem lieben Fritz". Unter den Pelzsachen befindet sich ein Seefuchskragen. Vor Ankauf der gestohlenen Sachen, von deren Verbleib noch keine Spur gefunden wurde, wird gewarnt.

Das nächste Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet am Mittwoch den 31. Mai, im Stadttheater in Moabit 47/48, statt. Beginn des Konzerts 8 Uhr.

Der Vorverkauf zu den Volkskonzerten findet in der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelufer 15, Zimmer 13, außer Sonnabends nachmittags, und in den betreffenden Konzertsälen statt. Die im Vorverkauf nicht untergebrachten Karten werden abends an der Kasse verkauft. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pf., Kassenöffnung 7 Uhr.

Verkehrsnachrichten. Zur besseren Regelung des Verkehrs in der Frankfurter Allee erfahren vom 1. Juni ab die Fahrzeiten der Linien 68, 168, 69, 71 eine geringfügige Verschiebung. Näheres ist aus den in den Wagen angebrachten Aushängen zu ersehen.

Die Große Berliner Straßenbahn weist darauf hin, daß die Ausfertigung von Zeit- und Schülerkarten in den Abfertigungsstellen Rollendorfplatz, Kleine Frankfurter Straße 2, Ackerstraße 3/4 und Straßenbahnhof Westend sowie die Markenausgabe in den Abfertigungsstellen Rollendorfplatz und Kleine Frankfurter Straße infolge der andauernd geringen Inanspruchnahme künftig auf die Zeit von 8—6 Uhr am ersten und letzten Werktage im Monat beschränkt wird.

Aus den Gemeinden.

Weißenseer Wohlfahrtspflege im Jahre 1915.

Der Besuch der Säuglingsfürsorgestelle ist im verflossenen Jahre wesentlich gestiegen. Ganz besonders segensreich erwies sich die Fürsorgestelle für die Kinder der Kriegerfrauen. Die dreimal wöchentlich stattfindenden Sprechstunden wurden durchschnittlich von 30 Müttern besucht. Neuaufgenommen wurden 475 Mütter. Aerztliche Untersuchungen fanden 1337 statt. Die Fürsorgeschwester machte 572 Besuche. An Vollmilch und an Nährmitteln wurden 1047 Portionen ausgegeben. In der Kinderfürsorgestelle sind aufgenommen worden 122 Kinder. Beratungen fanden 241 und Wohnungsbesuche der Schwester 364 statt. Neu eingerichtet wurde am Mirbachplatz eine Säuglingskrippe zur Aufnahme von Säuglingen der Frauen, die tagsüber außerhalb des Hauses der Arbeit nachgehen. Eine Erweiterung erfuhr auch der Kinderhort der Frauenhilfe im Interesse der Kriegerkinder. Auch die Lungenfürsorgestelle konnte einen regen Zuspruch aufweisen. Es fanden 209 Beratungen statt. Untergebracht wurden 31 Patienten in Heilstätten, 37 in Erholungsstätten, vier in Pflegeheimen und drei in Krankenhäusern. Die Zahl der Besuche in den Wohnungen der Kranken durch die Fürsorgeschwester betrug 421. Die Tätigkeit der Trinkerfürsorgestelle war infolge der Einziehungen zum Heeresdienst und des Alkoholverbotes nur eine geringe.

Kinderveranstaltung in Neukölln.

Mittwochnachmittag Spielausflug nach Treptow. Treffpunkt 3 Uhr Wildenbruchbrücke (Elsensteg).

Parteiveranstaltungen.

Dritter Kreis. Heute Dienstag, den 30. Mai, abends 8½ Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht Bericht des Vorstandes und Neuwahl desselben. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Mitgliedsbücher vorzuzeigen sind.

Charlottenburg. Dienstag, den 30. Mai 1916, abends 8½ Uhr: Mitgliederversammlung im Volkshaus, Rosinenstr. 4. Anträge zur Kreisgeneralversammlung. Diskussion und Beschlußfassung. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Jugendveranstaltungen.

Jugendbildungsverein Schöneberg (früher Abonnenten der „Arbeiter-Jugend"). Mittwoch, den 31. Mai, Zusammenkunft im Vereinslokale, Hauptstr. 5. Himmelfahrtstag: Fahrt nach Cladow. Treffen ½7 Uhr Kaiser-Wilhelm-Platz.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Marienfelde. Mittwoch, den 31. Mai, nachmittags 6 Uhr, im Schulhause, Dorfstr. 53.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Der Gesangverein „Männer- und Frauenchor Ost" Berlin, M. d. D. A.-S.-B., veranstaltet am Himmelfahrtstage eine Herrenpartie nach Nowawes—Ferch—Michendorf. Abfahrt 6.36 vom Schlesischen Bahnhof. In Nowawes, Restaurant Pinger, Frühsprache, zu welcher alle Arbeitersänger von Nowawes und Umgegend herzlich eingeladen sind. Der Frauenchor hat als Ziel Hermsdorf. Treff: Vormittag 10 Uhr, Restaurant Waldschlößchen in Tegel. Gäste sind bei beiden Partien willkommen.

Am Sonnabend, den 27. Mai 1916, 8½ Uhr vormittags, starb nach langem Krankenlager mein inniggeliebter, guter Mann, unser tiefverehrter, vielgeliebter Vater

Heinrich Hilpert.

Seine reiche Güte, sein gerades, mannhaftes Wesen lebt uns als Vorbild weiter.

Marie Hilpert geb. Litzinger
Dr. Konstantin Hilpert
Heinz Hilpert
Käthe Hilpert geb. Schuppau
Esche Hilpert geb. Mauerhoff.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. Mai 1916, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 8742

Allen Freunden und Bekannten geben wir hierdurch die traurige Nachricht, daß unser Kollege

Heinrich Hilpert

am Sonnabend, den 27. Mai 1916, nach langem, schwerem Leiden gestorben ist.

Der Verstorbene war uns in den langen Jahren seiner Tätigkeit ein stets opferwilliger, guter Kamerad. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Die Angestellten des Deutschen Metallarbeiterverbandes.
Verwaltungsstelle Berlin.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. Mai 1916, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 117/16

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 5. Berl. Reichstagswahlkreis.

Am Sonnabendvormittag verschied unser langjähriges Mitglied, der Genosse

Heinrich Hilpert

Dreher, Zehdenicker Straße 8a, zugehörig zur 5. Abteilung.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes, Friedrichsfelde, aus statt. 222/15

Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Schlosser 1268

Reinhold Tamm

am 27. Mai nach kurzem, schwerem Krankenlager nach vollendetem 65. Lebensjahre sanft entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen.

Witwe Anna Tamm
und Kinder, Kolberger Str. 10.

Die Beerdigung findet am 31. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Freireligiösen Friedhofes, Pappelallee, aus statt.

Am 22. Mai 1916 fiel als Opfer des Weltkrieges neben seinem Bruder, durch eine Granate getroffen, unser ältester Sohn, Reserv.

Willi Schlächter

6. Garde-Inf.-Regt., 12. Komp., nach kurz vollendetem 25. Lebensjahre. 7625

Der trauernde Bruder und Eltern
Familie **Schlächter,**
Danziger Str. 46.

Den Heldentod fürs Vaterland erlitt am 18. Mai 1916 unser herzensguter Sohn, mein lieber Bruder, Neffe und Enkel, der Schütze 821

Ernst Schneider

geb. am 9. Mai 1897,
Garde-Inf.-Reg. 7, M.-G.-Komp.

Dies zeigen an in tiefem Schmerz
Familie **Karl Schneider,**
Neukölln, Saalestr. 2.

•

Zum fernen Grab schweift tränenschwer der Blick,
Nichts bringt Dich Braven, Guten uns zurück.

Ruhe in Frieden!

Infolge seiner am 5. Mai 1916 durch Granatsplitter erhaltenen Verwundungen und hinzugetretener Blutvergiftung hat unser lieber Sohn und Enkel, der Grenadier 765b

Erich Labowsky

Gren.-Regt. Nr. 3, 8. Komp.
am 22. Mai in einem Feldlazarett im 26. Lebensjahre den Heldentod erlitten.

Neun Geschwister sind ihm im Tode vorangegangen. Er war unser Letzter.

Neukölln, den 29. Mai 1916.

In tiefer Trauer
Otto Labowsky u. Frau
geb. Sprengel
nebst Großmutter verw. Sprengel.

Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 31. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Friedhofes (Ehrenfriedhof), Mariendorfer Weg, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
17. Abt. Bez. 801.

Am Sonnabend, den 27. Mai, verstarb unser Genosse, der Schlosser

Reinhold Tamm

Kolberger Straße 10.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 31. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Freireligiösen Gemeinde-Friedhofes, Pappel-Allee 15/17, aus statt. 226/11

Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
Bezirk NO.

Am 26. Mai starb unser Mitglied, der Hilfsarbeiter

Stanislaus Hinz.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 30. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weißensee, Falkenberger Straße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

142/1 **Die örtliche Verwaltung.**

Am 26. Mai starb mein lieber Mann, der Arbeiter

Emil Brinckmann.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 31. Mai, nachm. 4 Uhr, auf dem Emmauskirchhof statt.

Auguste Brinckmann
geb. Riesenweber. 7635

Schmerzliches Gedenken zu seinem 25. Geburtstage am 29. Mai.

Am 9. Oktober 1915 mußte auch mein guter Sohn, unser innigstgeliebter Bruder, Schwager, Onkel und Bräutigam, der Gefreite

Paul Kugas

Ritter des Eisernen Kreuzes,

nach 14 Monaten schweren Kämpfen sein junges Leben lassen.

Paul Kugas als Vater,
Elisabeth Tieger geb. **Kugas,**
Gertrud und Erna Kugas
als Schwestern,
Walter Tieger als Schwager,
Helene Graap als Braut.

Du gingst von uns mit mutigem Herzen
Und hofftest auf ein Wiedersehen,
Doch um so größer sind die Schmerzen,
Da es nun nie mehr kann geschehen.
Dein treues Auge ist geschlossen —
Dein Mund bleibt stumm für alle Zeit.
So ruhe sanft, Du edles Herz,
Du hast den Frieden — wir den Schmerz.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher

Heinrich Hilpert

am 27. Mai an Magenleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

117/15 **Die Ortsverwaltung.**

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Lackierer

Felix Neumanowski

am 22. Mai gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Metallarbeiterin

Henriette Schahn

am 20. Mai gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Kranken-Unterstützungs- und Begräbnisverein für Bau- und gewerbliche Arbeiter
Berlins und Umgegend.

Am 26. Mai starb unser Mitglied

Stanislaus Hinz.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 30. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäuskirchhofes in Weißensee an der Falkenberger Straße aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

37/6 **Der Vorstand.**

Als Opfer des Weltkrieges starb am 19. Mai 1916 an seiner schweren Verwundung unser lieber, guter Sohn, Bruder und Bräutigam, der Gefreite

Paul Bergunde

(7. Garde-Ins.-Regt., 1. Bat. M. G. K.)
im 23. Lebensjahre. 792

Die trauernden Hinterbliebenen.

Emmy Wissell als Braut.

Ruhe sanft in Feindesland.

Reuters Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Trotz der Teuerung

liefert zu mässigen Preisen
elegante Herren-Garderobe
fertig und nach Maß
zu erleichterten Zahlungs-Bedingungen
Julius Fabian
Schneidermeister
Gr. Frankfurter Str. 37
und Turmstr. 18

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen"

Berlin C. A. Habnisch, Ackerstr. 174.
O. Karl Melle, Petersburger Platz 4. **R. Wengels,** Markusstraße 36.
NO. L. Jucht, Immanuelkirchstr. 12.
N. A. Wolgast, Wattstraße 9. **H. Fischer,** Bastianstraße 6. **Karl Mars,** Greifenhagener Str. 22. **J. Hönisch,** Müllerstr. 34a. **H. Vogel,** Lortzingstr. 8.
NW. Salomon Joseph, Wilhelmshavener Str. 48.
SW. G. Schmidt, Bärwaldstr 42.
S. St. Fritz, Prinzenstr. 31. **H. Lehmann,** Kottbuser Damm 8.
SO. Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15. **P. Horsch,** Engelufer 15.
Adlershof. Karl Schwarzlose, Bismarckstr. 28.
Baumschulenweg. H. Hornig, Marienthaler Str. 13, I.
Borsigwalde. Paul Kienast, Räuschstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Scharnberg, Seesenheimer Str. 1.
Friedrichshagen. Ernst Werkmann, Köpenicker Str. 18.
Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal. Max Gonschur, Parkstr. 23
Karlshorst. Hermann Billing, Dönhoffstr. 28.
Köpenick. Emil Wissler, Kiezerstr. 6, Laden.
Lichtenberg I. Otto Seikel, Wartenbergstr. 1.
Lichtenberg II. A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Neukölln. M. Heinrich, Neckarstr. 2. **C. Rohr,** Siegfriedstraße 28/29.
Nieder-Schöneweide. Wilh. Unruh, Brückenstr. 10.
Nowawes. Karl Krohnberg, Eisenbahnstr. 10.
Ober-Schöneweide. Alfred Bader, Wilhelminenhofstr. 17, Laden.
Pankow. Otto Rißmann, Mühlenstr. 30.
Reinickendorf. P. Gursch, Provinzstr. 56, Laden.
Schöneberg. Wilhelm Bäumler, Meininger Str. 9 im Laden.
Spandau. Schuhmacher, Breitestr. 64.
Steglitz. H. Bernsee, Albenstr. 5.
Tempelhof. Joh. Krohn, Borussiastr. 62.
Treptow. Robert Gramenz, Kiesholzstr. 412, Laden
Weißensee. Gustav Roßkopf, Berliner Allee 11.
Wilmersdorf. Paul Schubert, Wilhelmsaue 27.

Bei Blutarmut

Bleichsucht, Appetitlosigk., allgem. Schwäche besond. bei Frauen u. Kindern ist das wohlschmeck. Haematicum-Glansch ärztl. bevorz. Gr. Fl. 2.50 b. alle Apoth.

Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Es eilt!

Bis heute Dienstag, den 30. Mai, abends, müssen die Eintragungen in die in meinen sämtlichen Geschäften ausliegenden Kundenlisten gegen Abgabe des oberen Teiles der Zuckerkarten erfolgt sein; dann kann die zustehende Menge

Butter

ganz bestimmt und an jedem beliebigen Tage in Empfang genommen werden. Ich liefere Butter nicht an Wiederverkäufer, sondern nur an private Verbraucher, ferner an Gastwirtschaften, Hotels und Lazarette. — Butterhandlung

Wilhelm Göbel

Hoflieferant Sr. Königl. Hoheit d. Großherzogs v. Meckl.-Schw.
Heereslieferant.

Kontor und Lager: Berlin O. 17, Große Frankfurter Straße 137.

32 eigene Geschäfte in Groß-Berlin.